

Materialien

für die 1. Tagung
des 10. Stadtparteitages

Heft 3

- Awareness Konzept -
- Rechenschaftsbericht -
- Antragsübernahmen und Änderungen -

am 4. Oktober 2026
im Kupfersaal Leipzig
Kupfergasse 2

Inhaltsverzeichnis

2	Inhalt
3	Awareness Konzept für den Stadtparteitag Die Linke Leipzig
4	Charakter und Rahmen der Veranstaltung
5	Selbstverständnis und Arbeitsweise
7	Zuständigkeit und Ziel
8	Umgang mit konkreten Situationen
10	Grenzen der Arbeit des Awareness-Teams
12	Weitere Hinweise und Organisatorisches
14	Rechenschaftsbericht 2024-2026
14	Einleitung
15	Politische Rahmenbedingungen
17	Entwicklung von Die Linke Leipzig
29	Mietenkampagne „Leipzig bezahlbar machen“
31	Wahlen
32	Berichte aus den Gruppierungen
47	Antragsübernahmen und Änderungen
47	A4 NEU: Transparenz und Gehaltsdeckel in der Leipziger Linken
48	A6 NEU: Eine starke Linke braucht eine starke Basis
52	ÄA6.1 NEU: Diskussionskultur ohne innerparteiliche Repressionen
54	A11 NEU: Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder
55	A12 NEU: Keine Profite mit Blut und Tod
61	ÄA12.2: Keine Profite mit Blut und Tod
62	A13 NEU: Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung
66	Impressum

1 Awareness Konzept für den Stadtparteitag Die Linke Leipzig

2 **Datum:** 04.10.2026

3 **Zeit:** 09:00 – 18:00 Uhr (Einweisung beginnt 08:30 Uhr)

4 **Ort:** Kupfersaal Leipzig

5 **Veranstalter:** Die Linke Leipzig

6 **Personalbedarf:** idealerweise 4 Personen je Schicht

7 **Rahmenbedingungen/Hilfsmittel:** Awareness-Rucksack, Ruheraum (VIP-Bereich hinter der
8 Bühne) + Schilder Raumbesetzung („Bitte nicht stören: Unterstützungsarbeit und
9 anderweitige Besetzung), Awareness-Koordination aus dem Stadtvorstand heraus, Laptop,
10 Austauschgruppe für den Tag bei Signal, Aushänge, Awareness-Telefon)

11 Schulungs-/Vorstellungsbedarf: Die Vorbesprechung erfolgt am 04.10.2026, um 08:30 Uhr.
12 Hier wird die 1. Schicht gebrieft und erhält eine Führung durch die Räumlichkeiten. Als
13 Ergänzung werden am Awareness-Tisch im Tagungssaal sowie im Ruheraum die Grundsätze
14 und Arbeitsweisen des Teams sowie die Grenzen der Awareness-Arbeit ausgehangen. Im
15 weiteren Verlauf findet das Briefing im Rahmen der Schichtübergabe durch die
16 Schichtleitungen statt.

17 Was ist das Ziel dieses Konzepts?

18 Dieses Konzept soll zum Stadtparteitag der Linken Leipzig, am 04.10.2026, die Arbeit der
19 Mitwirkenden im Awareness-Team stützen und für alle anderen Mitglieder des Parteitags
20 Transparenz schaffen, damit die Zuständigkeiten, Handlungs- und Entscheidungsgrundlagen
21 des Awareness-Teams im Rahmen der Awareness-Arbeit nachvollziehbar sind. Aus dieser
22 Perspektive gedacht, stellt dieses Konzept die Verabredung des Awareness-Teams zum
23 Rahmen der Unterstützungsarbeit dar, welche Instrumente satzungskonform hierfür zur
24 Verfügung stehen und wie die Unterstützungsarbeit verstanden und vor Ort umgesetzt wird.
25 Entsprechend liegt der Fokus in der Arbeit mit Betroffenen und nicht in der Arbeit mit
26 ausübenden Personen. Folglich beinhaltet das Konzept keine Sanktions- bzw.
27 Maßregelungsmaßnahmen für ausübende Personen, sondern Möglichkeiten, um Schutzraum
28 zu schaffen und auf die Wünsche von Betroffenen einzugehen. Entsprechend soll dies nicht
29 nur das Awareness-Team und dessen Arbeitsweise schützen, sondern auch insgesamt eine
30 aufklärende und sensibilisierende Wirkung zur Awareness-Arbeit im Stadtverband leisten.

31 Was ist Awareness und warum brauchen wir das?

32 Der Begriff „Awareness“ (engl. Bewusstheit) bezeichnet die (Selbst-)Reflexion einer Person
33 oder Gruppe über ihre Umgebung, ihre Rolle darin sowie die sich daraus ergebenden
34 gebotenen Handlungen. Im deutschsprachigen Raum steht der Begriff für eine Haltung und
35 Praxis, die Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt entgegenwirkt und konsensbasiertes
36 Handeln fördert. Awareness meint eine Struktur vor Ort, durch die Betroffene von
37 Diskriminierung und Gewalt eine parteiliche Unterstützung erfahren. Gegebenenfalls können
38 auch aufklärende Gespräche mit diskriminierenden oder gewaltausübenden Personen
39 geführt werden. Awareness ist eine Möglichkeit, auf Diskriminierung und
40 Herrschaftsverhältnisse aufmerksam zu machen und Menschen, die Grenzüberschreitungen
41 erlebt haben, in ihrem Umgang damit zu unterstützen.

42 Wir wollen Gewalt und Diskriminierung nicht als individuelle Probleme verstehen. Awareness
43 ist für uns ein Versuch, Diskriminierung und Gewalt in konkreten Räumen und Situationen
44 einen gemeinschaftlichen Umgang entgegenzusetzen.

4 AK. Awareness Konzept

45 Wir sehen Gewalt überdies als Teil gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse (z.
46 B. Sexismus oder Rassismus), durch die Menschen als ungleichwertig konstruierten Gruppen
47 zugeordnet werden. So ist jeder Mensch unvermeidlich in diese Verhältnisse verstrickt und
48 kann in mancher Hinsicht Privilegien (z. B. als Mann) und gleichzeitig in anderer Hinsicht
49 Diskriminierungen (z. B. als queere Person) erfahren. Natürlich kann Awareness diese
50 strukturellen Gewaltverhältnisse nicht auflösen.

51 Aber sie kann uns im Umgang mit dieser Gewalt helfen: Die Idee von Awareness ist, dass es
52 Gruppen gibt, die Unterstützung für Betroffene von Diskriminierung und Gewalt anbieten. An
53 einem konkreten Ort und für einen begrenzten Zeitraum.

54 Wir verstehen Awareness nicht als eine Form der Mediation zwischen zwei Konfliktparteien.
55 Ein Vorfall soll weder objektiv bewertbar sein müssen, noch soll eine Sanktionierung nach
56 vorgegebenen Regeln erfolgen. Entsprechend ist es essenziell, die Perspektive der
57 Betroffenen in jeder Hinsicht anzuerkennen und folglich wird die Schwere eines Vorfalls von
58 der betroffenen Person definiert und muss hierfür keine Rechtfertigung oder Nachweise
59 liefern.

60 Wir wollen keine Stigmatisierung als ewige „Täter*innen“ begünstigen oder Menschen
61 verurteilen, sondern ihre Handlungen kritisieren, auch wenn diese unbewusst oder
62 unabsichtlich erfolgt sind. Wir wünschen uns einen konstruktiven Umgang mit Fehlern und
63 Offenheit für Kritik.

64 Mithilfe des Awareness-Konzepts soll ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es zu
65 einer Ausgrenzung von Menschen kommen kann – ohne es zu beabsichtigen. Zeitgleich soll
66 es ein Leitfaden für uns sein, um zu lernen, wie wir mit Problemen umgehen und einen
67 sensiblen und betroffenenzentrierten Umgang unter- und miteinander verwirklichen können.

68 Charakter und Rahmen der Veranstaltung

69 Der Stadtparteitag (SPT) ist das höchste Gremium im Stadtverband Die Linke Leipzig. Er
70 wählt den Stadtvorstand, bestimmt Delegierte für den Landes- und Bundesparteitag sowie
71 Mitglieder anderer wichtiger Gremien und fasst verbindliche Beschlüsse.

72 Unser Stadtparteitag in Leipzig ist eine Gesamtmitgliederversammlung. Das heißt, alle
73 Mitglieder der Partei Die Linke Leipzig sind stimmberechtigt (aktives Wahlrecht), sofern sie
74 mindestens sechs Wochen Mitglied und nicht beitrags säumig sind. Im Jahr 2018 haben sich
75 alle Mitglieder in Leipzig mehrheitlich für einen Stadtparteitag als
76 Gesamtmitgliederversammlung entschieden. Vorher war der Stadtparteitag - wie die
77 meisten Parteitage - ein Delegiertenparteitag.

78 Die Stadtparteitage werden vom amtierenden Stadtvorstand organisiert und umgesetzt.
79 Auch auf den Stadtparteitagen braucht es die rege Beteiligung unserer Mitgliedschaft, um
80 die sogenannten Kommissionen zu besetzen. Diese werden mit der Konstituierung, direkt zu
81 Beginn des SPT, gewählt.

82 Stadtparteitage sind regelmäßig sich ereignende Arbeits- und Entscheidungsgremien, zu
83 denen üblicherweise bis zu 600 Personen kommen und alle stimm- und wahlberechtigten
84 Mitglieder ihre entsprechenden Rechte ausüben. Der Stadtparteitag am 04.10.2026 ist
85 ausschließlich von Debatten, parteiinternen Wahlen (Wahl des Stadtvorstands, des
86 Landesrats sowie der Finanzrevisionskommission) sowie der Behandlung von Anträgen
87 geprägt.¹ Parteitage stellen somit das Herzstück der basisdemokratischen Parteiarbeit und

1 <https://www.die-linke-in-leipzig.de/dokumente/stadtparteitag/10-stadtparteitag/1-tagung/> siehe Einladung)

87 einen innerparteilichen Ort der Begegnung dar. In der Antragsbehandlung sowie in den
 88 Debatten werden verschiedene Themen angesprochen. Hierzu zählen auch emotionale bzw.
 89 kontroverse Themen, die teilweise mit persönlichen Anschuldigungen und Angriffen
 90 einhergehen. Hierzu können am 04.10.2026 folgende Debatteninhalte zählen:

- 91 • Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und die
- 92 erstarkende AfD
- 93 • Das Wahlergebnis aus Berlin und die Debatten zu Antisemitismus
- 94 • Debatten zur Sexarbeit und den dazugehörigen Bundesparteitagsbeschlüssen²
- 95 • Friedenspolitische Themen, wie Waffenlieferungen
- 96 • Generell bündnisstrategische Entscheidung, insbesondere in friedenspolitischen
- 97 Kontexten und damit verbundene Unvereinbarkeiten mit Gruppen
- 98 • In Anbetracht der Neuwahl des Stadtvorstandes: #linkemetoo, da ein sexistischer
- 99 Übergriff aus der letzten Amtszeit des StaVos nicht in Gänze aufgearbeitet wurde.

100 Zudem sind die Stadtparteitage der Linken Leipzig öffentlich und für Gäste, egal ob Presse
 101 oder Sympathisant*innen bzw. Interessierte, frei zugänglich, aber ohne Stimm- und
 102 Wahlberechtigung.

103 Entsprechend stellt der Stadtparteitag einen Ort der Begegnung dar, auf welchem
 104 verschiedene Mitglieder und Gäste zusammenkommen und insbesondere Mitglieder ihre
 105 Rechte ausüben können. Folglich findet, nach Beschlusslage, das Konzept der kollektiven
 106 Verantwortungsübernahme und somit der „Transformativen Gerechtigkeit“ Anwendung.³

107 Selbstverständnis und Arbeitsweise

108 Der Standverband der Linken Leipzig wird immer größer, bunter, diverser und pluraler. Mit
 109 dieser Vielzahl und Vielfalt an Lebensgeschichten, Erfahrungen sowie Perspektiven muss
 110 unsere Parteiarbeit neu gedacht werden und ein offener Raum für alle sein. Aus diesem
 111 Grund und in Anbetracht unserer feministischen Grundhaltung als Partei ist es notwendig,
 112 Maßnahmen gegen grenzüberschreitendes Verhalten und gegen sexistische bzw.
 113 sexualisierte Gewalt zu ergreifen. Eine Maßnahme ist die Verfassung von Awareness-
 114 Konzepten und die Etablierung der Awareness-Arbeit innerhalb unserer Parteistrukturen.
 115 Hierfür wird erstmalig auf dem Stadtparteitag ein Awareness-Team als unabhängige und
 116 autarke Instanz installiert. Dieses leistet Unterstützungsarbeit im Fall einer Betroffenheit, um
 117 die Teilnahme der betroffenen Person am Parteitag ohne Ängste, Hürden und Sorgen
 118 entsprechend fortzuführen. In diesem Sinne ist der Schutz der Betroffenen und die
 119 Schaffung eines sicheren Raums der Kern der möglichen Unterstützungsarbeit.

120 Hierzu beleuchtet sie verschiedene Lebensrealitäten, Diskriminierungsformen und
 121 Machtstrukturen kritisch, macht diese sichtbar und erarbeitet Maßnahmen geleitet durch
 122 dieses Konzept und unter Berücksichtigung des Beschlusses „Leitfaden zum Umgang mit
 123 Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer
 124 Gewalt“.⁴ Zum Selbstverständnis des Awareness-Teams gehört auch die Anerkennung, dass
 125 auch das Awareness-Team sich im ständigen Lernprozess befindet und Regeln sowie
 126 Maßnahmen mit dem erweiterten Wissen angepasst werden. Auch das Awareness-Team
 127 kann unbeabsichtigt Machtstrukturen und Diskriminierungsformen begünstigen oder
 128 wiederholen. Deswegen ist es unerlässlich, in ständiger Selbstreflexion zu arbeiten.

2 Vgl. <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/potsdamer-parteitag/potsdamer-parteitag/beschluesse/detail/news/solidarische-antworten-auf-ausbeutung-in-der-sexarbeit/> und
<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/potsdamer-parteitag/potsdamer-parteitag/beschluesse/detail/news/solidaritaet-mit-sexarbeiterinnen/> vom Potsdamer Parteitag 2026

3 <https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/> (31.07.25)

4 Beschluss des Augsburger Parteitags im Herbst 2023: <https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/>

Grundlegend unterliegt die Arbeit des Awareness-Teams vier Grundprinzipien:

1. Definitionsmacht - beinhaltet, dass die*der Betroffene definiert, was ihr*ihm passiert ist. Sie*er definiert, was ihr*ihm angetan wurde und welche Form von Gewalt, sexualisierter Gewalt oder Diskriminierung sie*er erleiden musste. Das heißt nicht, dass sie*er das tun muss oder dass sie*er das alleine tun muss. Manchmal ändern Betroffene auch die Benennung über die Zeit, vielleicht weil sie zu Anfang nicht wahrhaben wollten, wie krass die Gewalt war, z. T. weil sich nach dem ersten Schock die Gewalt nochmals anders für sie darstellt. Im Sinne eines feministischen Gewaltbegriffs geht es nicht um das Festlegen vermeintlich objektiver Kriterien, die für bestimmte Gewaltdefinitionen erfüllt sein müssen. Nur die Betroffene kann definieren, was ihr*ihm widerfahren ist. Sie*er weiß, was sie*er erlebt hat, was ihr*ihm passiert ist und wie es sich angefühlt hat. Betroffene Personen sollen nicht unter Rechtfertigungsdruck geraten.

2. Parteilichkeit - Eine Grundlage von Awareness ist Parteilichkeit. Parteilichkeit umfasst in Bezug auf Diskriminierung oder Gewalt keine vermeintlich neutrale Haltung einzunehmen, sondern sich parteilich an die Seite der Marginalisierten und Betroffenen zu stellen. Ein Awareness-Team handelt parteilich im Sinne der betroffenen Personen. Das bedeutet, dass die Betroffenen einen geschützten Rahmen bekommen, um von ihren Erfahrungen berichten zu können, ohne dabei mit Zweifeln oder sogar Schuldvorwürfen konfrontiert zu werden. Das Erzählte wird nicht bewertet und so angenommen, wie es Betroffene erlebt haben.

3. Vertraulichkeit/Anonymisierung

4. Betroffenenzentrierung

Hiermit ergibt sich eine klare Haltung in der Unterstützungsarbeit:

Awareness ist eine Haltung und ein Handeln. In Bezug auf Personen, die strukturelle und zwischenmenschliche Gewalt erfahren haben, bedeutet das

- ... ihnen zu glauben.
- ... Vertraulichkeit, Anonymisierung (auf Wunsch), Schutz stärken.
- ... Umsetzen von Formen von Definitionsmacht.
- ..., dass sie die Definitionsmacht haben (das bedeutet, sie benennen die stattgefundene Gewalt, keine externe "neutrale" Instanz beurteilt, was passiert ist, wie schlimm es war oder was jetzt gut wäre).
- ... keine Bewertung des empfundenen bzw. stattgefundenen Übergriffs/Diskriminierung.
- ... Betroffenen zentriertes Handeln: die Bedürfnisse der betroffenen Person stehen im Vordergrund.
- ... sich mit den Betroffenen zu verbünden.
- ... Parteilichkeit mit Betroffenen.
- ... sich parteilich an ihre Seite zu stellen und dafür möglicherweise den Verlust eigener Privilegien in Kauf zu nehmen.
- ... in ihrem Interesse und nur auf ihren Wunsch hin zu handeln.
- ... Bewusstsein für Unterstützer*innen-Rolle; den Rahmen halten; nicht privat werden; keine körperlichen Berührungen; Machtgefälle realisieren; auf Augenhöhe umgehen.
- ... Mehrfachdiskriminierung/Intersektionalität beachten.
- ... Handlungsfähigkeit der Betroffenen zu stärken.
- ... die Betroffene ist die Handelnde; das Awareness-Team unterstützt und handelt nur,

175 wenn es von der betroffenen Person gewünscht ist und nimmt ihr nicht
 176 paternalistisch (bevormundend) Dinge aus der Hand. Entsprechend werden keine
 177 Maßnahmen ergriffen ohne das Einverständnis oder die klare Willensbekundung der
 178 Betroffenen! Auch hier gilt nur JA ist JA!
 179 – ... bedürfnisorientierte Unterstützung.

180 Diese Punkte machen die Betroffenenzentrierung des Awareness-Ansatzes deutlich. Für
 181 Betroffene bedeutet es oft viel Mut aufzubringen, sich an ein Awareness-Team zu wenden
 182 und diesen unbekannten Personen zu vertrauen. Viele befürchten zu Recht, dass ihnen
 183 vielleicht nicht geholfen wird und sich die Situation für sie nicht verbessert, sondern
 184 verschlechtert oder sie zusätzlich verletzt werden. Der Grund, warum Awareness-Teams
 185 geschaffen wurden, ist in erster Linie Betroffene zu stärken und zu unterstützen. Hierfür ist
 186 wichtig, dass die Unterstützung nichts gegen den Willen der Betroffenen tut, dass alle
 187 Handlungen auf Wunsch und in Absprache mit der Betroffenen erfolgen und Schritte mit ihr
 188 rückgesprochen werden. Das ist insbesondere wichtig, um die Handlungsmacht nicht von
 189 der Betroffenen wegzunehmen und sie nicht weiterem Ohnmachtserleben auszusetzen. Der
 190 Schutz der Betroffenen hat eine hohe Priorität, dazu gehört auch Vertraulichkeit und
 191 Anonymisierung, damit die Betroffene sicher sein kann, dass sich die Situation für sie nicht
 192 verschlimmert und kein Gerede entsteht.

193 Für die Arbeit im Awareness-Team ist es Voraussetzung, dieses Konzept gelesen und ein
 194 Schnellbriefing im Rahmen der Vorbesprechung mit der Möglichkeit zur Klärung von Fragen
 195 absolviert zu haben. Dies muss mit einer Unterschrift bestätigt sein. Im Idealfall sind alle
 196 Mitglieder des Awareness-Teams offiziell geschult. Über die Zeit der Mitwirkung im
 197 Awareness-Team dürfen von den Mitgliedern keine Rauschmittel (mit Ausnahme von Koffein,
 198 Nikotin und notwendige Medikation) vorab, zwischen oder während des Einsatzes
 199 konsumiert werden.

200 Im Weiteren finden sich nachstehend Anleitungen zum konkreten Umgang mit
 201 Vorkommnissen. Zudem wird ein Awareness-Rucksack verfügbar sein.

202 **Im Rahmen der Selbstreflexion des Awareness-Teams sind folgende Entscheidungen vor**
 203 **der Aufnahme der Awareness-Arbeit zu klären:**

- 204 1. Konsensbasiert entscheiden & hierarchiearme Struktur umsetzen
- 205 2. Auf die Zusammensetzung des Teams achten
- 206 3. Immer im Team und nie alleine arbeiten
- 207 4. Personen mit praktischen Erfahrungen in der Awareness-Arbeit hinzuziehen
- 208 5. Rahmenbedingungen klären: Wie viele Personen brauchen wir? Wie lange sind die
- 209 Schichten?

210 **Zuständigkeit und Ziel**

211 Das Awareness-Team nimmt grenzüberschreitendes und/oder diskriminierendes Verhalten
 212 wahr, es kann von Personen um Hilfe gebeten oder von anderen auf entsprechendes
 213 Fehlverhalten hingewiesen werden.

214 Das Awareness-Team achtet auf die anwesenden Personen. D. h. es kann auch unterstützen,
 215 wenn es Personen körperlich oder emotional nicht gut geht. Das Awareness-Team ist nicht
 216 für die medizinische Versorgung zuständig. Im Fall, dass eine medizinische Intervention
 217 notwendig wird, kann die betroffene Person in den Ruheraum gebracht werden und es muss
 218 ein Rettungswagen oder entsprechende Ärzt*innen, je nach Schwere des medizinischen
 219 Hilfebedarfs, kontaktiert werden.

8 AK. Awareness Konzept

220 Ziel der Arbeit des Awareness-Teams ist es, Unterstützungsarbeit dann zu leisten, wenn
221 diese gewünscht ist. Wann dies passiert und wie die konkrete Unterstützungsarbeit dann
222 aussieht, wird ausschließlich von der betroffenen Person definiert. Am Ende der
223 Unterstützungsarbeit soll die betroffene Person in einem Zustand sein, dass diese ohne
224 Sorgen, Ängste oder Einschränkungen am Stadtparteitag teilnehmen kann und die
225 Räumlichkeiten des Parteitags als sicher für sich erachtet.

226 Um dies vollumfänglich zu ermöglichen, ist es notwendig, sich selbst zu reflektieren und
227 folgende Punkte zu klären:

- 228 • Was traust du dir zu? Wo sind deine Grenzen (physisch wie auch psychisch)?
- 229 • Fälle abgeben können; emotionale Abgrenzung (insbesondere im Fall von Konflikten mit
230 der ausübenden oder betroffenen Person, um den Vorwurf der Willkür zu vermeiden)
- 231 • Parteilichkeit zur betroffenen Person (ich glaube dir)
- 232 • Keine Awareness ist besser als schlechte Awareness

233 Entsprechend zeigen wir Präsenz und schauen nicht weg. Wir verfolgen den
234 Veranstaltungsablauf und haben die Stimmungen im Auge. Wenn Vorfälle beobachtet
235 werden, fühlen wir uns für diese verantwortlich und kümmern uns drum (das kann auch
236 beinhalten, anderen Personen aus dem Team Bescheid zu sagen, wenn ein Mitglied des
237 Awareness-Teams sich mit der Situation überfordert fühlt). Wir achten auf uns selbst: Wenn
238 einzelne Mitglieder sich der Situation nicht gewachsen fühlen, geben diese die
239 Verantwortung lieber an eine andere Person ab oder suchen sich Unterstützung innerhalb
240 des Teams.

241 Umgang mit konkreten Situationen

242 A. Du selbst nimmst eine Situation als grenzüberschreitend/übergriffig wahr:

- 243 – Überlege, ob du die geeignete Person bist, in die Situation hineinzugehen oder ob du
244 jemanden ansprichst.
- 245 – Frage die betroffene Person nach ihrem Befinden (z. B.: „Ist alles ok? Geht es dir gut
246 mit der Situation xy?“)
- 247 – Wenn du die betroffene Person ansprichst, erkläre ihr kurz, warum und was du als
248 Grenzüberschreitung wahrgenommen hast.
- 249 – Beachte aber, dass du deine Wahrnehmung der betroffenen Person nicht aufdrängst.
250 Vielleicht nimmt sie die Situation ganz anders wahr.
- 251 – Hör der betroffenen Person zu und nimm sie ernst.
- 252 – Beachte die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Person und stelle deine
253 eigenen hinten an (wenn sie z. B. keinen Rausschmiss der beschuldigten Person
254 wünscht, respektiere das. Sprech es zudem mit der betroffenen Person ab, wenn ihr
255 vorhabt, die Polizei zu rufen. Es ist wichtig, dass die betroffene Person die Kontrolle
256 über die Situation hat.)
- 257 – Biete Unterstützung an, z. B. ein Gespräch oder eine Möglichkeit, aus der Situation
258 herauszukommen. Frage sie, ob sie sich zurückziehen möchte (z. B. in den
259 Rückzugsraum)
- 260 – Möchte die betroffene Person Unterstützung?
 - 261 ○ Ja: Dann gehe so vor wie unter Punkt C. beschrieben
 - 262 ○ Nein: Respektiere das und biete einen konkreten Ort an, wo sie - auch später
263 noch- Unterstützung bekommen kann, wenn sie es möchte. Versuche
264 trotzdem, die Person ein wenig im Auge zu behalten, um im Zweifel noch
265 einmal Unterstützung anbieten zu können.

B. **Du wirst von einer anderen Person auf eine grenzüberschreitende Situation hingewiesen:**

- Überlege, ob du die geeignete Person bist, in die Situation hineinzugehen oder ob du jemanden ansprichst.
- Werde selbst aktiv und gib die Verantwortung nicht wieder an die beobachtende Person zurück.
- Wenn du die betroffene Person ansprichst, siehe weiter ab Punkt A.

C. **Eine betroffene Person kommt auf dich zu und möchte Unterstützung:**

- Hör der betroffenen Person zu und nimm sie ernst.
 - Sei zurückhaltend mit Körperkontakt, es sei denn, er ist von der betroffenen Person ausdrücklich erwünscht.
 - Überlege, ob du die geeignete Person bist oder ob du jemanden dazu holst.
 - Frage nach den Bedürfnissen der betroffenen Person (z. B.: „Was brauchst du? Was möchtest du gerade?“)
 - Beachte die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Person und stelle deine eigenen hinten an (Es ist wichtig, dass die betroffene Person die Kontrolle über die Situation hat.)
 - Erkläre, dass in der Unterstützung nur das passiert, was die betroffene Person wünscht. Alles wird mit ihr abgesprochen.
 - Frage die betroffene Person, ob sie eine Vertrauensperson dabei haben möchte.
 - Suche einen Ort, wo in Ruhe ein Gespräch stattfinden kann (z. B. Rückzugsort)
 - Hör zu, wenn die betroffene Person erzählen möchte.
 - Sei vorsichtig mit Fragen. Die betroffene Person soll nicht das Gefühl bekommen, sich rechtfertigen zu müssen. Vielleicht ist ihr auch unangenehm oder peinlich, was passiert ist.
 - Lass dir und der betroffenen Person viel Zeit (in Krisen ist „Tempo rausnehmen“ total wichtig)
 - Biete Möglichkeiten konkreter Unterstützung an. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass das zuständige Awareness-Team in Rückkopplung mit der betroffenen Person Maßnahmen erarbeitet, die für sie Schutz herstellen sollen. Die betroffene Person kann nicht allein entscheiden, welche Maßnahmen das sein können, denn diese Maßnahmen betreffen uns als Organisation. Ohne ihr Einverständnis werden aber keine Maßnahmen ergriffen, damit sie die Kontrolle über den Prozess behält. Entsprechend macht keine Versprechen über die Möglichkeit, dass die ausübende Person den Parteitag temporär oder in Gänze ausgeschlossen wird!
- Unterstützungen, die machbar sind:
- Bietet eine räumliche Trennung an, z. B.: „Möchtest du mit mir in den Awareness-/ Ruhe-Raum kommen?“
 - Bietet der betroffenen Person an, nahestehende Personen hinzuzuholen oder diese als Unterstützungsperson für die Zeit eures Einsatzes zu begleiten.
 - Bietet der Betroffenen an, dass die Möglichkeit besteht, mit der ausübenden Person zu sprechen, um diese auf das Fehlverhalten sowie die dadurch entstandenen Verletzungen bei der betroffenen Person zu verdeutlichen. Dies erfolgt im Falle des Wunsches eines Ausschlusses vom Parteitag über eine Mittelsperson.
 - Bietet die gemeinsame Erstellung eines Gedächtnisprotokolls an, damit die betroffene Person im Fall einer weiteren Behandlung mit den Vertrauenspersonen die Erlebnisse dann problemlos über das Gedächtnisprotokoll darstellen/wiedergeben kann.

315 **Grenzen der Arbeit des Awareness-Teams**

316 Der Einsatz des Awareness-Teams beginnt mit dem Einlass ab 09:00 Uhr und beschränkt
317 sich auf die Dauer des Parteitags bis ca. 18:00 Uhr und ist entsprechend an den Kupfersaal
318 und an diesen Zeitraum gebunden. Eine Begleitung und Unterstützung von Betroffenen
319 darüber hinaus sind nicht vorgesehen bzw. machbar. Generell agieren die diensthabenden
320 Mitglieder in festen Zweier-Teams. Diensthabende Einzelpersonen können nicht ohne
321 Rückkopplung mit dem gesamten Team sowie der Koordination aus dem Stadtvorstand
322 heraus von den verabredeten Arbeitsweisen abweichen. Dies muss Betroffenen gegenüber
323 transparent gemacht werden. Hierfür sind gem. der Beschlusslage die Vertrauenspersonen
324 auf Kreis-, Landes- und Bundesebene kontaktierbar. Eine Liste mit den Kontakten findet sich
325 im Awareness-Rucksack.

326 Das Awareness-Team ist keine entscheidungstragende oder maßregelnde Instanz, da dem
327 Awareness-Team keine per Satzung gegebenen direkten Instrumente zur Verfügung stehen.
328 Die Mitglieder des Awareness-Teams unterstützen die Betroffenen nicht im professionell
329 therapeutischen, wohl aber im persönlich geschulten Sinne. Dies bezieht sich auch auf
330 medizinische Notfälle oder Hilfe im medizinischen Kontext. Entsprechend ist für
331 weiterführende medizinische oder therapeutische Hilfe auf Fachärzt*innen hinzuweisen.
332 Das Hausrecht liegt generell beim Besitzer (Vermieter) bzw. in dessen Vertretung bei den
333 Mitarbeitenden des Kupfersaals und kann nach Vereinbarung an die Veranstalter*in
334 (Mieter*in) übertragen werden. Laut unserer Geschäftsordnung übt während der
335 Versammlung unsere Tagungsleitung dieses aus. Entsprechend sind zum Beispiel
336 Hausverweise/-verbote mit der Tagungsleitung rückzukoppeln und werden durch die
337 entsprechenden Ordner*innen von Die Linke Leipzig umgesetzt. Diese liegen nicht in der
338 Zuständigkeit der Mitwirkenden des Awareness-Teams.

339 Dementsprechend kann das Awareness-Team im Falle des Wunsches einer Betroffenen, die
340 ausübenden Person vom Parteitag zu entfernen, nicht allein agieren. Der Ausschluss von
341 wahl- und stimmberechtigten Mitgliedern ist aus satzungs- und rechtsrelevanten Vorgaben
342 nicht einfach möglich. Aus diesem Grund wird neben dem Awareness-Team und den
343 Schichtleitungen eine Mittelsperson vorhanden sein. Diese übernimmt die Klärung mit den
344 Ordner*innen der Linken Leipzig sowie mit dem Stadtparteitag.

345 **In diesem Fall sind folgende Verfahren zu berücksichtigen:**

346 1. Die Betroffene möchte die ausübende Person ausschließen lassen, ohne dass diese
347 angesprochen wird:

- 348 a. Seit ehrlich und informiert die Betroffene, dass ihr diese Entscheidung nicht
349 treffen könnt und entsprechend über das Vorkommnis mindestens mit der
350 Mittelsperson reden müsst und bittet um das Einverständnis der betroffenen
351 Person.
- 352 b. Die Schichtleitung übernimmt die Kontaktaufnahme mit der Mittelsperson.
- 353 c. Die Mittelsperson erklärt der Betroffenen, dass ein Ausschluss ohne Gespräch
354 mit der ausübenden Person nicht möglich ist, da die satzungsgemäßen
355 Mitgliedsrechte nicht ohne Kommunikation mit der ausübenden Person
356 vollzogen werden kann und das Hausrecht bei der Tagungsleitung und den
357 Ordner*innen liegt. (Dies übernimmt die Mittelsperson, damit die Mitglieder
358 des Awareness-Teams die Parteilichkeit wahren können.)
- 359 i. Die betroffene Person stimmt dem zu, dann siehe Punkt 2.
- 360 ii. Die betroffene Person stimmt dem nicht zu, dann übernimmt das
361 Awareness-Team wieder und versucht machbare Maßnahmen mit der
362 Betroffenen zu erarbeiten, die es der Person ermöglichen, weiter am
363 Parteitag zu partizipieren.

2. Die betroffene Person möchte, dass man die ausübende Person ausschließt und mit der Person spricht:

- a. Seit ehrlich und informiert die Betroffene, dass ihr diese Entscheidung nicht treffen könnt und entsprechend über das Vorkommnis mit der Mittelsperson reden müsst und bittet um das Einverständnis der betroffenen Person.
- b. Die Schichtleitung übernimmt die Kontaktaufnahme mit der Mittelsperson.
- c. Die Mittelsperson spricht mit der betroffenen Person und erläutert, dass der Ausschluss nur über die Ordner*innen erfolgen kann und vor einem Ausschluss die ausübende Person angesprochen werden muss. Folglich bittet die Mittelsperson um das Einverständnis der Betroffenen mit der ausübenden Person, der Tagungsleitung sowie den Ordner*innen über das Vorkommnis zu sprechen.
- d. Die Mittelsperson nimmt Kontakt zu der Tagungsleitung sowie den Ordner*innen auf und klärt, ob das Vorkommnis im Rahmen der Hausordnung ein Grund für einen Veranstaltungsausschluss ist.
- e. Die Mittelsperson nimmt Kontakt mit der ausübenden Person auf und erläutert dieser das Fehlverhalten und verdeutlicht die dadurch entstandenen Verletzungen der betroffenen Person sowie den Wunsch des Ausschlusses. Dann können folgende Reaktionen erwartet werden:
 - i. Die ausübende Person reagiert verständnisvoll und erkennt ihr Fehlverhalten sowie die Betroffenenperspektive an und verlässt ohne Diskussionen den Parteitag.
 - ii. Die ausübende Person reagiert verständnisvoll und erkennt ihr Fehlverhalten sowie die Betroffenenperspektive an, möchte aber im Laufe des Parteitags ihr Stimm-, Wahl- und Antragsrecht ausüben und bietet an, temporär den Parteitag zu verlassen.
 - iii. Die ausübende Person hat keinerlei Einsicht und ist nicht bereit, das Fehlverhalten oder die Betroffenenperspektive anzuerkennen.
- f. Entsprechend ergeben sich folgende Handlungsweisen:
 - i. Der Wunsch der Betroffenen wird umgesetzt. Die Betroffene wird über die Einsichtigkeit der ausübenden Person informiert und über die angenommene Konsequenz. Nun gilt es nur noch zu klären, ob die Betroffene noch etwas in diesem Moment braucht.
 - ii. Die betroffene Person wird über die Einsichtigkeit und das Angebot informiert. Entsprechend wird gefragt, ob die Maßnahme hilfreich ist. Bei weiterem Unterstützungsbedarf steht das Awareness-Team weiterhin zur Verfügung, um machbare Maßnahmen ergänzend umzusetzen.
 - iii. Im Falle, dass das Vorkommnis gegen die Hausordnung des Kupfersaals verstößt oder eine akute Gefahr für weitere Anwesende des Parteitags besteht, werden die Ordner*innen informiert und die ausübende Person vom Parteitag entfernt. Im Fall, dass das Vorkommnis nicht gegen die Hausordnung/-regeln verstößt, muss der Verweis aus dem Haupttagungssaal des Parteitags vom Stadtparteitag beschlossen werden. Hierfür wird ein Antrag zur Geschäftsordnung von der Mittelsperson gestellt und das Vorkommnis wird anonymisiert und deskriptiv geschildert, mit Benennung des Wunsches und der Uneinsichtigkeit der ausübenden Person. Entsprechend stimmt der Parteitag ab. Eine entsprechende Regelung muss dazu von der Versammlung in der Geschäftsordnung beschlossen sein.

12 AK. Awareness Konzept

414 Generell bemüht sich das Awareness-Team, alle Anliegen und Wünsche von Betroffenen
415 entsprechend den hier beschriebenen Grundprinzipien zu bearbeiten. Grundlegend können
416 durch die mitwirkenden Personen im Awareness-Team folgende Diskriminierungsbereiche
417 erfahrungsbasiert gedeckt werden: Sexismus und sexualisierte Gewalt, Klassismus und
418 Queerfeindlichkeit, Rassismus.

419 Wir bringen Erfahrungen aus verschiedenen Awareness-Kontexten aus der Veranstaltungs-
420 und Clubkultur sowie der Awarenessarbeit von Bundes- und Landesparteitagen mit.
421 Ebenfalls haben wir Mitglieder mit Berufserfahrung in der Unterstützungsarbeit.
422 Die Deckung ist von der Besetzung der Schichten abhängig. Unser Team besteht aus
423 weiblich sowie männlich gelesenen Personen.

424 Weitere Hinweise und Organisatorisches

425 Rollen und weitere Aufgaben:

426 Das Awareness-Team ist schichtweise im Einsatz. Jede Schicht dauert zwei Stunden und ist
427 idealerweise von 4 Personen gedeckt, wobei zwei der vier Mitglieder die Schichtleitung
428 übernehmen. Es wird den Mitgliedern des Awareness-Teams empfohlen nach jeder Zwei-
429 Stunden-Schicht für die Dauer der Folgeschicht (2 Stunden) eine Pause zu machen. Sollten die
430 Mitglieder entscheiden die Folgeschicht nicht zu pausieren, dann ist es Pflicht spätestens
431 nach der 2. Schicht (nach 4 Stunden Einsatz) eine Pause einzulegen. In den Schichten
432 werden die diensthabenden Mitglieder des Awareness-Teams ausschließlich in festen
433 Zweier-Teams in die Unterstützungsarbeit gehen (sind im Schichtplan vermerkt). Zudem
434 besteht die Möglichkeit für interessierte ungeschulte Mitglieder, dass diese als Buddy
435 hospitieren können, insofern ein Zweier-Team durch all seine Mitglieder dies will und zulässt.
436 Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass die Hospitation bei Gesprächen und anderen
437 Aufgaben nur möglich ist, wenn die betroffene Person in die Anwesenheit von Buddy-
438 Personen einwilligt.

439 Die Schichtleitungen übernehmen auch die Dokumentation in den Schichten sowie die
440 Übergabe mit dem Awareness-Team in der Folgeschicht.
441 Vorkommnisse werden anonymisiert (für ausübende sowie betroffene Person) und
442 beschreibend aus der Betroffenenperspektive inkl. den ergriffenen Maßnahmen
443 dokumentiert. Entsprechend sind persönliche Wertungen zu unterlassen. Mit dieser
444 Dokumentation soll im Nachgang des Parteitags ein Bericht für den Stadtvorstand verfasst
445 werden.

446 Erkennbarkeit und Ausweisung:

447 Die sich im Einsatz befindenden Personen des Awareness-Teams werden über die
448 Schichtdauer hinweg über Westen/Textilsticker auf der Kleidung gekennzeichnet sein.
449 Ein Auszug aus dem Awareness-Konzept über das Selbstverständnis und die Arbeitsweise
450 und eine Beschreibung, wo sich die Anlaufstelle bei Fragen oder Vorkommnissen befindet,
451 (Awareness-Tisch im Saal sowie Ruhe-Raum) wird in den Räumen des Stadtparteitags
452 ausgehängt, um die Auffindbarkeit klar- und sicherzustellen. Es gibt ein Awareness-Telefon.
453 Die Nummer wird zusätzlich und insbesondere in den Sanitär- und Toilettenräumen
454 ausgehängt. Generell müssen immer zwei diensthabende Personen des Awareness-Teams
455 am Awareness-Tisch verfügbar sein. Entsprechend sind Pausen innerhalb des Teams
456 abzusprechen und wenn möglich zurückzustellen, wenn durch aktive Unterstützungsarbeit/
457 Gespräche mit Betroffenen die Besetzung nur noch durch eine Person gegeben ist.

458 Kommunikation und Dokumentation:

459 Für die Zeit der Vorbereitung und des Einsatzes des Stadtparteitags wird eine Signalgruppe
460 mit den teilnehmenden Menschen im Awareness-Team eingerichtet. Am Morgen vor den
461 Parteitag (Samstag, der 06.09.25) trifft sich das Awareness-Team der 1. Schicht und
462 bespricht erneut alle Arbeitsweisen und Vorgehensweisen, wie hier beschrieben, begeht die
463 Räumlichkeiten (wenn möglich) und klärt finale Fragen und bespricht final den Schichtplan.
464 Dieses Briefing gibt die Schichtleitung der Folgeschicht bei der Übergabe mit. Zudem wird
465 das Awareness-Konzept gedruckt am Awareness-Tisch vorliegen. Ebenso gibt es
466 teaminterne Schnellübersichten über die Arbeitsweise sowie die Grenzen der Awareness-
467 Arbeit.
468 Die Dokumentation erfolgt über einen Laptop. Dieser wird von der Geschäftsstelle zur
469 Verfügung gestellt und erhält ein gesondertes Passwort, welches nur den Mitgliedern des
470 Awareness-Teams bekannt ist. Für die Dokumentation wird es eine Vorlage geben. Am Ende
471 des Parteitages wird die Dokumentation auf einem Stick gesichert und vom Laptop gelöscht,
472 um versehentliche sowie absichtliche Dateneinsichten zu verhindern.

473 Quellen:
474 [https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/ausserordentlicher-parteitag-zur-](https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/ausserordentlicher-parteitag-zur-bundestagswahl-2025/awarenesskonzept/)
475 [bundestagswahl-2025/awarenesskonzept/](https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/ausserordentlicher-parteitag-zur-bundestagswahl-2025/awarenesskonzept/) (10.07.25)
476 <https://ddhf.de/wp-content/uploads/2022/05/Leitfaden-Awareness-Team.pdf> (05.04.2025)
477 <https://awareness-institut.net/standards-grundlagen-von-awareness/> (04.07.25)
478 <https://drive.google.com/file/d/1cKfpXW3kE2C3d9aVQHMRZqGA8wm86h8k/view> (09.03.25)
479 <https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/> (31.07.25)

Rechenschaftsbericht 2024-2026

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	14
Politische Rahmenbedingungen	15
Entwicklung von Die Linke Leipzig	17
<i>Die Linke Leipzig in Zahlen</i>	17
<i>Mitgliederentwicklung</i>	17
<i>Politische Mitwirkung unserer Mitgliedschaft</i>	18
<i>Neuerungen in der Geschäftsstelle</i>	18
<i>Weiterentwicklung der internen Strukturen</i>	20
<i>Organisationen von Großveranstaltungen</i>	21
<i>Feministische Erneuerung</i>	21
<i>Finanzen</i>	25
<i>Neumitgliederarbeit im SV Leipzig</i>	26
<i>Zusammenarbeit mit unserer Stadtratsfraktion</i>	29
Mietenkampagne „Leipzig bezahlbar machen“	29
Wahlen	31
Bundestagswahl 2025.....	31
Vorbereitung OBM-Wahl 2027.....	32
Berichte aus den Gruppierungen	32
<i>Vorstand SBV Nordwest</i>	33
<i>AG Soziales</i>	34
<i>AG Politische Bildung</i>	36
<i>AG Cuba Sí</i>	40
<i>AG Demokratische Linke</i>	42
<i>Linksjugend Basisgruppe</i>	43
<i>AG Küfa</i>	44
<i>AG Palästinasolidarität</i>	45
<i>AG Antimilitarismus</i>	46

Einleitung

Die Linke Leipzig ist mit über 5.250 Mitgliedern der größte Kreisverband unserer Partei bundesweit. Seit Herbst 2024 hat sich unsere Größe verdoppelt – wir spüren diesen Zuwachs an motivierten Menschen überall und freuen uns über die Energie und den Tatendrang. Gemeinsam bewegen wir etwas!

Bangte Die Linke Ende 2024 noch um den Wiedereinzug in den Bundestag, so stellen wir dort nun mit der weiblichsten und jüngsten Fraktion 10 % der Abgeordneten und prägen damit eine neue politische Generation. Durch unser fulminantes Comeback auf Bundesebene schaffen wir Gehör für Anliegen, die sonst zu kurz kommen. Wir bringen den Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Militarisierung unserer Gesellschaft, die Beseitigung historischer Errungenschaft der Arbeiter*innenbewegung wie den 8-Stunden-Tag, die Kürzungen bei Sozialleistungen, Bildung und Rente sowie gegen die Normalisierung von Rassismus und Ausgrenzung in die Parlamente.

Unsere gemeinsame Organisation trägt Früchte! Zwar verschlechtern sich die Verhältnisse unter den aktuellen CDU-geführten Regierungen weiterhin, aber wir als Linke machen mit unserer klaren Kritik, unseren konkreten Alternativen und gelebter Solidarität einen deutlich spürbaren Unterschied. Denn als Stadtverband verstehen wir uns als Teil einer organisierenden Klassenpartei, die sich an den Interessen der arbeitenden Mehrheit orientiert und sich Schritt für Schritt in Stadtteilen und Betrieben verankert. Genau diese Perspektive prägt unser tägliches politisches Handeln.

Wir organisieren die Hoffnung in dieser düsteren Zeit, und darauf sind wir stolz! In diesem Rechenschaftsbericht ordnen wir unser Wirken in die politischen Rahmenbedingungen und das Handeln von Die Linke ein, schauen auf unsere Mitgliederentwicklung sowie die Wahlen und geben einen Einblick in unsere verschiedenen Strukturen und Arbeitsgruppen.

Politische Rahmenbedingungen

Unsere Amtszeit von September 2024 bis Oktober 2026 fiel in eine politische turbulente Zeit, mit sich verschlechternden Rahmenbedingungen und einer relativ instabilen Gesamtlage.

Der Ukrainekrieg besteht weiterhin fort. Direkt nach unserer Wahl fand das Massaker des 7. Oktober in Israel statt, woraufhin der vernichtende Krieg in Gaza folgte und in einen Genozid mündete. Das Völkerrecht wurde weltweit, aber insbesondere von US-Präsident Trump (der die Wahl im November 2024 gegen Kamala Harris gewann und damit nach 4 Jahren demokratischer Regierung zum zweiten Mal an die Macht kam) mit den Füßen getreten. Auch die deutsche Regierung misst hier mit zweierlei Maß und bezeichnet völkerrechtswidrige Visionen mal als „komplexe Lage“ (USA gegen Venezuela), mal korrekterweise als „Angriff“ (Russland gegen Ukraine) – je nachdem, ob es in das aktuelle Freund-Feind-Schema passt.

Gleichzeitig schreitet die Klimakatastrophe voran. Ein UN-Bericht bescheinigte im September 2026 erstmals die konkrete aktuelle Überschreitung der 1,5-Grad-Erwärmung – der weltweite Aufschrei blieb aus. Energieministerin Reiche (CDU) agiert mehr als Lobbyistin des fossilen Kapitals denn als Energieministerin, und die schwarz-rote Regierung wickelt die

von der Fortschrittskoalition gestärkte Energiewende praktisch ab.

Die SPD ist sich nicht zu schade, gemeinsam mit der Union den größten sozialen Kahlschlag der Geschichte der BRD einzuleiten. Es soll an so vielen Stellen gekürzt werden, dass die meisten Bürger*innen den Überblick verloren haben. Wohnen, Rente, Pflege, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitssystem, Arbeitsrechte, Grundsicherung – überall Kürzungen. Kanzler Merz (CDU) hat die schlechtesten Umfragewerte, die ein Kanzler je hatte und die Union ist in Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Mal in ihrer Geschichte unter die 5%-Hürde bei einer Landtagswahl gerutscht.

Zu allem Übel kommt noch eine gigantische Wirtschaftsblase aufgrund von Künstlicher Intelligenz (KI) hinzu – die Vorhersagen wechseln sich zwischen katastrophalen Auswirkungen durch deren Crash oder durch die Übernahme der Weltherrschaft der KI über Waffensysteme ab. Negativ bleiben die Ausblicke.

All dies macht deutlich, dass Die Linke Leipzig ihr Handeln an den Beschlusslagen der Landes- und Bundesstrukturen orientieren musste, da die prägenden Themen nicht kommunal waren. Gleichmaßen drehten sich die umfassenderen und kontroverseren Debatten in unserem Stadtverband häufig um landes- oder bundespolitische Themen bzw. der entsprechenden (Landes-)Parteitage. Dabei hervorzuheben sind Diskussionen zum sächsischen Doppelhaushalt sowie außenpolitische Themen.

Beim Thema Nahost-/Westasienkonflikt hat sich gesellschaftlich und auch innerparteilich seit dem Oktober 2024 vieles verschoben. Steht der deutsche Staat noch uneingeschränkt an der Seite Israels und war die offizielle Position von Die Linke bis vor zwei Jahren eher israelsolidarisch, so haben palästinensische Stimmen und Perspektiven seitdem an Kraft und Zustimmung gewonnen. Auf den Bundesparteitagen seitdem wurden zahlreiche Resolutionen verabschiedet, die den Anspruch haben, sowohl israel- als auch palästina-solidarische Stimmen gleichermaßen zu berücksichtigen. Auf dem Stadtparteitag 2025 hat auch Die Linke Leipzig eine Position zum Thema gefasst.¹

Gleichzeitig hat Die Linke Leipzig zu mehreren bundesweiten Solidaritätsdemonstrationen mobilisiert und teilweise auch Busse mitfinanziert. Diese waren u.a. am 27.9.25 für Gaza in Berlin, mehrmals für Cuba in Berlin und gegen Militarisierung und Aufrüstung.

Außerdem haben wir als Die Linke Leipzig und Sachsen frühzeitig Proteste gegen die Kürzungen der Regierung initiiert. Gemeinsam mit dem DGB, Leipzig nimmt Platz und Bündnis90/Die Grünen bauten wir ein breites Bündnis von über 25 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Leipzig auf, die am 28. März 2026 über 2.000 Menschen für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – gegen Kürzungen, Sozialabbau und Hass auf die Straße brachten.

Nachdem die Kürzungspläne immer heftiger wurden, rief die Bundesebene der Partei ab Frühsommer auch zur Organisation von Protesten auf. Mit dem Antrag D.08-02/2026 haben wir unsere Genoss*innen von Leipzig Steht Zusammen, ver.di Leipzig und der BO Eisenbahnstraße bereits bei Vorbereitung und Durchführung des ersten Sozialratschlags am 30. Mai 2026 unterstützt. Dies gilt ebenso für die daraus hervorgegangene Protestaktion am 1. Juni 2026 unter dem Motto: „Merz grillt den Sozialstaat – Wir grillen seine Kürzungspolitik“. Mit dem Antrag 02-06/2026 haben wir kurzfristig unsere Mitgliedschaft unterstützt im

1 <https://gleft.de/6sl>

Rahmen des Sozialratschlags eine Demo am 15. Juni zu organisieren und breit über unsere stadtverbandsweiten Kanäle zu mobilisieren. Unter dem Motto „Es reicht – wir sind unkürzbar!“ wurden beide Bündnisse dann zusammengeführt. Am 26. September 2026 fand eine von sieben bundesweiten Großdemos des DGB in Leipzig statt, an der bis zu 10.000 Menschen teilnahmen. Dieser Protest wird fortgeführt. Ziel ist weiterhin, die Kürzungspläne abzuwenden und die Lebensbedingungen der Menschen hierzulande zu verbessern, statt zu verschlechtern.

Entwicklung von Die Linke Leipzig

Die Linke Leipzig in Zahlen

29,4% der Erststimmen Bundestagswahl 2025 (stärkste Kraft)	19,4% der Erststimmen Landtagswahl 2024 (drittstärkste Kraft)	> 5.000 Mitglieder
22,5 % der Zweitstimmen Bundestagswahl 2025 (stärkste Kraft)	2 MdL	16 Mitglieder im Stadtvorstand
1 MdB	17,5% der Stimmen Stadtratswahl 2024 (zweitstärkste Kraft)	10 SBVs
10,5% der Stimmen Europawahl 2024 (stärkstes Ergebnis bundesweit)	12 Sitze im Stadtrat	> 80 Mitglieder in Stadtbezirksvorständen
	20 Stadtbezirksbeiräte	

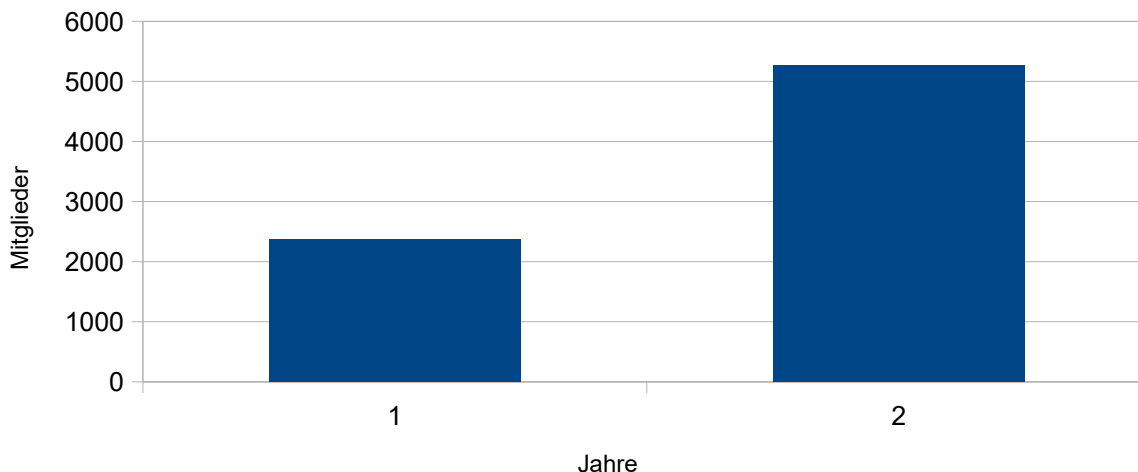
Mitgliederentwicklung

31.08.2026: 5.264 Genoss:innen, davon 2.539 weiblich, 2.336 männlich, 173 divers und 216 keine Angabe

31.8.24: 2.372 Genoss:innen

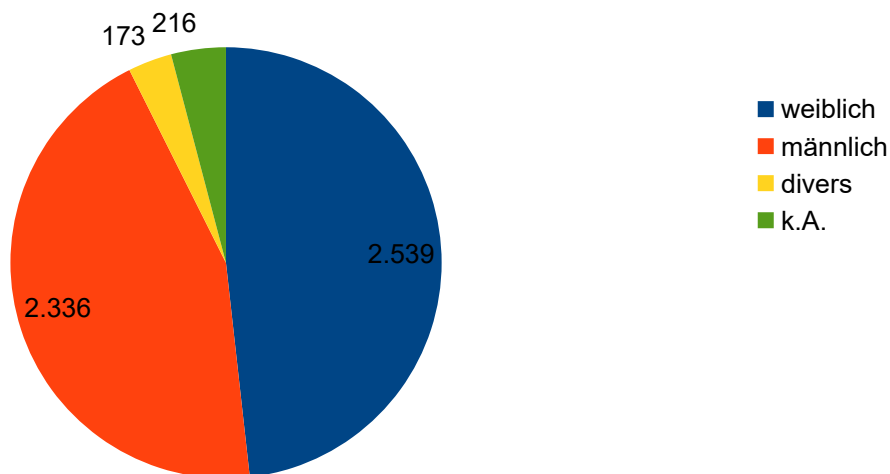
Mitglieder Die Linke in Zahlen

Vom 31.8.24 zum 31.08.26 mehr als verdoppelt



Mitglieder nach Geschlecht

nach eigener Angabe



Politische Mitwirkung unserer Mitgliedschaft

Bedingt durch die große Zahl an neuen Mitgliedern war die Arbeit des Stadtvorstands durch ein erhöhtes Antragsaufkommen aus unserer Mitgliedschaft in den Vorstandssitzungen sowie zu den Stadtparteitagen gekennzeichnet. Die Mehrheit der Anträge umfassten Veranstaltungsideen aus der Mitgliedschaft oder die Beteiligung an Aktionen. Eine Vielzahl der Antragsgegenstände befassten sich mit internationalen Belangen, die beispielsweise die Lage in Südwestasien betrafen, welche oftmals mit Stellungnahmen, Aufrufen oder anderen Veröffentlichungen gekoppelt waren.

Neuerungen in der Geschäftsstelle

Neue Stelle für aktivierende Mitgliederarbeit

Im Zuge der Eintrittswelle 2025 schuf der Stadtvorstand eine neue Mitarbeiterstelle mit 30 Stunden pro Woche in unserer Geschäftsstelle mit Fokus auf aktivierende Mitgliederarbeit. Diese wurde zum 1. Juli 2025 zunächst befristet auf ein Jahr mit George Rainov besetzt und im April 2026 durch den Stadtvorstand entfristet. Die dafür notwendigen Personalkosten wurden dem Stadtverband auf der 2. Tagung des 9. Stadtparteitages am 6. September 2025 als Nachtragshaushalt für 2025 und zur Planung im regulären Finanzplan ab 2026 vorgeschlagen und von diesem bestätigt. Besonders hervorzuheben sind dabei verschiedene Fortschritte in puncto Digitalisierung unserer Geschäftsstelle, welche durch George vorangetrieben wurden. Dazu zählen zum Beispiel neue digitale Werkzeuge zur Raumbuchung, Finanzübersicht, Belegerstellung und Buchhaltung, welche die Arbeit in Summe transparenter sowie besser auf verschiedene Schultern verteilbar machen und den administrativen Aufwand deutlich reduzieren, der vorher maßgeblich durch ehrenamtliche, manuelle Arbeit getragen wurde.

Technische Neuerungen im Liebknecht-Haus

Neben der Ordnung im Haus wurde in der Geschäftsstelle seit dem letzten Jahr an einer Reihe von Tools und kleinen digitalen „Helferlein“ gearbeitet, die Transparenz herstellen, Prozesse erleichtern und Übersichtlichkeit für Mitglieder schaffen sollen. Anlass ist, dass die Geschäftsstelle bei steigenden Mitgliederzahlen und Mitgliederanfragen immer wieder an die Grenze der strukturellen Überlastung gerät. Ziel ist eine organisierte und digitalisierte Geschäftsstelle, die mit dem steigenden Aktivitätsniveau mithalten kann.

1. Mitglieder können mehr selbst erledigen

Eine große Neuerung wird das Inventar- und Verleihsystem. Der Bestand des Liebknecht-Hauses wurde digital abgebildet, sodass sich Material selbst anfragen lässt. Die Verfügbarkeit wird nach bestätigten Reservierungen in Echtzeit aktualisiert, Packlisten mit Standort entstehen automatisch. Bisher läuft die Ausgabe vollständig über die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle, künftig sollen Mitglieder dies einfacher selbst erledigen können. Die Räume werden schließlich kollektiv genutzt und bleiben nur dann auf Dauer ordentlich, wenn alle das Wissen haben, um Ausgeliehenes selbst zurückbringen zu können.

Ein weiteres Werkzeug leitet Druckwünsche geordnet an die Geschäftsstelle, rechnet Preise vor, nennt Lieferzeiten und erkennt Mängel in Druckdateien wie ein falsches Format oder fehlenden Beschnitt. Für Zetkin werden Add-ons entwickelt, welche die Mitgliederverwaltung erleichtern und es Mitgliedern ohne Admin-Rechte erlauben, Aktionen voranzumelden. Die Zetkin-Admins bilden zudem immer mehr Mitglieder aus und decken inzwischen alle Stadtbezirksverbände ab. Hinzu kommt eine eigene, datensichere Doodle-Alternative.

2. Überblick über Termine, Inhalte und Wissen

Ein Masterkalender führt Termine von Webseiten, aus Veröffentlichungen und internen Dokumenten zusammen. Er soll möglichst alle Termine im Stadtverband abbilden und Doppelbuchungen vermeiden. Ein bereits genutzter Redaktionsplan zeigt die Contentplanung von Geschäftsstelle, Mietenkampagne, Stadtratsfraktion und OBM-Wahlkampagne nebeneinander. Darüber hinaus entsteht eine umfassende Dokumentation zu unseren Prozessen, Anlaufstellen, Tools und Ansprechpersonen, damit Wissen nicht bei wenigen Einzelnen liegt. Diese soll in den nächsten Monaten zugänglich gemacht und um einen Chatbot über Telegram oder die Website ergänzt werden.

3. Weniger Aufwand bei Routinen

Für Gesamtmitgliederversammlungen wurden einige Helferlein für zeitintensive und kleinteilige Aufgaben wie die Erstellung von Namensschildern und einheitlichen Anmeldelisten geschaffen. Intern werden Anträge aus den Stadtvorstandssitzungen erfasst und nachverfolgt sowie Protokolle formatiert. Terminankündigungen lassen sich automatisiert in feste Layouts einfügen.

Die Verwaltung der Busanreisen über pretix war bei der großen Gaza-Demo vor einem Jahr noch mit hohem Aufwand verbunden. Inzwischen sind Ticketing, Zahlungsabgleich und Sitzplätze einfach zu überblicken. Mit Listmonk wurde ein Open-Source-Mailing-Tool erprobt, welches gestaltete E-Mails nach Vorlagen und eine leichtere Listenverwaltung erlaubt. Die Freitagspost läuft noch über das alte System.

4. Technik und Ordnung im Liebkecht-Haus

Im großen Luxemburg-Raum wurden ein neuer Deckenbeamer, ein fest eingebauter Mini-PC und eine 360-Grad-Konferenzkamera mit Raummikrofon installiert. Zusammen mit dem AG-Zimmer stehen damit nun zwei einfach nutzbare, videokonferenzfähige Räume zur Verfügung. Im Treppenhaus wurden Kabelschächte installiert, in den nächsten Wochen folgt ein einheitliches WLAN für das ganze Haus. Nach dem Cyberangriff auf die Bundesgeschäftsstelle wurde an der IT-Sicherheit unserer Geschäftsstelle gearbeitet. Außerdem wurde begonnen, das Haus systematisch zu entrümpeln.

Weiterentwicklung der internen Strukturen

Um die Beteiligung verschiedener Ebenen der Partei und eine demokratische Willensbildung zu stärken, bauten wir die Ortsvorsitzenden-Beratung aus. Das Treffen beinhaltet nun Vorstellungsrunden und mehr Raum für Austausch. Die Berichte fokussieren sich auf Wunsch nach Unterstützung und können ansonsten schriftlich eingereicht werden. Die Beratung wird stärker beworben, besser besucht, ist auf 2-2,5 Stunden verlängert worden und ins Dachgeschoss verlegt worden. Außerdem fand eine Klausur der Ortsvorstände und eine der AGs/IGs statt, die wiederholt werden sollen. Zur Unterstützung der kurzfristigen Kommunikation gibt es einen Telegram-Chat für die Ortsvorstände mit bis zu 3 Vertreter*innen pro SBV-Vorstand.

Organisationen von Großveranstaltungen

Bei der Organisation von Großveranstaltungen haben wir einige Neuerungen bzw. Verbesserungen vorangebracht. Ziel war bei allen, eine bessere Einbindung der Mitglieder und Delegation von Aufgaben zu ermöglichen.

- Formulare bei Nextcloud

Wir machten regelmäßig Abfragen über Formulare bei Nextcloud, z.B. zur Anmeldung bei Stadtparteitagen, Klausuren und Beteiligungen an Seminaren.

- Zetkin

Wir nutzen die Plattform Zetkin, um Mitglieder zu kontaktieren, Rückmeldungen zu bündeln und bessere Profile zu erstellen.

- Pads

In Pads stellen wir verschiedene Aufgabenfelder für Veranstaltungen dar, damit Menschen sich für konkrete Aufgaben eintragen konnten.

- Telegram

Auf Telegram bauten unseren stadtweiten Kanal <https://t.me/DieLinkeLeipzig> aus und bespielen ihn regelmäßig mit zentralen Terminen und Themen. Außerdem wurde eine Gruppe https://t.me/Linke_Grossevents_Leipzig eingeführt, bei der Unterstützung für Großveranstaltungen koordiniert wird.

Wir halten die stetige Aktivierung und bessere Einbindung von Mitgliedern sowie eine damit einhergehende stärkere Verantwortungsverteilung weiterhin für ein zentrales Handlungsfeld des Stadtvorstandes. Hier ist noch viel zu tun.

Feministische Erneuerung

Die Partei Die Linke ist eine feministische Partei. Mit diesem Anspruch haben wir nach #LinkeMeToo unseren Grundkonsens in dieser Hinsicht erneuert und entsprechende Strukturen und Prozesse zum Umgang mit grenzüberschreitenden Verhalten und sexistischer Gewalt geschaffen:

- <https://www.die-linke.de/partei/den-grundkonsens-erneuern-fuer-eine-feministische-linke/>
- <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/augsburger-parteitag/beschluesse-des-parteitages/detail/leitfaden-zum-umgang-mit-sexismus-und-sexistischer-gewalt-in-der-linken-1/>

Mit dem Beschluss im Jahr 2023 wurden entsprechend zwei Begriffe geprägt und für unsere Partei als konzeptionelle Grundlage festgelegt: die kollektive Verantwortungsübernahme und die Transformative Gerechtigkeit.

Vertrauenspersonen

In den letzten Jahren hat unsere Stadtpartei eine feministische Erneuerung eingeleitet und entsprechend der o. g. Beschlüsse u. a. Vertrauenspersonen als unabhängige Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet und strukturell entsprechende Maßnahmen auch in Leipzig getroffen.

22 RB. Rechenschaftsbericht

Erstmals im März 2024 wurde der Stadtvorstand zum entsprechenden Leitfaden und der damaligen Berufung von neuen Vertrauenspersonen schriftlich angefragt. Die Rolle der Vertrauenspersonen gibt es seit 2021 im Stadtverband und somit über zwei Jahre vor der Beschlussfassung des Leitfadens.

Doch der Stadtvorstand wurde erstmals im Juni 2025 als gesamtes Gremium von der Bundesebene zum Leitfaden und der Rolle der Vertrauenspersonen geschult.

Im September 2025 wurden auch über den Stadtparteitag Satzungsänderungen beschlossen, welche die Vertrauenspersonen in ihrer Tätigkeit und Rollenerfüllung stärken und beispielsweise die Möglichkeit zur Anwesenheit in geschlossenen Sitzungsteilen vereinfacht.

Aus diesem Grund ergab sich eine grundlegende Überarbeitung und Anpassung der Ausschreibungsinhalte sowie der Besetzungsverfahren, um den Ansprüchen des Leitfadens und der im Herbst 2023 gefassten Beschlüsse zu entsprechen. So wurde im Dezember 2025 erstmals eine Vertrauensgruppe von fünf Personen ausgeschrieben. Die Sichtung von Bewerbungen und die dazugehörigen Gespräche wurden erstmals systemisch entlang von Leitfäden und Kriterien im Februar 2026 geführt. In der Stadtvorstandssitzung im März 2026 wurden drei Vertrauenspersonen berufen. Mit dem Berufungsantrag wurden ebenfalls weitere strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Arbeit unserer ehrenamtlichen Vertrauenspersonen beschlossen. Hierzu zählen z. B. Schulungsangebote, welche die Vertrauenspersonen vor der aktiven Tätigkeitsaufnahme erhalten sollten. Diese umfassten eine Leitfadenschulung, eine Schulung zu den Strukturen und dem Aufbau des Stadtverbands sowie eine Schulung zur Transformativen Arbeit mit ausübenden Personen. Ein Budget, mit welchem sie Beratungen, Weiterbildungen, Supervisionen und ggf. Literatur auf Antrag finanziert werden kann. Sowie eine koordinierte Übergabe des E-Mail-Postfachs sowie von offenen Anfragen mit den früheren Vertrauenspersonen.

Im Zusammenhang mit der Leitfadenschulung gab es erstmals ein bundesweites Zusammenkommen von Vertrauenspersonen der Partei und es wurde eine bundesweite Vernetzung ermöglicht, die es in der Form vorab nie gab. In diesem Zusammenhang werden einzelne Mitglieder des Stadtvorstands auch bundesweit mit Fragen zum Strukturaufbau angefragt oder auch die Anträge aus Leipzig als Vorbild genutzt. Damit wird der wirksame Strukturaufbau und das Fortschreiten der feministischen Erneuerung in Leipzig bestätigt.

Das sind elementare Schritte, um die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit und damit den Schutz von Betroffenen im Stadtverband zu stärken. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Vertrauenspersonen ausschließlich für die Unterstützung von Betroffenen zuständig sind.

Awareness-Arbeit

Des Weiteren gibt es seit 2025 für Stadtparteitage und andere stadtverbandsweite Gesamtmitgliederversammlungen (z. B. KWV) Awareness-Konzepte und Awareness-Teams. In diesem Zusammenhang hat sich auch ein stadtverbandsweiter Zusammenschluss aus zahlreichen Neumitgliedern begründet, die AG Awareness. In diesem Zusammenhang hat der Stadtvorstand auch einen Awareness-Rucksack mit entsprechender Ausstattung und Westen zur Kennzeichnung angeschafft, um die Dienste und Einsätze von Awareness-Teams über die zur Verfügungstellung einer guten Ausstattung zu unterstützen. Diese Anschaffung

wird innerhalb von Leipzig regelmäßig bei verschiedenen Formaten und Veranstaltung eingesetzt und wurde auch schon über die Stadtverbands- und Landesverbandsgrenzen hinaus auf Veranstaltungen, wie Landesparteitagen, genutzt. In den letzten zwei Jahren wurde Leipzig von mehreren Kreis- und Landesverbänden, um Unterstützung im Rahmen der Awareness-Arbeit gebeten. Egal, ob Konzept-Vorlagen, das Ausleihen des Awareness-Rucksacks oder auch die personelle Begleitung von Diensten und Schichten. Die Awareness-Arbeit des Stadtverbands wird qualitativ gut anerkannt.

Insgesamt wurden seit April 2025 stadtverbandsweit sieben Awareness-Schulungen/-Veranstaltungen organisiert oder beworben. Die Workshops umfassten grundlegende Awareness-Schulungen, Workshops und Lesungen zur Transformativen Arbeit mit ausübenden Personen oder auch spezifische Schulungen zur Schichtplanung oder betroffenenzentrierten Gesprächsführung.

Ein weiterer kostenloser Workshop vom Awareness-Institut findet am 21. Oktober zur Transformativen Arbeit in Leipzig statt und sollte zeitnah beworben werden.

Das sind weitere Maßnahmen, welche gem. Leitfaden insbesondere als Präventionsmaßnahmen gesehen werden.

Entwicklungen im Rahmen der Struktur- und Gremienarbeit

Der Stadtvorstand selbst hat neben der Schulung zum Leitfaden ein mehrstündiges Seminar zum feministischen Grundkonsens unserer Partei mit Kathi Gebel (damals noch Mitglied des Bundesvorstands) im November 2025 organisiert und durchgeführt. Zudem hat der Stadtvorstand im Rahmen der Schulungsangebote sich so weit sensibilisiert, dass für die Verfassung von Stellungnahmen im Rahmen von grenzüberschreitenden oder diskriminierenden Vorkommnissen ein eigenständiges Verfahren in der Geschäftsordnung des Stadtvorstands erhalten hat. Dieses orientiert sich an den Awareness-Grundpfeilern der Anerkennung der Betroffenenperspektive sowie der Betroffenenzentrierung. Damit soll eine Verfahrenstransparenz im Fall der Fälle für Betroffene bestehen und der Schutz der betroffenen Person auch im Stadtvorstand gesichert werden.

Grundlegend sind in den letzten zwei Jahren elementare Fortschritte im Stadtverband zu verzeichnen und auch im Stadtvorstand wurden Maßnahmen ergriffen. Dennoch gibt es strukturelle Probleme. Hierzu zählt beispielsweise, dass die AG Awareness und die Zahl an geschulten Personen in der betroffenenzentrierten Unterstützungsarbeit oft bei wenigen Personen liegt. Dies bestätigt beispielsweise auch, dass die aktuelle Vertrauensgruppe nur mit drei statt fünf Personen besetzt ist. Einerseits liegt das an wenig geschulten Personen in den Vorstandsstrukturen (auch auf SBV-Ebene), die die Awareness-Arbeit vor Ort planen und etablieren. Zum anderen bestehen oft noch Wissenslücken, was die Awareness-Arbeit bedeutet, was oft zu überlangen Schichtplanungen führt und teilweise zu dem Eindruck führt, dass man sich auf den bestehenden Strukturen ausruht, nach dem Prinzip „Wir haben doch jetzt eine AG Awareness“. Doch diese besteht aus 20 Personen und ist nicht personell in der Lage Veranstaltungen über alle SBVs und IGs/AGs hinweg ganzjährig zu begleiten.

Des Weiteren bestehen Lücken und Fehlstellen in der Umsetzung der Transformativen Arbeit mit ausübenden Personen. Um Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt zu begegnen ist es auch sinnvoll, mit den gewaltausübenden Personen umzugehen. Einen bewussten Umgang gibt es oft nicht. Das führt teilweise dazu das nicht gehandelt wird, das nichts

passiert und das hat oft zur Folge, dass die betroffenen Personen sich zurückziehen. Stille Ausschlüsse finden statt. Im Rahmen unserer Parteilarbeit ist die Transformative Arbeit und deren strukturelle Ausgestaltung ebenfalls eine wenig berücksichtigte Fehlstelle.

Entsprechend gibt es Wissenslücken, es gibt keine Begleitung der Verhaltensänderung und der Reflektionsprozesse und teilweise ergeben sich schwere Fehler, welche insbesondere den Schutz der Betroffenen und ihre Wünsche unberücksichtigt lassen.

Doch aktives Handeln umfasst neben betroffenenzentrierter Unterstützungsarbeit und Prävention auch den Umgang mit gewaltausübenden Personen. Aus diesem Grund wird es zum kommenden Stadtparteitag einen Antrag zur feministischen Erneuerung geben, der auch Priorisierungen der Bereiche bei knappen personellen und finanziellen Mitteln klärt sowie das Vorhaben von Transformativen Arbeitsgruppen und deren Umsetzung fokussiert, um unseren Ansprüchen der kollektiven Verantwortungsübernahme und Transformativen Gerechtigkeit gerecht zu werden. Dieser wurde von drei Vorstandsmitgliedern geschrieben und eingereicht, welche die Veranstaltung von Ann Wiesental zur Transformativen Arbeit organisiert und besucht haben.

Grundlegend sind in den letzten zwei Jahren grenzüberschreitende und übergriffige Vorkommnisse im Stadtverband bekannt geworden. Ein anonymisierter Bericht der Vertrauensgruppe liegt hierzu aktuell nicht vor, da der amtierende Stadtvorstand noch keinen Turnus verabredet hat für erste Berichterstaten. Dies liegt einerseits daran, dass die Vertrauensgruppe in ihrer aktuellen Besetzung erst 3 Monate aktiv ist und zum anderen, dass vorangegangene Vorstände diesen Teil nicht umgesetzt hatten. Entsprechend wird empfohlen, im Dezember 2026 einen ersten Bericht im Stadtvorstand entgegenzunehmen und zu beraten.

Der im November 2024 auf der Klausur des Stadtvorstands beschlossene Arbeitskreis Antidiskriminierung hatte sich im Dezember 2024 konstituiert. Ziel war es nach einer internen Arbeitsphase den AK zu öffnen und über die vorstandsnahe Arbeitsgruppe Verbesserungen unserer Strukturen zu erarbeiten und Werkzeuge mit den Perspektiven unserer Mitgliedschaft zu entwickeln, um somit die feministische Erneuerung in die Regelarbeit unserer Gremien durch Check-Listen oder Hinweisen zu barrierefreien Räumen, etc. zu unterstützen. Der AK als solcher hat es final nicht ins aktive Arbeiten geschafft und wurde nie für die Mitgliedschaft geöffnet. In diesem Zusammenhang wurde die Idee des AK durch eine Vielzahl an Initiativen aus der Mitgliedschaft überholt und beispielsweise wurden AG-Gründungen und deren Arbeit final unterstützt.

Finanzen

Die letzten zwei Jahren auch in Sachen Finanzen bewegend. Fangen wir mit dem Unerfreulichen an: Das Jahr 2024 haben wir mit einem Minus von rund 53.000 € abgeschlossen. Das hat uns nicht überrascht, denn wir wussten, dass die Wahlkämpfe teuer werden würden. Sie wurden allerdings noch teurer, als wir es geplant hatten. Wir waren jederzeit handlungsfähig, da wir das Defizit aus unserem Bestand ausgleichen konnten. In den Vorjahren hatten wir noch einen Überschuss, den wir nun gut gebrauchen konnten. Besonders erfreulich war die hohe Spendenbereitschaft. Die Wahlkampfspenden waren weit höher, als wir erhofft hatten, und haben einen großen Teil der Mehrausgaben aufgefangen. Deshalb fiel das Minus am Ende sogar kleiner aus als im Finanzplan 2024 vorgesehen. Dafür sagen wir von Herzen Danke an alle, die gespendet haben.

Das Jahr 2025 war von der vorgezogenen Bundestagswahl geprägt, für die wir erhebliche Mittel aufbringen mussten. Zugleich ist unser Stadtverband so stark gewachsen wie nie zuvor. Dieses Wachstum ist ein großer politischer Erfolg. Es stärkt uns auch finanziell, denn mit jedem neuen Mitglied wachsen auch unsere Beitragseinnahmen. Aber das Wachstum bringt auch neue Aufgaben mit sich, vor allem in der Betreuung der Neumitglieder und in der Mitgliederaktivierung. Deshalb hat der Stadtvorstand beschlossen, eine neue Personalstelle im Liebknecht-Haus zu schaffen. Dadurch sind unsere Personalausgaben deutlich gestiegen. Durch die erhöhten Mitgliedsbeiträge und die zahlreichen Wahlkampfspenden ist es uns trotzdem gelungen das Jahr 2025 wieder mit einem Überschuss abzuschließen. Im Jahr 2026 nehmen wir diese Rücklagen zur Finanzierung des OBM-Wahlkampfs. Hier gilt es schon im Vorwahljahr die Weichen zu stellen. So wurde z.B. eine Wahlkampfkoordination schon Mitte des Jahres eingestellt.

Unsere laufende Arbeit finanzieren wir vor allem aus den Beiträgen unserer Mitglieder. Da wir als Partei keine Spenden von Unternehmen annehmen, sind sie das Fundament unserer Unabhängigkeit. Der Danke geht an alle, die regelmäßig ihre Beiträge bezahlen. Gut die Hälfte unserer Mitgliedsbeiträge führen wir an den Landesverband ab, der Rest bleibt für unsere Arbeit hier in Leipzig. Unsere laufenden Ausgaben für den Geschäftsbetrieb sind Dank der Sparsamkeit der Geschäftsstelle über die Jahre stabil geblieben. Die Ausgaben für unseren Kern: die politische Arbeit vor Ort konnten wir so in den letzten Jahren kontinuierlich steigern. So haben wir in den letzten zwei Jahren auch Antragstellern außerhalb der Partei umfangreich Unterstützung zukommen lassen. Wir haben die Durchführung von Demos und Veranstaltungen in Leipzig ermöglicht, welche ohne den Einsatz unserer Mitgliedsbeiträge nicht stattfinden könnten. Wichtig war uns dabei immer, dass das finanzielle Engagement der Linken mit unserem Logo sichtbar gemacht wird.

Der Grundsatz sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen, sollten wir auch weiterhin beachten. So können wir auch weiterhin ohne Großspenden gute politische Arbeit vor Ort leisten und trotzdem Die Linke Leipzig finanziell stabil halten.

Neumitgliederarbeit im SV Leipzig

In den letzten zwei Jahren ist unser Stadtverband überdurchschnittlich stark gewachsen. So konnten wir Anfang 2026 mehr als 5000 Mitglieder in unserem Stadtverband zählen. Diese Entwicklung ist bemerkenswert in Anbetracht, dass die Partei diesen sprunghaften Anstieg an Mitgliedern in einer Zeit hatte, wo die Partei sich im Niedergang befand und der Wiedereinzug in den Bundestag gefährdet schien. Dementsprechend können wir sagen: „Die Linke ist zurück! Und sie ist mitgliedsstärker als je zuvor!“ In diesem Zusammenhang können wir feststellen, dass die Talfahrt, welche mit der Abspaltung des BSW in Verbindung stand, überwunden ist.

Insbesondere der Aufstieg der AfD und der damit verbundene Rechtsruck in der Gesellschaft sowie in den Konservativen und Liberalen Parteien hat viele Menschen motiviert, in unsere Partei einzutreten.

Zum Stand des letzten Rechenschaftsberichts (13.09.2024) hatte unser Stadtverband 2.037 Mitglieder. Zu der Zeit war der Stadtverband zu 44,21% weiblich, 55,27% männlich und 0,52% divers ist. Aktuell (Stand 31.08.2026) hat unser Stadtverband 5.264 Mitglieder (davon 2.539 weiblich, 2.336 männlich, 173 divers und 216 keine Angabe). Seit dem 31.08.2024 sind somit 3.797 Mitglieder eingetreten (davon 1.898 weiblich, 1.522 männlich, 161 divers und 216 ohne Angabe). Das zeigt, dass sich das Geschlechterverhältnis sich nicht nur ausgeglichen, sondern zugunsten weiblicher Mitglieder verschoben hat. Außerdem sind 2.536 Mitglieder zwischen 26 und 35 Jahren alt. Insgesamt hat sich unsere Mitgliedschaft somit verjüngt und ist nun mehrheitlich weiblich. Damit hat sich nicht nur unsere Mitgliedschaft vergrößert, sondern unser Stadtverband verändert sich auch demografisch.

Beschlussumsetzungen und Tätigkeitsbericht der AG (Neu-)Mitgliederarbeit

Als AG haben wir unsere Arbeit fortgesetzt, die wir Anfang 2022 begonnen haben: Wir haben weiterhin neue Formate ausprobiert. So haben wir in den letzten zwei Jahren viel deutlicher auf Kooperationen und Synergien gesetzt:

Seit Oktober 2024 wurden insgesamt 17 Neumitgliedertreffen durchgeführt, die stadtverbandsweit beworben wurden. Hiervon wurden ca. 10 durch die AG (Neu-)Mitgliederarbeit organisiert und 7 durch Strukturen und Personen aus unseren IGs/AGs, in Abstimmung mit der AG (Neu-)Mitgliederarbeit. Erstmals wurde mit dem Finanzplan 2026 ein Budget für die Ausrichtung der Neumitgliedertreffen eingerichtet. Dies hat die Planung und Organisation der Treffen erleichtert. Das Budget in Höhe von ursprünglich 3.500 Euro war im Verhältnis zu den real entstandenen Kosten ambitioniert angesetzt, sodass wir 2.000 Euro dem Stadtverband für andere Veranstaltungen zurückgeben konnten und zukünftig mit einer Budgethöhe von 1.500 Euro als ausreichend erachten.

Im Rahmen des Tätigkeitsprofils der AG (Neu-)Mitgliederarbeit sowie der Abarbeitung des Beschlusses des Stadtparteitages vom 15.10.2021 (DA1: Neuer Schwung für Neumitglieder) haben die Mitglieder der o.g. AG es nicht geschafft die Durchführung von Neumitgliederbeauftragtenkonferenzen in den letzten zwei Jahren wieder aufzunehmen.

Die Umsetzung des Beschlusses des Stadtparteitags vom 02.02.24 (A1: Hand in Hand am linken Rand – Tandem-Programm zur nachhaltigen und langfristigen Etablierung von Neumitgliedern in den Stadtverband Leipzig) wurde im Jahr 2025 wieder aufgenommen,

nachdem die Umsetzung aufgrund der geringen Beteiligung und Ressourcen aus den SBVs zu einer Aussetzung führte (siehe Rechenschaftsbericht vom 13.09.2024). Die AG (Neu-)Mitgliederarbeit wählte daraufhin eine schrittweise Einführung des Tandem-Programms in den Stadtbezirksverbänden, in dessen Rahmen Auftaktveranstaltungen in den SBVs Mitte, Südwest und Ost durchgeführt werden konnten. Eine systematische Auswertung konnte aufgrund von Kapazitäten- und Strukturüberlastung nicht durchgeführt werden. Doch in allen drei SBVs wurde insbesondere vermerkt, dass das Speedkennnenlernen hilfreich für Neumitglieder war, um mit anderen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen und sich im Anschluss für verschiedene Treffen zu verabreden. Laut des Feedbacks der Neumitglieder, hat dieses niedrigschwellige Kennenlernen anderer Mitglieder geholfen, Hürden und Hemmungen beim Parteieintritt abzubauen.

Die Umsetzung des Beschlusses des Stadtparteitags ÄA2.1 NEU (Die erste Ansprache zählt! – Postalisches Starterpaket zur stadtverbandsweiten Akquise von Neumitgliedern) brachte eine Idee aus der im Jahr 2025 eingetretenen Neumitgliedschaft zum Leben. Auf diesem Weg wollte man der E-Mail-Informationsflut, mit der Neumitglieder mit ihrem Eintritt konfrontiert sind, entgegenwirken, da diese oft zu Orientierungslosigkeit und Überforderung bei neuen Mitgliedern führt. Die spezifische Ansprache soll deshalb konkrete Anlaufpunkte und Räume für Beteiligung aufzeigen. Mit der Fertigstellung der Neumitgliederbroschüre im August 2026² war das letzte Bauteil für das Starter-Kit fertig und zum aktuellen Kenntnisstand nutzt die Mehrheit der SBVs diese Möglichkeit. Dieser Beschluss wurde auch mehrheitlich durch Neumitglieder selbst umgesetzt bzw. wäre ohne ihre Unterstützung nicht umsetzbar gewesen. Das zeigt nicht nur, dass sie neue und wichtige Ideen mitbringen, und insbesondere durch ihren Beitrag zur Neumitgliederbroschüre ein wichtiges Vorhaben aus früheren Zeiten mit vorangebracht haben (erstmalig seit 2018 neukonzeptioniert und aktualisiert). Hierfür möchten wir von Herzen danken!

Herausforderungen und Problemlagen

Mit der Eintrittswelle zur Bundestagswahl 2025 war der Stadtverband mit einer großen Neumitgliederzahl konfrontiert, was dazu führte, dass die Neumitgliedertreffen im Februar und März 2025 überdurchschnittlich besucht wurden. Dort waren 120 bis 160 Teilnehmende anwesend. Dies führte jedoch auch zu logistischen Herausforderungen, da unsere üblichen Parteiräume so große Teilnehmendenzahlen nicht fassen konnten und die Planung der monatlichen Treffen einen Umfang hatte, der ehrenamtlich schwer bewältigbar war für die geringe Zahl an Mitgliedern der AG. Dieses Ressourcendefizit führte leider dazu, dass wir 2025 die Neumitgliedertreffen nur zweimonatlich abhalten konnten.

Um die Neumitgliederarbeit in den Stadtbezirksverbänden zu unterstützen, die teilweise auch durch Neumitglieder getragen wurde, haben wir Standardpräsentationen zum Aufbau der Stadtpartei in die SBV-Vorstände gegeben.

In diesem Zug haben wir versucht über ein Debriefing-Konzept einen neuen Weg zum Austausch mit SBVs und den dort zuständigen (Neu-)Mitgliederbeauftragten zu gehen. Aufgrund von mangelnden personellen und zeitlichen Ressourcen konnte dieses Vorgehen und Konzept nicht verankert werden, sodass dieses auch in der Erprobung nie wie angedacht durchgeführt wurde.

2 https://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/pdf/Publikationen/2026-08_Neumitgliederbroschuere.pdf

Mit dem Jahreswechsel 2025/2026 kam es zu einer neuen Idee, dass die Neumitgliedertreffen über die OV-Beratung mehr von der gesamten Stadtpartei getragen werden und insbesondere die IGs/AGs einen niedrigschwelligen Zugang erhalten sollten, sich selbst an Neumitgliedertreffen zu beteiligen. Auf diesem Weg konnten wir im Jahr 2026 wieder zu monatlichen Neumitgliedertreffen zurückkommen und die Verantwortung für die Organisation dieser breiter streuen.

Generell muss die AG (Neu-)Mitgliederarbeit als Arbeitskreis des Stadtvorstands feststellen, dass die Beteiligung und die Organisation der Neumitgliedertreffen immer viel Zeit und Kapazitäten beansprucht. Entsprechend gibt es wenig freie Kapazitäten und personelle Ressourcen, um die Weiterentwicklung der Neumitgliederarbeit und regelmäßige Rücksprachen mit den SBVs zu ermöglichen. Aus diesem Grund hat die AG in der Klausur 2026 entschieden sich für Neumitglieder und Interessierte zu öffnen und ein Onboarding-Prozess für unerfahrene Mitglieder zu etablieren, um auch über die zuständigen SBV-Strukturen hinaus People-Power anzuwerben und damit unsere Neumitgliederarbeit vorwärtszubringen. Langfristig möchte die AG (Neu-)Mitgliederarbeit sich nicht nur als eine koordinative Gruppe verstehen, sondern strategisch und aufbauend die Neumitgliederarbeit weiterentwickeln, sofern die AG durch weiteren Zuwachs ihre Kapazitäten in Zukunft vergrößern kann.

Mit dem Problem der geringen Kapazitäten ist die AG (Neu-)Mitgliederarbeit jedoch nicht allein. Zwar haben wir seit 2024 und besonders Anfang 2025 eine gigantische Neumitgliederwelle gehabt, aber diese konnte nur in geringem Maß ausgeschöpft werden, weil keine ausreichenden Strukturen bestanden, um Neumitgliederarbeit zu gewährleisten. Diese Aktivierung von Mitgliedern muss ein ständiger Fokus unserer Stadtpartei sein, damit Aktivierungspotentiale in Zukunft besser ausgeschöpft werden können.

Zudem merken wir auch jetzt in unserer täglichen Arbeit in der Partei, dass die allermeisten Strukturen aus- oder überlastet sind. Es fehlt uns als Stadtpartei derzeit strukturell an der Nachwuchsgewinnung und -entwicklung, da Aufgaben noch sehr stark an erfahrenen Einzelpersonen hängen.

Lösungsvorschläge und zukünftiger Umgang

Es muss daher in den kommenden Jahren verstärkt daraufgesetzt werden, aktive Neumitglieder so weit auszubilden, dass sie eigenständig operative Aufgaben bewältigen können. Nur so können wir in Zukunft den organisatorischen Mehraufwand einer vergrößerten Stadtpartei auch auf mehr Schultern verteilen und somit Aufgabenlast bei Einzelpersonen abbauen.

Um den Einstieg für Neumitglieder zu erleichtern, müssen wir für die kommende Amtszeit nochmals unsere Website überarbeiten und ggf. eine Unterseite spezifisch für Neumitglieder einrichten, auf der systematisch aufgearbeitete Informationen zu allen wichtigen Fragen, sowie konkrete Hilfestellungen zu relevanten Abläufen in der Partei zu finden sind. Des Weiteren müssen wir mit den SBVs verbindliche Absprachen und Vorgehensweisen etablieren, um Neumitgliedertreffen und -aktivierung zu verbessern und dafür zu sorgen, dass Neumitgliederarbeit auf Stadtebene sowie Stadtbezirksverbandsebene synergetisch zusammenarbeiten.

Zusammenarbeit mit unserer Stadtratsfraktion

Die Zusammenarbeit mit der Stadtratsfraktion wurde in dieser Wahlperiode intensiviert. So wurden wie bisher 2mal im Jahr eine gemeinsame Sitzung mit den Stadtbezirksbeiräten, Ortschaftsräten, der Stadtratsfraktion sowie dem Stadtvorstand organisiert. Neu war, dass der Stadtvorstand laufend über die Diskussion der Stadtratsfraktion informiert wurde. So erhielten wir regelmäßig die Protokolle und Tagesordnungen der Fraktionssitzungen. Außerdem wurde der Stadtvorstand vor jeder Ratsversammlung über das Abstimmverhalten der Fraktion informiert. So war es möglich, dass der Stadtvorstand auf Nachfragen aus der Mitgliedschaft oder Bevölkerung reagieren konnte. Es fand außerdem einmal im Jahr eine gemeinsame Klausurberatung in Machern statt. Diese gab Gelegenheit sich über strategische Themen auszutauschen sowie gemeinsame Ziele festzulegen. Bei kontroversen Themen, wie z.B. die Olympiabewerbung wurden gemeinsame Sondersitzungen einberufen. Ziel muss es sein, dass auch in der nächsten Wahlperiode diese Zusammenarbeit fortgesetzt wird.

1. Mietenkampagne „Leipzig bezahlbar machen“

1. Einleitung & Zielsetzung

Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware. Unter dem Motto **„Leipzig bezahlbar machen“** hat Die LINKE. Leipzig eine breit angelegte Mietenkampagne ins Leben gerufen, um dem steigenden Mietdruck, explodierenden Nebenkosten und spekulativem Leerstand etwas entgegenzusetzen. Ziel der Kampagne war und ist es, Mieterinnen und Mieter direkt vor Ort zu organisieren und konkrete Entlastungen zu erkämpfen.

2. Innerparteiliche Verankerung & Strategiebildung

- **Zwei Basiskonferenzen mit jeweils rund 100 Teilnehmenden:**

Um die Kampagne breit zu verankern und gemeinsam mit den Mitgliedern sowie Aktiven tragfähige Strategien zu entwickeln, wurden zwei zentrale Basiskonferenzen durchgeführt und lokale Teams gestartet. Mit insgesamt etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern boten diese Konferenzen den Raum für intensiven Austausch und die Planung konkreter nächster Schritte in den Stadtteilen. Wichtige Entscheidungen zwischen den Konferenzen wurden beim Kampagnenrat, zu dem alle Aktiven eingeladen waren getroffen. Im Laufe der Kampagne hat eine große Zahl Neumitglieder ein Einstiegsangebot bekommen: Entweder über Telefonaktionen, die mehrmals im Monat stattfanden oder über Neumitgliedertreffen.

3. Konkrete Entlastung & Mieter*innenversammlungen in den Stadtteilen

- **Fünf Mieter*innenversammlungen gegen Nebenkosten-Abzocke (Vonovia):**

In Wohnblöcken von Vonovia mit fehlendem Wärmemengenzähler für verbrauchsgerechte Abrechnung und dadurch illegaler Nebenkostenabrechnung haben wir fünf Mieter*innenversammlungen organisiert. Gemeinsam mit den Nachbarinnen und Nachbarn wurden fehlerhafte Heizkostenabrechnungen des Immobilienkonzerns Vonovia geprüft und angefochten.

- **Erfolg:** Durch den gemeinsamen Druck und die nachbarschaftliche Organisation konnten **über 10.000 Euro an zu viel gezahlten Heizkosten** von Vonovia zurückgeholt werden.

- **Sechs Mieter*innenversammlungen gegen überhöhte Mieten & Mietwucher:**

In weiteren sechs Versammlungen lag der Schwerpunkt auf überhöhten Mieten nach Paragraph 5 Wirtschaftsstrafgesetz. Ziel dieser Versammlungen war es, Mieter*innen zu gewinnen, sich mit unserer Partei für ein Absenken der illegal hohen Mieten einzusetzen und ein aktives Einschreiten der Stadt Leipzig einzufordern.

Derzeit verfolgt die Stadt Leipzig Falschparker mit 70 Mal höherem Personaleinsatz als illegal handelnde Vermieter. Die geltenden Gesetze gegen Mietwucher und Mietpreisüberhöhung wurden in Leipzig in keinem einzigen Fall durchgesetzt. Um öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses „Vollzugsdefizit“ zu lenken wurde eine Druckkampagne bei Social Media gestartet, die im nächsten Schritt durch öffentliche Aktionen mit Mieter*innen mehr Aufmerksamkeit bekommen soll.

4. Politische Initiative & Unterschriftensammlung

Um das Vollzugsdefizit auf kommunaler Ebene anzugehen, hat die Kampagne konkrete politische Forderungen an die Stadt Leipzig formuliert:

1. **Schaffung von 30 Stellen zur konsequenten Verfolgung von Mietwucher.**
2. **Einrichtung und Ausbau kostenloser Mieter*innenberatung** für alle Leipzigerinnen und Leipziger.

Unterschriftensammlung:

Im ersten Schritt konnten für diese Forderungen **7.579 Unterschriften** gesammelt werden. Bei Sammelaktionen bei Leipziger*innen aller politischer Affinitäten wurde eine positive Resonanz zur Forderung deutlich, besonders in Viertel mit stark gestiegenen Mieten. Das Thema bezahlbarer Wohnraum brennt den Leipziger*innen unter den Nägeln und die Linke ist zur sichtbarsten politischen Kraft geworden, die dieses Thema bearbeitet.

5. Fazit & Ausblick

Die Kampagne „Leipzig bezahlbar machen“ zeigt, wie die Linke mit organisierender Quartiersarbeit direkte Erfolge für die Bürgerinnen und Bürger erzielen kann. Einzelne Nachbar*innen sind im Verlauf der Kampagne selbst in der Linken aktiv geworden. Wir haben somit gezeigt, dass Parteaufbau und Durchsetzung von Verbesserungen für Mieter*innen durch organisierende Arbeit möglich sind. Und wir sind zur sichtbarsten Partei geworden bei dem Thema, dass die Leipziger*innen nach der kommunalen Bürgerumfrage am meisten bewegt: Hohe Mieten.

Auf diesen Erfolg bauen wir auf, um die politische Durchsetzung unserer Forderungen im Stadtrat weiter voranzutreiben. Wenn wir gewinnen, erreichen wir eine spürbare Verbesserung für das Leben von Mehrheiten in der Stadtbevölkerung, nämlich Mieter*innen, die von einem schnell steigenden Mietspiegel betroffen wären oder von überhöhten Mieten schon betroffen sind.

2. Wahlen

In unsere Amtszeit fielen die Bundestagswahl 2025 und die Vorbereitungen zur Oberbürgermeister*innen-Wahl (OBM-Wahl) 2027.

Bundestagswahl 2025

Leipzig ist und bleibt rot!

Bei den Bundestagswahlen 2025 haben wir etwas geschafft, was wir in unseren Reihen noch wenige Wochen vorher für unmöglich gehalten hatten: Unsere Zustimmungswerte wurden verdoppelt!

Dank des Vertrauens der Wähler*innen und des unglaublichen Engagements von Mitgliedern und Sympathisant*innen in den letzten Wochen vor der Wahl ist Die Linke wieder in Fraktionsstärke im Bundestag.

Trotz der Freude über unser grandioses Wahlergebnis spüren wir den Rechtsruck im Parlament. Uns erreichten nach der Bundestagswahl 2025 und den folgenden Landtagswahlen 2025 und 2026 zahlreiche Nachrichten, in denen große Sorgen um die politische und gesellschaftliche Zukunft geäußert wurden. Das können wir verstehen – und deswegen sagen wir: Niemals alleine, immer gemeinsam. Die Linke ist an der Seite der Bevölkerung und eine laute Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Dank der breiten Unterstützung haben wir bundesweit an über 600.000 Haustüren – alleine in Leipzig davon über 46.600 – geklopft. In unserer Stadt haben wir unzählige Gespräche an über 350 Infoständen geführt, über 23.000 Plakate gehangen und hunderttausende Infomaterialien verteilt, Tausende neue Mitglieder gewonnen und Wahlkampfveranstaltungen durchgeführt, die aus allen Nähten platzten.

In Leipzig haben wir in den Wahlkreisen überwältigende Ergebnisse erzielt:

Im Wahlkreis Leipzig II – Süd haben wir mit Sören Pellmann sensationelle 36,8 % der Stimmen gewonnen – fast doppelt so hoch wie der Zweitplatzierte. Und im Wahlkreis Leipzig I – Nord erreichten wir mit Nina Treu 21,5 % und somit das zweitbeste Resultat im Wahlkreis.

Sie lag vor Jens Lehmann, der das Direktmandat 2021 gewann. Wegen der Wahlrechtsreform zieht der Wahlkreisgewinner von der AfD nicht ein. Hier besteht ein gutes Potential, bei der nächsten Bundestagswahl auch den Norden zu holen – dazu bedürfte es aber einer stärkeren finanziellen Ausstattung. Dazu sind wir mit 85.205 Stimmen und 22,5 % der Zweitstimmen zur stärksten Partei in Leipzig geworden – Leipzig ist und bleibt rot!

Als Leipziger Linke haben wir in diesem Wahlkampf neue Maßstäbe gesetzt – trotz der kurzfristigen Neuwahl wurde die größte Wahlkampagne aller Zeiten durchgeführt.



Als wir Ende September als Stadtvorstand antraten, rechneten wir noch damit, dass die Bundestagswahlen noch ein Jahr weg wären. Im November fiel jedoch die Entscheidung über die vorgezogenen Neuwahlen und wir mussten schnell handeln. Binnen zwei Wochen sprach der Stadtvorstand eine Empfehlung für Sören und Nina als Kandidierende aus, am 4. Dezember wurden sie in Rahmen einer Gesamtmitgliederversammlung offiziell nominiert. Beide starteten ihren Wahlkampf frühzeitig mit großen aktivierenden Veranstaltungen von je 80-100 Menschen. Am 10. Januar 2025 beteiligten sich stadtweit über 250 Menschen am Plakatierungsstart. Insgesamt waren über 500 Menschen im Wahlkampf für uns aktiv, bei der am stärksten besuchten Veranstaltung mit Heidi Reichinek kurz vor der Wahl kamen über 1.600 Besucher*innen. Gleichzeitig erlebten wir eine wahre Mitgliederschwemme, die abzuarbeiten parallel zum Wahlkampf schier unmöglich war. Obwohl in diesem Wahlkampf viel sehr kurzfristig geplant und improvisiert werden musste, sind wir sehr zufrieden mit dem Ergebnis.

Vorbereitung OBM-Wahl 2027

Allgemein

Der anstehende Wahlkampf findet unter besonderen politischen Rahmenbedingungen statt: Erstmals ergibt sich eine völlig offene Ausgangslage, da der Amtsinhaber Jung nicht mehr antritt. Die Wahl des mächtigen Amts Leipzigs stellt eine grundlegende Richtungsentscheidung für die Zukunft unserer Stadt dar: Geht es nach rechts oder links? Einen ausführlicheren internen Bericht finden unsere Mitglieder unter: <https://next.die-linke.cloud/f/1312682>

3. Berichte aus den Gruppierungen

Hier sind nur Berichte von Gruppierungen zu finden, welche diese freiwillig eingereicht haben.

Ein vollständiger Überblick über alle SBVs findet sich hier: <https://www.die-linke-in-leipzig.de/partei/ortsverbaende/>, über alle Zusammenschlüsse hier: <https://www.die-linke-in-leipzig.de/partei/zusammenschluesse/>

Bericht aus der Klausur der stadtverbandsweiten Zusammenschlüsse

Am 23. Mai 2026 fand erstmals eine Klausur der IGs/AGs des Stadtverbands statt. Insgesamt waren neun unserer stadtverbandsweiten Zusammenschlüsse vor Ort. Die Vorbereitung und Abstimmung der Tagesordnung fand über die OV-Beratung statt und wurde aus Eigeninitiative der vertretenen Strukturen organisiert. Generell umfasste die Klausur einen generellen Input zu den Aufgaben und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen der IGs/AGs sowie ihrer Arbeit. Dies war insbesondere gewünscht aufgrund der Vielzahl an stadtverbandsweiten Zusammenschlüssen, welche sich haben seit Anfang 2025 und mehrheitlich durch Neumitglieder neu gegründet haben. Zudem war die Klausur durch einen Vernetzungs- und Austauschteil geprägt, in welchem die anwesenden IGs/AGs sich und ihre aktuelle Arbeit vorstellten und final über besondere Herausforderungen und Problemlagen in

ihrer Arbeit austauschten. Es verdeutlichte sich, dass die Problemlagen ähnlich sind und die Mitgliederaktivierung, insbesondere das Gewinnen von Neumitgliedern, eher schwierig ist. Hierbei wurde festgehalten, dass allein ein Mitgliederzuwachs das Problem nicht lösen wird, da auch organisatorische Gründe bestehen, welche es neueren Mitgliedern eher erschwert aktiv werden zu können. Alle IGs/AGs sind damit konfrontiert, dass die anstehende Arbeit auf die Schultern von wenigen Mitgliedern verteilt ist. Dies hat strukturelle Ursachen und verdeutlichte, dass wir Defizite in der Weiterbildung und im Anlernen von Nachwuchs haben: Wir haben nicht ausreichend Kernaktive bzw. sind viele Kernaktive in weitere organisatorische Aufgaben involviert. Das hat zur Folge, dass keine Kapazitäten vorhanden sind, um Wissen über organisatorische Abläufe weiterzugeben und dass aktive Mitglieder nicht zu eigenständigen Kernaktiven werden können. Hierfür ergab sich die Lösung, dass wir strukturell Coaches brauchen, welchen es möglich ist, reinen Wissenstransfer zu betreiben bzw. zu begleiten, ohne selbst in organisatorische Aufgaben zu übernehmen. Im Weiteren wurde ein standardisierter Leitfaden bzw. eine Handreichung zum Aufbau der IG/AG-Arbeit als Lösung angedacht und in einer konstruktiven Arbeitsphase begonnen. Dies soll eine Hilfestellung sein, um Prozesse und Verfahren im Rahmen der strukturellen Arbeit aufzuzeigen und grobe Eckpunkte sowie Anleitungen geben, die bei Problemen weiterhelfen. Ebenfalls wurde in der konstruktiven Arbeitsphase der diesjährige IG-AG-Tag geplant. Dieser fand am 8. August 2026 statt. Auch wenn die Planung auf der Klausur begann, verdeutlichten sich im weiteren Prozess die o. g. Probleme der IGs/AGs und die Planung erfolgte final mehrheitlich aus dem Stadtvorstand heraus und über die Geschäftsstelle.

In einer abschließenden Runde haben sich die anwesenden IGs/AGs über die OV-Beratung ausgetauscht und Vorschläge bzw. Wünsche formuliert. Hierzu zählten u. a., dass inhaltliche Fragen in dieser oft zu kurz kommen und mehr Fokus auf konkrete Schwerpunkte, Beratungsgegenstände und Diskussionen gesetzt werden sollte, statt auf Berichte mit quantitativen Angaben zu setzen. Für den September 2026 war eigentlich eine zweite Klausur zur Vorbereitung des Stadtparteitags angedacht. Diese hat nicht stattgefunden, da die Planungsarbeit hierfür nicht aktiv wurde.

Vorstand SBV Nordwest

Unser Vorstand besteht aus 8 Mitgliedern und setzt sich sowohl aus Neumitgliedern und erfahrenen Genoss*innen zusammen. Erstmals haben wir uns als Vorstand eine Geschäftsordnung gegeben, die sich an der GO des Stadtvorstandes orientiert und es uns ermöglicht, alle Regularien unseres Vorstandes transparent und jederzeit abrufbar zu haben. Leider haben nicht alle Mitglieder unseres Vorstandes die Kapazitäten sich regelmäßig einzubringen.

Wir haben mit anderen Mitgliedern und Nachbar*innen einen Nachbarschaftsverein, den NordWest Stern e.V. gegründet und aufgebaut, dessen Räume wir als Linke gegen Nutzungsgebühr nutzen können. So haben wir als Linke wieder Räume im Leipziger Norden zur Verfügung. Diese Möglichkeit kann die Basis für die Verankerung der Linken in unseren Stadtteilen im Leipziger Nordwesten sein. Somit greifen wir das Ziel auf, eine organisierende Klassenpartei zu werden.

Mit Mitgliedern des SBV Nord haben wir das Haustürteam Nord reaktiviert und uns darüber an der Mietenkampagne des Stadtverbandes beteiligt, indem wir Haustürgespräche und

34 RB. Rechenschaftsbericht

Unterschriftensammlungen durchgeführt haben.

Mit dem SBV Nord und den SBV Nordost bilden wir die Nordkurve. Folgendes organisieren wir aus diesem Austausch heraus:

- GMV zur Wahl der Delegierten für die Landesparteitage
- Langfristigen Protest gegen die Waffenfabrik im Leipziger Norden
- Gegenseitige Unterstützung

Mit folgenden Aktivitäten haben wir Präsenz in unserem SBV gezeigt:

- Monatliche Küfa – in Möckern
- Müllsammelaktionen
- Verteilaktionen
- Veranstaltung mit Skadi Jennicke zur OBM Kandidatur
- Haustürgespräche in Möckern
- Unterschriftensammelaktionen in Möckern und Wahren
- Stolpersteine putzen
- Gedenken an die Opfer des Faschismus
- Sommerfest mit dem Parkeisenbahn e.V. am Auensee

Mit folgenden Aktionen informieren wir unsere Mitglieder:

- A. Monatlicher Newsletter mit aktuellen Storys und Terminen
- B. Monatlicher Mitgliedertreff/ GMV
- C. Erarbeitung von Anträgen für Parteitage
- D. Instagram
- E. Neumitglieder kontaktieren wir schnellstmöglich und versuchen sie in einem persönlichen Gespräch kennenzulernen und ihre Fragen zu beantworten

Unsere Mitgliederzahl konnten wir auf 117 (Stand 24.09.2026) erhöhen. Es fällt uns nach wie vor schwer unsere Mitglieder zu aktivieren. Unsere Aktivenquote liegt aber trotzdem bei ca. 10%.

AG Soziales

„Die AG Soziales im Stadtverband Leipzig sieht sich zuvorderst dem Wert der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen verpflichtet. Eine angemessene Sozialpolitik im 21. Jahrhundert ist nur unter dem Vorzeichen der Inklusion denkbar, da nur eine solche Sozialpolitik dazu geeignet ist, aus einer unzusammenhängenden Gesellschaft unter dem Primat des Leistungsdenkens des Neoliberalismus eine Gemeinschaft im Sinne eines politischen Gemeinwesens zu formen.“

Im Sinne dieses Selbstverständnisses trifft sich die AG Soziales des Stadtverbandes Die

Linke Leipzig seit einem Neustart im Jahr 2018 in der Regel zweimal im Monat und beschäftigt sich mit sozialpolitischen Themen – derzeit jeden 2. und 4. Donnerstag eines Monats.

Die Sozialpolitik bildet den Mittelpunkt der politischen Forderungen unserer Partei Die Linke. Das Streben nach einer Gesellschaft, in der jede*r Raum für ein würdiges Leben hat und die verantwortungs- und rücksichtsvoll mit ihrer Umwelt umgeht, ist für uns Kern unserer politischen Arbeit. Folglich organisierten wir in den letzten Jahren verschiedene Aktionen und führten diverse Aktivitäten durch:

- Herbst/Winter 2024: Solidarität statt sozialer Kälte - um obdachlose Menschen in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen, startet die AG Soziales eine Spendenaktion. Die Sachspenden leiteten wir weiter an die Bahnhofsmision, die Oase, das Übernachtungshaus und den machtlos e.V. Außerdem bewarben wir im Rahmen der Aktion aktiv das Projekt #homeplanetforhomeless von der TiMMi ToHelp e. V. mit Geldspenden, um obdachlosen Menschen in Leipzig im HomePlanet Hostel einen sicheren und ruhigen Rückzugsort bieten.
- Frühjahr 2025: Teilnahme an der Neumitglieder-Rallye vom 22. März 2025 mit unserem Bullshit-Bingo zum Thema Bürgergeld als gut besuchtes Workshopangebot. Am 6. April 2025 fand kurz darauf unsere jährliche Klausur zur Reflektion unserer Arbeitsweise und Jahresplanung statt. Im Rahmen der Nachbereitung der Klausurtagung beschäftigten wir insbesondere im Rahmen einer Mitgliederbefragung mit der Fluktuation unserer aktiven Mitglieder.
- Sommer 2025: Spendenaktionen zum Hitzeschutz mit knapp 2.000 Flaschen Wasser für die Bahnhofsmision, aufgrund fehlender bzw. unzureichender Hitzeschutzförderung, um obdachlose Menschen unterstützen. Außerdem beteiligten wir uns mit unsrem Bullshit-Bingo am politischen Fest der Arbeitsgemeinschaften des Stadtverbandes.
- Ohne Obdach, ohne Schutz - Schuld ist niemals der Mensch: Am 24. August 2025 fand unsere jährliche Informationsveranstaltung zum Thema Wohnungslosigkeit inkl. Küche für alle (Küfa) im Lene-Voigt-Park statt. Anschließend besuchten wir am 11. September - Tag der Wohnungslosen statt – die Veranstaltung auf dem Nikolaikirchhof der AG Recht auf Wohnen.
- Winter 2025: Social-Media-Kampagne mit Sharepic Reihe unter dem Motto Montag gegen soziale Kälte. Ein Adventskalender zur sogenannten „Neue Grundsicherung“, vom 1. bis 24. Dezember schauten wir jeden Tag hinter ein Türchen – und hinter die Maske eines Gesetzes, das Existenzsicherung untergräbt statt sichert.
- Mission solidarische Beschörung: Am 17. Dezember fand außerdem gemeinsam mit dem SBV Mitte, unserer Küfa-Gruppe aus Mitte und Linksjugend unser solidarischer Wintermarkt mit Geschenktüten und Küfa am Bayerischen Bahnhof.
- Im Frühjahr 2026 konsolidierten wir unser aufgebautes Wissen zum Thema „Neue Grundsicherung“ zu einem größeren Artikel im Mitteilungsblatt und bereiteten unsere jährliche Klausur vor. Zur Vorbereitung auf den 1. Mai erstellte die AG Soziales für den Stadtverband unter dem Motto „GeMAInsam auf die Straße – geeint, organisiert und solidarisch!“ einen Aufruf und Flyer und führte Ende April das zur Mobilisierung

geplante stadtweite Neumitgliedertreffen als AG durch.

- Im Sommer bis Herbst 2026 beteiligte sich die AG am jährlichen politischen Sommerfest unserer Arbeitsgemeinschaften unter dem Motto: „Unser Match Day – Welche AG passt zu dir?“, führte eine kleinere Wasserspendenaktionen mit der Bahnhofsmision durch und organisierte unter dem Motto „Ohne Obdach, ohne Schutz. Schuld ist niemals der Mensch“ schlechtwetterbedingt eine Netzwerktreffen mit Küfa durch. Des Weiteren beteiligten sich unsere Genoss*innen seit Mai am Sozialratschlag und den Sozialprotesten unter dem Motto „Es reicht!“.

Die Zahl an regelmäßig aktiven Mitgliedern steigerte und stabilisierte sich im Vergleich zur letzten Amtszeit von 3-5 auf nun 5-7 Personen, sodass wir erneut mehr Arbeit auf weitere Schultern verteilen konnten. Dazu gesellen sich im Rahmen von Einzelaktionen temporär weitere Genoss*innen aus unserer mittlerweile 55 Menschen starken Telegram-Gruppe der AG.

Leider konnten wir in den Jahren 2024-2026 erneut keine dauerhafte Vertretung in den Arbeitskreis 1 der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat als AG Soziales entsenden, jedoch besteht dieser Platz weiterhin zur Verfügung und soll zukünftig wieder besetzt werden. Ebenfalls war es uns nicht möglich eine Person in den Kampagnenrat der Mietenkampagne zu delegieren.

Dementsprechend freuen wir uns über alle Mitglieder, die mit uns gemeinsam Sozialpolitik vor Ort gestalten wollen und unsere Aktionen unterstützen, auch wenn sie im ersten „nur“ eine Verbesserung im Kleinen darstellen und noch keine sozialpolitische Revolution mit sich bringen.

Kontakt: ag.soziales@dielinke-leipzig.de

AG Politische Bildung

Verantwortlich: Christian Annecke (Mitglied im Stadtvorstand)

„Selbstverständigung [...] der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche. Dies ist eine Arbeit für die Welt und für uns. Sie kann nur das Werk vereinter Kräfte sein.“

(Karl Marx, MEW 1, S. 346)

1. Einleitung

Das vorangestellte Zitat war und ist mein stetiger Anspruch für Politische Bildung und somit auch Grundlage meiner Arbeit im Stadtvorstand und in der AG Politische Bildung im Zeitraum 09/2024 – 09/2026. Ich möchte mittels dieses Berichtes Auskunft über meine ehrenamtliche Arbeit als Beisitzer im Vorstand geben und hoffe, sie dient als Inspiration und Anregung, um die politische Bildungsarbeit in unserem Stadtvorstand weiterzuentwickeln.

Der Bericht basiert auf der Überzeugung, dass politische Bildungsarbeit weder Selbstzweck noch Nebensache ist, sondern eine zentrale Voraussetzung für sozialistische Praxis. Politische Bildung darf sich nicht darin erschöpfen, die moralische Entrüstung über die Härten des Kapitalismus zu verwalten oder praktische Handreichungen für rein

reformistische Zweckmäßigkeit zu liefern. Wenn Parteiarbeit sich darin reduziert, die negativen Resultate dieser Gesellschaftsordnung bloß moderieren zu wollen, bleibt sie den Notwendigkeiten des Systems verhaftet. Unsere Aufgabe ist die radikale Kritik der ökonomischen und politischen Grundlagen, die diese Zustände und ihre Zwecke hervorbringen. Es geht in der Bildungsarbeit nicht um ein Wohligfühlen im gemeinsamen Beklagen, sondern um eine Klärung von Problemen, d.h. dem Begreifen dessen was ist. Wenn die ideologischen Erklärungen des Alltagsverständes, d.h. die notwendig falschen Bewusstseinserklärungen über die Phänomene des bürgerlichen Staates verstanden werden, entsteht überhaupt erst die Voraussetzung für ein sozialistisches Handeln, das diesen Namen verdient.

2. Rückblick auf die Bildungsarbeit 2024-26

In den vergangenen zwei Jahren haben wir in der AG Politische Bildung versucht, kontinuierliche Lern- und Diskussionsräume anzubieten, die dem soeben skizzierten Anspruch gerecht werden.

- **Rote Freitage/Format Kompass:** Durchführung regelmäßiger Diskussions- und Seminarabende zu Grundlagen marxistischer Theorie, tagespolitischen Krisen sowie Denkwerkzeuge für die politische Praxis.
- **Workshops, Lesekreise, Neumitgliederseminare:** Neben klassischen Seminaren wurden im vergangenen Jahr Vertiefungsformate und Lesekreise umgesetzt, um Textarbeit und Theorieverständnis gemeinsam zu pflegen.
- **Format „Rosas Salon“:** Begleitung und Unterstützung des etablierten Diskussionsformats in Kooperation, welches erfreulicherweise weiterhin verlässlich hohe Teilnehmendenzahlen aufweist.

Die Bildungsarbeit in der AG folgt hauptsächlich drei didaktischen Schwerpunkten:

- **Kategoriale Bildung:** Erschließung politischer Zusammenhänge über prägnante Schlüsselbegriffe und deren wissenschaftlichen Klärung.
- **Theoretisches Wissen:** Befähigung zur selbstständigen Urteilsbildung und Kritik der bestehenden Verhältnisse.
- **Exemplarisches Lernen:** Kollektive Bearbeitung von Themen anhand konkreter Beispiele mittels didaktischer Methoden.

Insbesondere im Nachgang der Bundestagswahl 2025 konnten wir uns über ein spürbar großes Interesse und viele neue Gesichter in der AG Politische Bildung freuen. In den ersten Treffen wurde jedoch deutlich, dass die Erwartungen und Bedürfnisse unterschiedlich gelagert sind: Sehr viele neue Genossinnen und Genossen kamen mit dem verständlichen Wunsch zu uns, primär als Teilnehmende tiefere Einblicke zu gewinnen und gemeinsam Wissen aufzubauen. Gleichzeitig gab es bis dahin nur wenige Aktive in der AG, die bereits über das Rüstzeug verfügten, selbstständig Bildungsformate zu konzipieren, Inhalte anzuleiten und die organisatorische Anbindung verlässlich zu tragen.

Daraus ergibt sich eine wichtige Aufgabe für unsere zukünftige Arbeit, an der wir solidarisch arbeiten wollen: Politische Bildung muss in einem ersten Schritt allen Interessierten ein

solides theoretisches und politisches Fundament vermitteln. Erst auf dieser gemeinsamen Grundlage können wir im zweiten Schritt eigene Mitglieder dazu befähigen, selbst als Referierende und Multiplikatoren in den Stadtbezirken aktiv zu werden. Es gilt also den Raum der AG so zu gestalten, dass aus Lernenden mit der Zeit auch Gestaltende werden können.

3. Aktueller Arbeitsschwerpunkt & Ausblick 2026/2027

Ein zentrales Feld unserer diesjährigen Arbeit ist das langfristig angelegte Projekt zum Komplex **Faschisierung und Autoritäre Formierung**:

1. **Textarbeit und Positionsklärung:** Derzeit arbeitet die AG intensiv in Form von wissenschaftlichen Textbesprechungen an einer fundierten inhaltlichen Schärfung dieses Phänomens.
2. **Materialentwicklung für die Basis:** Ziel ist es, aus dieser Vorarbeit verständliches Bildungsmaterial zu erstellen, das in den Stadtbezirksverbänden nutzbar ist.
3. **Bildungsabende in den Stadtbezirken:** Im kommenden Jahr werden wir dieses Thema mit unseren Materialien in den SBVs in Form von Bildungsabenden anbieten.

4. Herausforderungen

Trotz der kontinuierlichen Arbeit stehen wir vor strukturellen Herausforderungen. Die AG Politische Bildung hat hierzu Thesen erarbeitet und im Stadtvorstand im Mai 2026 vorgestellt:

1. **Aktivitäts-Vakuum und Ressourcen-Erschöpfung:** Bei knapp 5.000 Mitgliedern im Stadtverband tragen aktuell nur sehr wenige Aktive (ca. 5 Personen in der AG) die Hauptlast der Bildungsarbeit.
2. **Reichweitenproblem & Entkopplung:** Die Bildungsangebote erreichen meist einen festen Kern von 5 bis 15 Teilnehmenden (mit Ausnahme von „Rosas Salon“). Die Stadtbezirksverbände sind bislang zu wenig systematisch in die stadtweite Bildungsstruktur eingebunden.
3. **Gefahr der reinen Sitzungs- und Wahlfokussierung des Stadtverbandes:** Wenn politische Bildung als dauerhafte Aufgabe vernachlässigt wird, droht die Partei als reiner „Wahlverein“ oder als bloße Verwaltungsstruktur wahrgenommen zu werden. Bildung darf ebenfalls nicht als reines „Quiz-Wissen“ oder instrumentelle Funktionsbildung missverstanden werden. Sie muss eine lebendige Praxis sein, die zur Veränderung unvernünftiger gesellschaftlicher Verhältnisse befähigt.

5. Empfehlungen an den neuen Stadtvorstand

Um Bildungsarbeit als Fundament unserer Parteiarbeit zu verankern, könnten folgende Maßnahmen angegangen werden:

1. **Verbindung zu den Stadtbezirksverbänden stärken:** Etablierung von gewählten Bildungsbeauftragten in jedem Stadtbezirksverband als Kommunikationsachse und Multiplikatoren zur AG Politische Bildung.
2. **Aufwertung der AG-Arbeit:** Gezielte Werbung und Mobilisierung durch den Stadtvorstand und den Bildungsbeauftragten, um mehr Genossinnen und Genossen für die aktive Mitarbeit in der AG zu gewinnen und die Last auf mehr Schultern zu

verteilen.

3. **Infrastruktur & Budgetierung:** Bereitstellung eines verlässlichen Jahresbudgets für Material, Fachliteratur sowie administrative Unterstützung durch die Geschäftsstelle.

4. **Schaffung von angemessen Seminarräumen im Liebknecht-Haus:** Die Räumlichkeiten im Liebknecht-Haus müssen verlässlich sauber, gut gepflegt und vorbereitet sein, um ein angenehmes und konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen. Zudem: Bereitstellung von funktionaler Moderationsinfrastruktur (z. B. Methodenkoffer, Arbeitsmaterialien, Pinnwände und Flipcharts), damit Seminare und Workshops flexibel und didaktisch ansprechend gestaltet werden können.

6. Persönliches Schlusswort und Dank

Nach insgesamt vier intensiven Jahren im Stadtvorstand werde ich für die kommende Wahlperiode nicht erneut kandidieren. Die Arbeit im Vorstand hat mir gezeigt, wie essenziell aber auch wie fordernd eine verlässliche Verankerung der Politischen Bildung in unseren Strukturen ist. Als ich vor vier Jahren die Verantwortung für die Politische Bildung im Stadtvorstand übernommen habe, war mein Ziel klar: ein kompletter Neuaufbau einer AG. Heute blicke ich auf dutzende erfolgreiche Veranstaltungen und viele begeisterte Teilnehmende zurück. Ein starker Anfang ist gemacht, auch wenn mein persönlicher Anspruch bleibt, hier noch mehr zu bewegen.

Die Realität der Vorstandsarbeit hat jedoch auch gezeigt, dass der Stadtvorstand in der Praxis primär als verwalterisches Gremium arbeitet und eine inhaltlich-strategische Führung mit grundlegenden inhaltlichen Klärungen, strategischen Analysen und die Erarbeitung begrifflicher Schärfe für den Stadtverband regelmäßig zu kurz kamen.

Wo jedoch eine gemeinsame Analyse fehlt, bleibt linke Politik notwendig fragmentiert. Ein kollektives Denken und Handeln, das die Mitgliedschaft einbindet und ermächtigt, lässt sich so nur schwierig entfalten.

Ich werde mich auch weiterhin in der AG Politische Bildung engagieren, wenn auch nicht mehr als Verantwortlicher seitens des Stadtvorstandes. Für die neue Amtsperiode hoffe ich sehr, dass sich im neu zu wählenden Vorstand wieder eine Genossin oder ein Genosse explizit für den Bereich Politische Bildung verantwortlich zeichnet. Eine verlässliche Anbindung an die Vorstandsarbeit ist unverzichtbar, um die AG strukturell zu stärken, die nötigen Ressourcen zu sichern und der Bildungsarbeit den Stellenwert einzuräumen, den sie für die Zukunft unseres Stadtverbandes braucht.

Mein Dank gilt allen Genossinnen und Genossen, die meine Arbeit in den letzten vier Jahren unterstützt, mitgestaltet und durch kritische Diskussionen, ermutigenden Zuspruch und Anerkennung für geleistete Arbeit bereichert haben.

„Aber wir sind nicht verloren, und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben.“ (Rosa Luxemburg, RLW, Bd. 4, S. 63)

AG Cuba Sí

Mit seinem Beschluss vom 13./14. Februar 2021 bestätigte der Bundesvorstand unserer Partei die uneingeschränkte „Fortsetzung der aktiven Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“.

Die AG Cuba Sí, RG Leipzig, beriet monatlich jeden 2. Dienstag in seiner Sitzung die Umsetzung des Parteibeschlusses. Sie konzentrierte sich in ihren Aktivitäten auf folgende Schwerpunkte:

- Kampf für das Ende der seit über 65 Jahren andauernden völkerrechtswidrigen, menschenfeindlichen Blockade der USA gegen Kuba, die seit Beginn 2026 mit der Treibstoffblockade und weiteren äußerst verschärften Sanktionen gegen wichtige Handelspartner Kubas, gegen grundlegende kubanische Wirtschaftsbereiche, gegen kubanische Ministerien, gegen Mitglieder der kubanischen Regierung und Kommunistischen Partei Kubas genozidalen Charakter annimmt;
- Kampf für die Streichung Kubas von der Liste der Terrorstaaten;
- Kampf gegen die Einmischung der US-Regierung in innere Angelegenheiten der Länder, die in gegenseitiger solidarischer Verbundenheit mit Kuba zusammenarbeiteten, insbesondere in Lateinamerika;
- die Information zur aktuellen Lage Kubas; zu den Formen der Kriegsführung der USA und seiner Verbündeten gegen Kuba, gegen fortschrittliche, antiimperialistische Bewegungen in der Welt und die Folgen für unseren Kampf;
- die finanzielle, materielle solidarische Unterstützung Kubas.

Zu den Aktivitäten der AG Cuba Sí gehörten beispielsweise:

- die jährliche Durchführung einer Protestkundgebung gegen die Blockade gegen Kuba vor dem Generalkonsulat der USA im Zusammenwirken mit unserem Stadtvorstand, mit weiteren Cuba Sí-Regionalgruppen;
- In Basisgruppen, OV unseres Stadtverbandes, in anderen Parteien, Organisationen, z. B. SDS im Rahmen der Kritischen Einführungswochen an der Universität Leipzig, Rotfuchs e. V., Boxklub Leipzig, informierten wir zur Geschichte, Entwicklung und aktuellen Lage in Kuba, zu den verbrecherischen, hegemonialen Machenschaften der US-Regierung, zur Arbeit der AG Cuba Sí. Mitunter waren dabei repräsentative kubanische Gesprächspartner zu Gast, z. B. eine Vertreterin des kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft im März 2024, ein führender kubanischer Boxtrainer aus Guantánamo im Juni dieses Jahres. Am 13. August dieses Jahres jährte sich zum 100. Mal der Tag der Geburt Fidel Castros. So wie das kubanische Volk, die gesamte fortschrittliche internationale Bewegung nahmen auch wir diesen Jahrestag zum Anlass zur Auseinandersetzung mit dem geistigen Erbe Fidel Castros. Dazu gestalteten wir am 15. Mai das Kolloquium „Fidel Castros Denken – Inspiration zum Handeln“. Als hohe Gäste begrüßten wir die kubanische Botschafterin, ihren Stellvertreter, die Pressesprecherin der kubanischen Botschaft in Deutschland und einen ehemaligen Chefdolmetscher Fidel Castros. Die mehr als 60 Teilnehmenden kamen sowohl aus unserem Stadtverband als auch zum großen Teil aus anderen

Parteien, Vereinen, Organisationen, Cuba -Sí-Regionalgruppen. In den Redebeiträgen und in vielen kleinen Gesprächen wurden wichtige Aussagen und Erkenntnisse Fidel Castros in dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontext betrachtet und diese als Leitlinien für unseren Kampf für eine bessere, sozial gerechte, friedliche Welt bestimmt. In dem Kolloquium waren sich die Teilnehmenden einig über die Notwendigkeit der politischen, finanziellen und materiellen solidarischen Unterstützung Kubas, der Abschaffung der US-Blockade gegen Kuba und der Streichung Kubas von der völkerrechtswidrigen Liste der USA über Terrorstaaten. Von diesem Kolloquium aus wurden Protestresolutionen an die Botschaft der USA und an die Regierung der BRD verabschiedet.

- Gemeinsam mit dem Stadtvorstand organisierte die AG Cuba Sí die Beteiligung des Leipziger Stadtverbandes an der Großkundgebung unserer Partei „Solidarität mit Lateinamerika – Hände weg von Cuba“ in Berlin am 28. Juni dieses Jahres. Längerfristige Vorbereitungen und verlässliche Absprachen auf allen Ebenen sehen wir als Grundvoraussetzung für das Erreichen einer hohen Beteiligung, die bei solchen Aktionen sehr vonnöten ist.
- In der Woche vom 11. zum 19. September wirkten Mitglieder unserer Regionalgruppe an der internationalen Solidaritätsaktion „No war on Cuba!“ mit. Sie umzingelten am 19. September gemeinsam mit zig anderen Aktivisten in Berlin die US-Botschaft und forderten auf diese Art und Weise das Ende der Blockade gegen Kuba. Im Rahmen dieser Aktion demonstrierten wir am 18. September in Leipzig vor dem Generalkonsulat der USA für das sofortige Ende der Blockade gegen Kuba. Unserem Aufruf zur Teilnahme waren vor allem Aktivisten der Chemnitzer Regionalgruppe Cuba Sí und anderer Parteien und Organisationen gefolgt. Auch diese Kundgebung hat gezeigt, dass in den Reihen unseres Stadtverbandes noch viel Verständnis für das sozialistische Land Kuba gebraucht wird, um Kuba sichtbar politisch zu unterstützen. Nach wie vor sind wir bereit, die Mitglieder unserer Partei in den Basisgruppen umfassend zu Kuba zu informieren.

An dieser Stelle möchten wir die Gelegenheit nutzen, den Dank des kubanischen Volkes für die geleistete Solidarität mit Kuba an die Mitglieder unseres Stadtverbandes weiterleiten. Unsere Solidaritätsaktionen geben dem kubanischen Volk Mut und Kraft, lassen es spüren, dass sie in der Verteidigung des Sozialismus nicht allein sind. Kuba als Symbol und Beispiel des Sozialismus braucht uns und wir brauchen für unseren antiimperialistischen Kampf Kuba als Beweis, dass eine bessere, sozial gerechte Welt möglich ist. Kuba braucht uns und wir brauchen Kuba. Kämpfen wir noch stärker und enger zusammengedrückt für eine friedliche und sozial gerechte Welt.

Die RG Cuba Sí Leipzig dankt den Mitgliedern des Stadtvorstandes, die in innerer Verbundenheit mit Kuba Solidaritätsaktionen im Stadtverband mit großem Engagement unterstützten, an vielen Soliaktionen mitwirkten, allen voran unser Stadtvorstandsmitglied Ariane Barth und unser Stadtvorstandsvorsitzender Johannes Schmidt.

AG Demokratische Linke

Wir haben uns als linksreformistische Personen Anfang 2026 zusammengeschlossen. Unsere Vorstellungen von der Stadtpartei sind klar: Wir wollen politische und verwaltungstechnische Verantwortung in Leipzig übernehmen und die Gesellschaft verändern. Leipzig soll ein besserer Ort zum Leben werden.

Ein Grund für unsere politische Arbeit ist die wiederholte Selbstlähmung des Stadtvorstands durch interne Streitigkeiten sowie dessen Zurückhaltung bei politischen Debatten. Wenn ein Vorstand es nicht schafft, sich klar gegen Angriffe auf Landtagsabgeordnete oder Demonstrationen gegen die eigenen Strukturen zu positionieren, muss dies kritisch aufgearbeitet werden.

Als Demokratische Linke sehen wir uns in unserer feministischen und antiautoritären Verantwortung dazu verpflichtet, eine Zusammenarbeit mit den Gliederungen der FKO sowie anderen K-Gruppen und autoritären Strukturen abzulehnen. Klare rote Linien sind notwendig, insbesondere wenn Betroffene öffentlich von einer Zusammenarbeit abraten. Wir setzen stattdessen auf breite Bündnisse, die möglichst viele Menschen der Stadtgesellschaft ansprechen und einen sozialistischen Ton sichtbar machen. Autoritäre Strukturen und Täterschutz sind für uns keine Grundlage politischer Zusammenarbeit. Ein positives Beispiel ist unser Austausch mit Strukturen anderer Parteien sowie unsere Arbeit in den Sozialprotesten.

Mit unserer Eröffnungsveranstaltung haben wir ernsthaft darüber diskutiert, wie antifaschistische Praxis auf allen Ebenen gelebt werden kann. Angesichts der faschistischen Bedrohung verwundert uns, dass der Wahlkampf für das OBM-Amt ins Stocken geraten ist. Persönliche Kränkungen können zu internen Streitigkeiten führen, doch wir lehnen diese Auseinandersetzungen entschieden ab. Zu viel steht für die Menschen auf dem Spiel, für die wir Politik machen wollen. Wir hätten bereits gerne mehr getan, als eine Kandidatur und konstruktive Arbeit zu verteidigen. Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Leipzig eine linke Oberbürgermeisterin bekommt. Wahlstab und Stadtvorstand müssen hier endlich liefern – die Zeit und eine historische Chance laufen davon.

Im vergangenen Jahr waren wir mit unseren Themen ansprechbar – bei IG/AG-Tagen, unseren monatlichen Stammtischen und in innerparteilichen Debatten. Mit einem Änderungsantrag wollten wir erreichen, dass sich der Stadtvorstand grundsätzlich gegen Abschiebungen positioniert. Dieser wurde abgelehnt; stattdessen wurde ein sogenannter Konsensantrag angenommen, an dessen Erarbeitung ein Vorstandsmitglied und ein Mitglied der ursprünglichen Antragsgruppe beteiligt waren, ohne dass wir einbezogen wurden. Dieses Vorgehen bedauern wir und wünschen uns künftig eine stärkere Einbindung.

Wir erwarten vom Stadtvorstand, seiner Verantwortung gegenüber allen Mitgliedern gerecht zu werden und nicht nur mit politisch oder persönlich nahestehenden Akteur*innen zu arbeiten. Die Demokratische Linke steht für eine plurale, progressive und linksreformistische Antwort auf autoritäre Tendenzen. Unsere Arbeit hat gerade erst begonnen.

Linksjugend Basisgruppe

Als Linksjugend Leipzig sind die letzten zwei Jahre ein voller Erfolg gewesen. Als Basisgruppe und Jugendverband der Partei in Leipzig standen wir am Anfang der Legislatur in den Startlöchern, um eine Lücke im System der Partei zu schließen: Junge Genoss*innen, die sich in der Partei vereinigen, um diese nach vorne zu bringen.

Die letzten zwei Jahre waren politisch sehr turbulent. Bei den Kommunalwahlen konnten wir lernen, wie man Wahlkampf macht. Zu den Landtagswahlen in Sachsen ging es um das Überleben als gesamtes sozialistisches Projekt in Sachsen. Wir haben uns aktiv in den Wahlkämpfen in Mitte, West und Süd eingebracht und (mehr oder weniger) gewonnen.

Zur Bundestagswahl konnte niemand absehen, dass sie so enden wird, wie sie geendet ist. Unsere ganzen Erfahrungen und unsere Energie sind in eine Jugendwahlkampagne geflossen, die nicht nur unserer Gruppe einen Mitgliederzuwachs bescherte, sondern auch in der U18 Wahl einen Anstieg für die Linken verzeichnete. Wir waren die einzigen, die die Themen Wehrpflicht, Gleichstellung und Ausbildung in die Stadtdebatte gebracht haben.

Wir arbeiten bereits mit gleicher Strategie an der Jugendwahlkampagne für unsere OBM-Kandidatin. Zusammen werden wir Leipzig gewinnen. Ebenso konnten wir eine Person von uns bei der Wahl des Jugendparlaments unterstützen. Wir freuen uns auf die zahlreichen Interessierten, die uns bei der JuPa-Wahl 2027 unterstützen werden.

Unsere Veranstaltungen in den letzten Jahren erfreuen sich großer Beliebtheit. Wir thematisieren den Faschismusbegriff, haben mit Ole Nymon eine Veranstaltung zur Wehrpflicht gemacht, haben uns bei der Organisation des CSDs eingebracht, sind gegen das neue sächsische Polizeigesetz auf die Straße gegangen, haben Wahlkämpfe in Mittelsachsen, Werdau, Freiberg und Elbe-Elster unterstützt, haben Veranstaltungen für Erstis durchgeführt, auf Femizide aufmerksam gemacht und noch vieles mehr.

Wir sind ebenso in diversen Bündnissen aktiv. Hier setzen wir aber eine klare rote Linie, welche die Partei, der Stadtvorstand und einige Gliederungen nicht haben: Wir werden nicht mit autoritären, antifeministischen K-Gruppen, wie der FKO, oder antisemitischen Gruppen, wie der PAL, zusammenarbeiten. Als demokratische Sozialist*innen werden wir uns in der Partei weiter dafür einsetzen, dass die antistalinistischen Werte nicht weiter verwässert werden.

Die Linksjugend Leipzig konnte regelmäßig in der Presse über linke Inhalte berichten. Sei es in den Fällen Drygala und Machill an der Universität, beim Kürzungsplan für Schwimmunterricht der Stadtverwaltung oder bei den Bedrohungen am 17. Januar in Connewitz. Damit haben wir eine gute Quote zwischen geschriebenen Pressemitteilungen und durch die Presse verarbeiteten Berichten erreicht.

Die nächsten zwei Jahre wird die Stadtpartei weiter an Gestaltungsmacht gewinnen. Sie muss sich entscheiden, ob sie eine seriöse Kraft sein möchte, die jungen Menschen in der Stadtgesellschaft ansprechen möchte, die Hoffnung auf eine Linke setzt, die verändern kann. Wir werden uns weiterhin einbringen und den kommenden Stadtvorstand kritisch-solidarisch begleiten.

Als Linksjugend zeichnet sich immer ein Generationenwechsel ab. Das macht die Jugendorganisation dynamisch. Sie ist dafür da, um junge Menschen zu politisieren, zu lernen und um sie für die Arbeit in der Partei vorzubereiten. Bei uns ist der richtige Platz.

AG Küfa

In den vergangenen zwei Jahren ist die AG Küfa zu einem regelmäßigen und stadtweiten Angebot gewachsen. Inzwischen gibt es Küfas an neun verschiedenen Standorten in Leipzig. Allein die Küfas Süd, Mitte und Ost, die gemeinsam im Liebknecht-Haus kochen, geben derzeit rund 340 Portionen im Monat aus.

Unsere Küche für alle ist dabei mehr als eine Essensausgabe. Sie sind zugleich Orte des Austauschs, der Solidarität und Gemeinschaft. Viele Stammgäst kennen sich inzwischen, essen gemeinsam und kommen ins Gespräch. Dabei werden Menschen, deren Lebensrealitäten und Bedürfnisse gesellschaftlich häufig wenig Beachtung finden, als Teil unserer gemeinsamen Öffentlichkeit sichtbar, Solidarität im Alltag gleichzeitig praktisch erfahrbar.

Zusätzlich zu unserem „Tagesgeschäft“ kochen wir für viele größere Veranstaltungen. Dazu gehörten im Berichtszeitraum unter anderem das Sommerfest, „Ohne Obdach, ohne Schutz“, Wahlkampfpartys sowie größere Konferenzen, bei denen wir bis zu 150 Menschen versorgen. Bleibt doch mal Essen übrig, geben wir es an Einrichtungen weiter, die wohnungslose und suchterkrankte Menschen unterstützen. Das ist bei regelmäßig stattfindenden Küfas allerdings selten der Fall: Auch die größten Töpfe sind in der Regel in weniger als einer Stunde geleert.

Die regelmäßig in der ganzen Stadt stattfindenden Küfas sorgen für stetige Sichtbarkeit der Partei auch außerhalb von Wahlkämpfen. Sie schaffen niedrigschwellige Räume für Begegnung und (politischen) Austausch, ohne dass dabei politische Information oder Überzeugungsarbeit im Vordergrund stehen. Wo möglich, akzeptieren wir auch Bezahlkarten und möchten damit Menschen, die von dieser Form der Leistungserbringung betroffen sind, ein bisschen Selbstbestimmung und Würde zu ermöglichen. Zahlreiche neue oder zuvor wenig aktive Mitglieder haben zudem über die Tätigkeit bei der Küfa einen ersten Zugang zu praktischer Parteiarbeit gefunden und von dort ihren Weg in weitere Strukturen der Partei genommen. Im Berichtszeitraum haben wir uns stadtweit stärker vernetzt und unsere Zusammenarbeit bei Öffentlichkeitsarbeit, der Gewinnung neuer Helfender und der Organisation des Kochens verbessert.

Mit dem Wachstum der Küfas sind auch die organisatorischen Anforderungen gestiegen. Deshalb haben wir unsere gemeinsame Ausstattung und Abläufe weiterentwickelt und Erfahrungen, Großmengenrezepte und Wissen zwischen den Küfas geteilt. Eine Herausforderung bleiben geeignete Koch- und Lagermöglichkeiten. Insbesondere die ursprünglich als Teeküche konzipierte Küche des Liebknecht-Hauses ist dem Umfang unserer heutigen Arbeit nicht mehr gewachsen. Gemeinsam mit den Hauptamtlichen haben wir deshalb einen Vorschlag für ihren Umbau entwickelt und einen entsprechenden Finanzierungsantrag für den Stadtparteitag vorbereitet.

Die vergangenen zwei Jahre zeigen, wie sehr sich die Küfa verstetigt hat: Aus einzelnen lokalen Kochaktionen ist eine stadtweit vernetzte Struktur geworden, die regelmäßig Menschen zusammenbringt und Solidarität praktisch erfahrbar macht. Diesen Weg wollen wir weitergehen, die wachsende Arbeit langfristig auf viele Schultern verteilen, Menschen einen niedrigschwelligen Einstieg in politische und zivilgesellschaftliche Aktivität ermöglichen und die Küfa als festen Bestandteil unserer Parteiarbeit weiter verankern.

Unsere aktuellen Küfas: Alt-West montags, Nord am vorletzten Dienstag, Nordwest am letzten Dienstag, Mitte zweiwöchig mittwochs in ungeraden Kalenderwochen, Süd am letzten Donnerstag, Südost freitags, Nordost am ersten Freitag, Südwest am dritten Freitag und West am letzten Sonnabend des Monats. Aktuelle Uhrzeiten und Ausgabeorte findet ihr unter: [Küche für alle – Die Linke Leipzig](#)

AG Palästinasolidarität

Die AG Palästinasolidarität gründete sich im Sommer 2025 aus der Solidaritätsbewegung mit Palästina und dem Widerstand gegen Vertreibung, Entrechtung und Genozid.

Beim IG/AG Tag im Juli 2025 stellten wir uns in Leipzig erstmals partei-öffentlich vor. Inzwischen sind wir eine Gruppe von über 60 Mitgliedern. Wir treffen uns regelmäßig zweimal im Monat und arbeiten in Kooperation mit der LAG und BAG Palästinasolidarität zusammen.

Demonstrationen: In Leipzig waren wir beim „March to Airport“ am 23.08.25 gegen die Waffenlieferungen nach Israel über den Flughafen Leipzig/Halle. Dazu kamen Proteste zum Nakba-Gedenktage, 1.-Mai-Demo, Solidemo für die Flotilla u.a. Gemeinsam mit dem Stadtverband organisierten wir eine Busanreise zur bundesweiten Demonstration „Zusammen für Gaza“ am 27.09.25 in Berlin gegen den fortlaufenden Genozid in Gaza und die Komplizenschaft Deutschlands. Am 28.08.26 fuhren wir nach Sangerhausen, um die lokalen Strukturen in ihrem Protest gegen die Ansiedlung der israelischen Waffenfabrik von Elbit zu unterstützen. Aus unserer antiimperialistischen Haltung heraus unterstützen wir Kundgebungen zu Venezuela, Iran, Libanon, Kuba, Sudan und dem Kongo.

Bildungsarbeit: Wir veranstalteten mehrere Filmabende mit Diskussion (z. B. „No Other Land“, „Kill Zone – Inside Gaza“) und Buchvorstellungen (z. B. „Die radikale jüdische Tradition“, „Der letzte Himmel“, „Trümmer auf Trümmer“) in Kooperation mit Autor*innen und anderen Gruppen. Des Weiteren haben wir Vorträge und Diskussionsrunden veranstaltet (z. B. zum Zionismus und zur Geschichte der Nakba) und uns im Oktober 2025 mit Filmabend und Infostand an der Congo-Week beteiligt. In unseren AG-Treffen bilden wir uns durch Bildungsinputs weiter und bereiten Themen auch auf Social Media auf.

Herausfordernd war der Umgang mit Repressionen in der Partei, insbesondere das Kooperationsverbot mit Handala, das der Landesvorstand 2025 beschloss. Wir haben uns entschieden, dagegen ein Schiedsverfahren zu führen, und wurden bestätigt: Der Landesvorstand hatte dafür keine Zuständigkeit, das Verbot war rechtswidrig.

In der kommenden Zeit werden wir uns weiter in Bündnissen an Aktionen beteiligen, insbesondere dem Protest gegen die Raketenfabrik. Auch wollen wir weiter Bildungsangebote schaffen und den Austausch mit anderen Gliederungen der Partei stärken. Dabei stehen wir für einen solidarischen Umgang und eine offene Diskussionsgrundlage - ohne Repressionen, in der Gesellschaft wie innerhalb der Partei.

AG Antimilitarismus

1. Einleitung

Die AG Antimilitarismus gründete sich am 2. Dezember 2025, um der fortschreitenden Aufrüstung, der gesellschaftlichen Militarisierung und dem damit verbundenen Sozialabbau etwas entgegenzusetzen. Unser Ziel ist es, linke Friedenspolitik und den Protest gegen Krieg, Bundeswehrwerbung sowie Wehrpflicht sichtbar auf die Straße zu tragen. Das erste Jahr war geprägt von erfolgreichen eigenen Aktionen sowie von vielschichtigen Herausforderungen in der Bündnisarbeit.

2. Aktionen und Präsenz im öffentlichen Raum

05.12.2025 (Hainstraße): Erfolgreiche Auftaktkundgebung vor dem Bundeswehr-Karrierecenter mit knapp 500 Teilnehmenden als Zeichen gegen die Rekrutierungspraxis – zeitgleich und flankierend zu den Protesten des Schulstreikbündnisses.

05.03.2026 (Richard-Wagner-Platz): Eigenständige Kundgebung, die aufgrund von Vorbehalten und Gegenmobilisierung aus Teilen des Bündnisses nur wenig Zuspruch fand.

22.06.2026 (Augustusplatz): Unterstützung der Schulstreikproteste durch praktische Solidarität (Logistikfahrzeug samt Fahrerin, KüfA) ohne eigene Parteifahren. Es zeigte sich, dass materielle Hilfen willkommen waren, eine sichtbare Parteipräsenz wegen Vorbehalten gegenüber parlamentarischen Strukturen jedoch sensibel blieb.

25.09.2026 (Kleiner Wilhelm-Leuschner-Platz): Eigenständige Kundgebung gegen Wehrpflicht und Militarisierung. Die AG führt ihren Protest gegen den militärisch motivierten Sozialabbau auch bei schwierigen Bündnisdynamiken konsequent fort.

3. Innerparteiliche Dynamiken und Bündnispolitik

Die Zusammenarbeit mit der Linksjugend verlief zu Beginn sehr gut, gestaltete sich im Verlauf jedoch komplexer. Grund dafür waren unterschiedliche Bündniseinschätzungen sowie Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Jugendstruktur gegenüber einzelnen im Bündnis aktiven Gruppen.

Die AG Antimilitarismus respektiert die Beschlüsse der Jugendstruktur vollumfänglich. Für unsere eigene Arbeit haben wir entschieden, dass die Dringlichkeit der Friedenspolitik eine kontinuierliche Präsenz erfordert und der Widerstand gegen Aufrüstung nicht durch Abgrenzungsdebatten Dritter gelähmt werden darf.

4. Ausblick: Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“

Die AG bringt sich offen und konstruktiv in das Bündnis ein, um die Ansiedlung des Rüstungsstandorts zu verhindern. Auf Basis bisheriger Bündniserfahrungen begleiten wir den Prozess mit der gebotenen Umsicht und setzen auf eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

5. Fazit

Die AG Antimilitarismus hat sich im ersten Jahr als verlässliche und handlungsfähige Struktur etabliert. Wir haben bewiesen, dass wir eigene Aktionen organisieren und auch bei Bündnisherforderungen standhaft bleiben. Wir laden alle Genoss:innen ein, sich unserer Arbeit anzuschließen.

Antragsübernahmen und Änderungen

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

A4 NEU: Transparenz und Gehaltsdeckel in der Leipziger Linken

Einreichender: Tammo Thyselius

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Politisch gewählte Mitglieder des Stadtverband der Linken Leipzig werden aufgefordert, Transparenz über zusätzliche Beteiligungen in Gremien, wie zum Beispiel Aufsichtsräten, herzustellen. Dies betrifft vergütete, sowie unvergütete Beteiligungen.

Der Stadtverband Die Linke Leipzig setzt sich dafür ein, alle Kandidierende, für die dies in Frage kommt, bei Bewerbungen aktiv aufzufordern, nach Antrag P.19 Neu des Bundesparteitags 2026 ihr Gehalt zu deckeln. Dies betrifft insbesondere Kandidierende für Landtagsmandate sowie Bewerbungen als Beigeordnete für bestimmte Aufgabenbereiche. Dafür soll eine Kandidierendenvereinbarung abgeschlossen werden.

Mitglieder des Stadtrates werden dementsprechend aufgefordert, sofern möglich, Beigeordnete für bestimmte Aufgabenbereiche, die Mitglieder der Partei die Linke sind, zu wählen und sich für diese auszusprechen, die auf Grundlage des oben genannten Antrags ihr Gehalt deckeln.

Begründung:

Als Partei haben wir uns vorgenommen, eine Partei für und mit der arbeitenden Klasse zu sein. Schritte hin zu diesem Selbstverständnis haben wir auf unseren letzten Parteitag festgelegt. Ein zentraler Bestandteil dieses Ziels ist es, nah an all denjenigen zu sein, die unser Land am Laufen halten. Das macht sonst keine andere Partei.

In diese Überzeugung reiht sich die Begrenzung der Abgeordnetenbezüge für Abgeordnete der Linken im Bundestag und im Europäischen Parlament ein, die unser Bundesparteitag 2026, ab den nächsten entsprechenden Wahlen mit deutlicher Mehrheit beschlossen hat.

Die Abgabe eines großen Teils des eigenen Gehalts durch Funktionär*innen und Mandatsträger*innen ist Ausdruck einer Parteikultur, die klar macht: Wir halten uns nicht für etwas Besseres. Wir sind nah dran an den Problemen der Menschen und kritisieren ganz bewusst, dass Politikergehälter, die für die allermeisten Beschäftigten fern ab jeglicher Realität sind, zu realitätsferner Politik aus Sicht der allermeisten Menschen in diesem Land führen. Wenn wir das anprangern, müssen wir es aber selbst auch anders machen. Auch in Sachsen.

Deswegen möchten wir allen Mitgliedern des Stadtverbandes die Linke Leipzig, die repräsentative sowie administrative Aufgaben erfüllen, nahe legen, eine Übernahme der beschlossenen Regelungen des Bundesparteitages zum Gehaltsdeckel unserer Abgeordneten auch auf ihre Rollen anzuwenden.

48 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

So können wir auch in Leipzig klar machen, dass Die Linke DIE Antiestablishment-Partei ist, die mit den Menschen gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme entwickelt und für deren Durchsetzung kämpft und im Gegensatz zu anderen Parteien keinen Platz für Karrieristen bietet. Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A6 NEU: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken

Einreichende: Jessica Herrmann, Tammo Thyselius, Benjamin Sittig, Kevin Ehser, Mareike Sorg, Nortia Heurtebise, Robin Irmer, Natascha Kalantar, Noah Groß, Robby Aydin, Jessica Sommer, Alli Zahn, Luca Doll, Franziska Kage, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig versteht sich als Mitgliederpartei. Bei grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen soll die Beteiligung der Mitglieder verbindlich gestärkt werden.

Nicht jede Entscheidung kann von der gesamten Mitgliedschaft getroffen werden. Gewählte Vorstände müssen arbeitsfähig bleiben, Mandatsträger*innen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen und im politischen Alltag muss manchmal schnell gehandelt werden. Aber dort, wo es um grundlegende Weichenstellungen, das politische Profil unserer Partei oder Entscheidungen mit langfristigen Folgen geht, darf Beteiligung nicht erst beginnen, wenn die Entscheidung faktisch bereits gefallen ist.

Der Stadtvorstand wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden, Zusammenschlüssen und der Stadtratsfraktion die folgenden Verfahren zu entwickeln und über ihre Anwendung regelmäßig Rechenschaft gegenüber dem Stadtparteitag abzulegen:

1. Grundsatzentscheidungen frühzeitig in die Partei geben

Bei politischen Fragen von besonderer Tragweite, zu der keine Beschlussgrundlage eines Parteitages vorliegt, soll die Mitgliedschaft möglichst vor einer abschließenden Positionierung durch Stadtvorstand oder Stadtratsfraktion informiert und einbezogen werden. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen,

- 1) die das politische Profil der Partei in einer zentralen Frage betreffen,
- 2) die langfristige Folgen für die Stadt haben,
- 3) bei denen innerhalb der Partei deutlich unterschiedliche Positionen bestehen,
- 4) die größere strategische Entscheidungen für Wahlkämpfe oder Bündnisse beinhalten,
- 5) oder die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können.

Je größer die politische Tragweite einer Entscheidung ist, desto größer muss auch die Möglichkeit der Mitglieder sein, an ihrer Entstehung mitzuwirken.

2. Geeignete Austauschformate vor wichtigen Entscheidungen

Vor Entscheidungen zu solchen Grundsatzfragen sollen gewählte Gremien stärker von den in § 17 bis § 19 Stadtparteisatzung beschriebenen Basiskonferenzen Gebrauch machen oder Mitglieder ermutigen, diese zu initiieren. Für diese gilt:

- Die Mitglieder werden frühzeitig über die Ausgangslage informiert.
- Verschiedene Sichtweisen auf antizipierte Konflikte werden nachvollziehbar dargestellt.
- Unterschiedliche Positionen können tatsächlich zu Wort kommen.
- Es besteht ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussionen.
- Die Ergebnisse werden anschließend für die Mitglieder dokumentiert und allen Mitgliedern bereitgestellt.
- Gewählte Gremien sind angehalten die Ergebnisse dieser Basiskonferenzen in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

Sollte es zeitlich nicht möglich sein, eine Basiskonferenz abzuhalten, beispielsweise weil der Stadtvorstand oder die Stadtratsfraktion sich schneller zu dem Sachverhalt verhalten müssen, oder sollte die Entscheidungsfindung in ihrem Umfang keiner eigenen Basiskonferenz bedürfen, soll es soweit umsetzbar dennoch eine Rückkopplung mit der Mitgliedschaft geben, wie beispielsweise über eine breit beworbene Diskussionsveranstaltung, einen angekündigten Slot in dem nach § 15 Absatz 2 Stadtparteisatzung festgelegten stadtweiten Austauschformat (genannt OV-Beratung) oder ein anderes geeignetes stadtweites Austauschformat. Soweit anwendbar und umsetzbar gelten auch für diese Austauschformate die oben genannten Rahmenbedingungen.

3. Kandidat*innenfindung transparenter gestalten

Für Kandidaturen von besonderer politischer Bedeutung gilt:

- Der Zeitplan und das Verfahren der Kandidat*innenfindung werden frühzeitig veröffentlicht.
- Alle Mitglieder werden rechtzeitig per Informationsmail und, wo sinnvoll, zusätzlich durch eine Informationsveranstaltung darüber informiert, wie das Verfahren abläuft und wie sie selbst ihr Interesse an einer Kandidatur erklären oder sich um eine Kandidatur bewerben können.
- Die politischen Anforderungen an eine Kandidatur werden frühzeitig mit der Mitgliedschaft diskutiert.
- Mitglieder erhalten rechtzeitig die Möglichkeit, mögliche Kandidat*innen kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.
- Empfehlungen des Stadtvorstandes werden nachvollziehbar begründet und nehmen die Entscheidung der zuständigen Mitgliederversammlung nicht vorweg.

Auch nach der Aufstellung führt der Stadtverband, vertreten durch den Stadtvorstand, regelmäßig offene Strategie- und Auswertungsrunden durch. Mitglieder erhalten feste Möglichkeiten, Vorschläge einzubringen und bei wichtigen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfs mitzuwirken.

50 **AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen**

4. Einen jährlichen kommunalpolitischen Ratschlag schaffen

Mindestens einmal im Jahr soll ein offenes Treffen zwischen interessierten Mitgliedern, Stadtvorstand und Stadtratsfraktion stattfinden. Der kommunalpolitische Ratschlag dient nicht der Entscheidung über eine einzelne anstehende Frage, sondern dem frühzeitigen Austausch über größere Vorhaben, absehbare Konflikte und politische Schwerpunkte des kommenden Jahres. Eine Verbindung mit bzw. Erweiterung der etablierten gemeinsamen Sitzung der Stadtratsfraktion mit den Mitgliedern der Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte sollte durch Stadtvorstand und Stadtratsfraktion geprüft werden.

Fraktion und Stadtvorstand stellen dort anstehende kommunalpolitische Entscheidungen dar und berücksichtigen auch antizipierte Konflikte. Mitglieder bekommen die Möglichkeit eigene Themen und Konflikte einzubringen.

5. Unterschiedliche Positionen zulassen, ohne uns gegenseitig zu beschädigen

Der Stadtparteitag bekennt sich zu einer politischen Kultur, in der Widerspruch nicht als Illoyalität behandelt wird und politische Differenzen nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen werden. Konflikte sollen dort ausgetragen werden, wo sie politisch produktiv werden können. Das sind unsere Mitgliederversammlungen, Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse, Basiskonferenzen, stadtweite Austauschformate, Parteitage, parteiinternen Informationskanäle und Parteipublikationen wie das Mitteilungsblatt – nicht in erster Linie über Pressemitteilungen oder soziale Medien.

Verschiedene Positionen müssen sagbar bleiben. Damit daraus ein erkenntnisorientierter Diskurs werden kann, der in der Lage ist, politische Positionen zu schärfen und Lagerdenken abzubauen, brauchst es den Willen aller Mitglieder, sich an einem solchen offenen und erkenntnisorientierten Diskurs zu beteiligen und nicht auf mediale Diffamierungen zurückzugreifen, um die Oberhand über den Diskurs zu gewinnen.

Wir fordern alle Mitglieder dazu auf, sich an der Schaffung und Aufrechterhaltung einer solchen Diskussionskultur und am Schutz innerparteilicher Diskussionsräume zu beteiligen.

6. Entscheidungsmacht darf nicht von Ressourcen abhängen

Beschlüsse gewählter Gremien und Gliederungen müssen innerhalb ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit respektiert werden. Sie dürfen nicht dadurch faktisch eingeschränkt, übergangen oder ausgehebelt werden, dass andere Ebenen der Partei über mehr Geld, Personal, technische Infrastruktur, Kommunikationskanäle oder öffentliche Reichweite verfügen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.

Ressourcen sollen demokratische Arbeit ermöglichen und unterstützen. Sie dürfen nicht darüber entscheiden, welche demokratisch legitimierte Position sich innerhalb der Partei faktisch durchsetzen kann.

Wir fordern alle Mitglieder auf – besonders solche mit Zugang zu innerparteilichen Ressourcen, Medienreichweite oder Entscheidungskompetenzen, wie Amts- und Mandatsträger*innen oder Angestellten – sich ihrer Verantwortungsposition bewusst zu werden, besondere Sorgfalt bei Entscheidungen, die Dritte betreffen, walten zu lassen und sich eine Offenheit für Kritik zu bewahren.

Begründung:

Die vorliegende Neufassung des Antrags A6 „Eine starke Linke braucht eine starke Basis – Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken“ aus dem Materialheft 1 ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Antragstellenden und den Änderungsantragstellenden zu ÄA6.1 aus dem Materialheft 2. Sie beinhaltet Übernahmen, Teilübernahmen und Ergänzungen, die sich im Verhandlungsprozess ergeben haben.

Die Begründung aus dem Ursprungsantrag bleibt bestehen:

Die Linke ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Viele Menschen sind unserer Partei beigetreten, weil sie sich nicht damit abfinden wollen, dass Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht wird. Sie wollen nicht nur wählen. Sie wollen sich einmischen, diskutieren, organisieren und gemeinsam etwas verändern. Diesen Anspruch müssen wir auch an uns selbst stellen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass wir an mehreren Stellen besser werden müssen.

Die Diskussion um die Olympiabewerbung berührt grundlegende linke Fragen. Wem gehört die Stadt? Wofür geben wir öffentliche Mittel aus? Wer trägt wirtschaftliche Risiken? Was bedeutet ein solches Großprojekt für Mieten, soziale Infrastruktur und Breitensport?

Innerhalb der Linken gibt es dazu starke kritische Positionen bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung einer Olympiabewerbung. Es wurde darauf verwiesen, dass solche Großveranstaltungen häufig mit hohen öffentlichen Kosten, Verdrängung, steigenden Mieten und fehlender demokratischer Kontrolle verbunden sind. Die dort formulierte Schlussfolgerung lautet deshalb klar: Soziale Infrastruktur und Breitensport müssen Vorrang vor einem internationalen Prestigeprojekt haben. Gerade bei einer Frage mit so weitreichenden Folgen braucht es eine breite Debatte in der Partei. Es reicht nicht, über Beteiligung zu sprechen, wenn politische Grundentscheidungen vorher nur von wenigen vorbereitet werden.

Ähnliches gilt für das Capa-Wäldchen. Unsere Stadtratsfraktion hat versucht, in einer schwierigen Situation zwischen dem Erhalt der Kleinmesse, den Interessen von RB Leipzig und ökologischen Anforderungen einen Weg zu finden. Gleichzeitig gibt es innerhalb unserer Partei deutlichen Widerspruch gegen jede Rodung oder Veräußerung des Waldstücks. Für viele Genoss*innen geht es hier um eine grundsätzliche Frage. Dürfen öffentliche Grünflächen zur Verhandlungsmasse werden, wenn ein finanzstarker Verein und der dahinterstehende Konzern Erweiterungswünsche anmelden? Mitglieder aus der Basis wünschen sich deshalb ausdrücklich eine breite parteiinterne Debatte. Damit verbunden ist auch eine klare politische Forderung: Das Capa-Wäldchen soll erhalten bleiben, eine Rodung oder Teilrodung soll es nicht geben und die Renaturierung des Elsterbeckens darf nicht gegen den Erhalt des Waldes ausgespielt werden. Dass es innerhalb unserer Partei unterschiedliche Einschätzungen gibt, ist nicht das Problem. Eine Partei lebt von politischen Auseinandersetzungen. Problematisch wird es, wenn diese Auseinandersetzungen erst stattfinden, nachdem politische Entscheidungen bereits weit fortgeschritten sind.

Auch die Diskussion um unsere OBM-Kandidatur hat gezeigt, dass wir zwischen einer formalen Abstimmung und tatsächlichen Möglichkeiten zur Beteiligung unterscheiden müssen. Natürlich entscheidet am Ende die dafür zuständige Mitgliederversammlung über eine Kandidatur. Aber demokratische Beteiligung beginnt nicht erst mit dem Stimmzettel. Sie beginnt bei der Frage, wie Kandidat*innen gesucht werden, welche politischen Erwartungen

52 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

an sie gestellt werden, wer selbst kandidieren kann und wie Mitglieder rechtzeitig von diesen Möglichkeiten erfahren. Wir wollen keine Partei sein, in der wenige Menschen Politik entwickeln und viele sie anschließend umsetzen. Unsere Mitglieder sind keine Wahlkampffressource. Wir alle sind die Partei.

Eine sozialistische Partei, die gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern will, muss auch in den eigenen Strukturen demokratische Beteiligung ernst nehmen. Wir können nicht glaubwürdig dafür kämpfen, dass Menschen mehr Einfluss auf ihr Arbeitsleben, ihre Stadt und gesellschaftliche Entscheidungen bekommen, wenn wir in unserer eigenen Partei politische Beteiligung zu oft auf nachträgliche Information beschränken.

Mehr Basisdemokratie macht uns nicht handlungsunfähig. Im Gegenteil. Wer an einer Entscheidung beteiligt war, kann sie eher nachvollziehen, mittragen und nach außen vertreten. Und wer mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist, muss trotzdem wissen, dass die eigene Stimme gehört wurde. Eine starke Linke braucht deshalb keine möglichst stille Basis. Sie braucht Mitglieder, die informiert sind, sich einmischen und gemeinsam um die richtige politische Linie ringen.

Niemals alleine, immer gemeinsam darf nicht nur eine Phrase sein!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA6.1 NEU: Diskussionskultur ohne innerparteiliche Repressionen

Einreichende: Franziska Kage, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Unter 5. soll im zweiten Absatz folgende Ergänzung vorgenommen werden:

„Verschiedene Positionen müssen sagbar bleiben. Damit daraus ein erkenntnisorientierter Diskurs werden kann, der in der Lage ist, politische Positionen zu schärfen und Lagerdenken abzubauen, braucht es den Willen aller Mitglieder, sich an einem solchen offenen und erkenntnisorientierten Diskurs zu beteiligen und weder auf mediale Diffamierungen noch innerparteiliche Repressionen zurückzugreifen, um die Oberhand über den Diskurs zu gewinnen.“

Begründung:

A6 NEU benennt bereits mediale Diffamierung als ein öffentliches Mittel, mit dem Debatten durch Druck statt durch Argumente entschieden werden. Dieser Änderungsantrag ergänzt das innerparteiliche Gegenstück. Die beiden Begriffe sind dabei bewusst parallel gewählt. „Diffamierung“ meint nicht einfach pauschal öffentliche Kritik, sondern deren Instrumentalisierung. Ebenso meint „Repression“ nicht pauschal satzungsgemäße Verfahren,

sondern Ungleichbehandlung, das Umgehen dieser Verfahren oder deren Instrumentalisierung.

Im Vorfeld der Verhandlung wurde bereits die Frage gestellt, was mit „innerparteilichen Repressionen“ gemeint ist und ob damit z. B. Ausschlussverfahren generell ausgeschlossen werden sollen. Parteiausschlüsse, die Aberkennung von Funktionen und das Aussetzen von Mitgliedsrechten sind zurecht an hohe Voraussetzungen gebunden. Ein Beschluss des Stadtparteitags kann daran nichts ändern. Wir wenden uns dagegen, solche Verfahren zu instrumentalisieren. Satzungsgemäße Verfahren bleiben somit unberührt.

Wir berufen uns gern auf Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.“ Eine plurale Partei wie unsere braucht daher eine Gewissheit: Die Gleichbehandlung in parteiinternen Verfahren. Einer satzungswidrigen Aberkennung von Mitgliedsrechten, Diskriminierung, Ausgrenzung, Drohung, öffentlicher Schikane, Sachbeschädigung und Mobbing ist daher entschieden zu begegnen. Ämter und Ressourcen dürfen nicht gegen Andersdenkende eingesetzt oder ungleich verwehrt werden. Zu diesen Ressourcen gehören Räume, Gelder und Teilnahmerechte. Unsere Bundessatzung garantiert jedem Mitglied das Recht, zu allen Parteiangelegenheiten ungehindert Stellung zu nehmen, und verpflichtet zugleich, andere Mitglieder und deren Rechte zu achten. Das heißt umgekehrt ebenso: Maßnahmen z. B. auf Empfehlung unseren Vertrauensgruppen zum Schutz vor Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt haben entsprechend Vorrang. Sie folgen unserer Grundhaltung, sind begründet und damit keine Repression. Ebenso wenig sind Kritik und Mehrheitsentscheidungen unserer Mitgliedschaft keine Repression, solange sie nach gleichen Kriterien transparent und nachvollziehbar erfolgen.

Als Orientierung können drei Fragen dienen:

1. Soll eine Maßnahme eine legitime Position aus der Debatte drängen?
2. Würde sie gegenüber einer anderen Position, Person oder Gruppe genauso getroffen werden?
3. Wurden diskursive, vermittelnde oder mildere Mittel zuvor ernsthaft versucht?

Wir lehnen innerparteiliche Repressionen zur Unterdrückung politischer Diskurse ab. Denn die Anwendung oder Androhung von Repressionen, gerade wenn ein Machtgefälle zwischen den Personen besteht, dient dazu, unliebsame Stimmen zum Verstummen zu bringen und Konflikte klein zu halten. Das führt aber nicht zu weniger Konflikten, sondern ganz im Gegenteil, verhärtet sie nur. Eine Diskussionskultur in der Menschen Angst haben müssen, ihre Positionen zu äußern, steht der Lösung von Konflikten im Weg.

Was wir stattdessen tun sollten, ist, unterschiedliche Positionen offen zu diskutieren. Nur so kann man Positionen weiterentwickeln und innerparteiliche Konflikte konstruktiv beilegen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

54 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

A11 NEU: Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder

Einreichende: Franziska Kage, Alli Zahn, Noah Groß, Kai Knappik, Luca Doll, Georg Grünewald, Robby Aydin, Maximilian Luck, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Partei Die Linke Leipzig, sowie ihre Untergliederungen soll bei internen wie auch öffentlichen Veranstaltungen zusätzlich zu den bereits bestehenden Verpflichtungen zu ökologisch-nachhaltigen und fair produzierten Lebensmitteln, Vermeidung von unnötigem Verpackungsmüll und Umstellung von Werbemitteln auf faire, ökologische und klimafreundliche Alternativen, nur noch tierleidfreie / vegane Lebensmittel und Werbemittel durch Parteigelder finanzieren.

Von der Regelung ausgenommen sind begründete Ausnahmen wie z. B. in Einzelfällen Erstattungen für Zutaten für von einzelnen Genoss*innen zubereitete Speisen oder in Fällen von Unverträglichkeiten, wenn keine angemessenen Alternativen vorliegen. Diese Abweichungen sollten jedoch nur im geringen Umfang sein, sodass das Angebot an veganen Lebensmitteln überwiegt.

Begründung:

Auf der 1. Tagung des 7. Stadtparteitags von der Partei Die Linke Leipzig am 26.09.2020 haben wir mit den Anträgen A7 und A8 bereits einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gemacht. Auch ein gewisses Maß an tierleidfreien Alternativen soll demnach bereits auf allen Veranstaltungen angeboten werden. Doch auch ein ausgewogenes Angebot an omnivoren, vegetarischen und veganen Lebensmitteln (wie es derzeit gültige Beschlusslage ist), ist nur schwer mit dem selbst gesetzten Anspruch auf Nachhaltigkeit und fairer Produktion vereinbar. Tierische Produkte verursachen ein Vielfaches an Treibhausgasen, verbrauchen ein Vielfaches an Wasser und brauchen ein Vielfaches an Landfläche für die Produktion. Wenn es auch in Zukunft möglich sein soll, die Menschheit zu ernähren, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören, müssen wir unsere Ernährung nachhaltig gestalten und in den Gebieten der Welt in denen es möglich ist, tierische Produkte ersetzen.

Neben der Frage nach Nachhaltigkeit, kommt noch hinzu, dass die Haltung, Ausbeutung und Schlachtung von Tieren ein unglaubliches Maß an Tierleid verursacht. Die allermeisten dieser Tiere leben und sterben unter grausamen Bedingungen. Viele Genoss*innen achten deshalb bereits darauf, den Konsum tierischer Lebensmittel zu reduzieren oder leben konsequent vegan. Das ist eine bewusste ethische Entscheidung, nicht für grausame Tierhaltungspraktiken und das Töten unschuldiger, fühlender Lebewesen mit verantwortlich sein zu wollen. Doch auch ihre Mitgliedsbeiträge werden immer wieder für die Finanzierung der Tierindustrie mit genutzt und auch von ihnen wird immer wieder gefordert, sie sollen sich doch an Aktionen beteiligen, bei denen nicht vegane Schokolade, Würste, Butter oder ähnliches an Passanten verteilt werden. Dies führt regelmäßig zu Unmut oder Resignation bei vegan lebenden Genoss*innen, ließe sich aber einfach vermeiden.

Wir denken, es wäre an der Zeit, die durch Massentierhaltung verursachte Umweltzerstörung und Tierquälerei nicht weiter durch Parteigelder finanziell zu unterstützen

und für parteifinanzierte Lebens- und Werbemittel in Zukunft auf tierleidfreie / vegane Alternativen zurückzugreifen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

**A12 NEU: Keine Profite mit Blut und Tod – Leipzig bleibt Friedensstadt:
Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen!**

Einreichende: Ariane Barth, Jacqueline Görner, Franziska Kage, Tjark Delfs, Uwe Fiedler, Georg Grünewald und Johannes Schmidt

Unterstützende A12: Tammo Thyselius, Felix Knorr, Julia Aigner, Katja Wagner, Franziska Kage, Gregor Clewing, Hendrik Frieling, Derya Kilicarslan, Clemens Elm, Mara Luise Guenzel

Unterstützende ÄA12.1: Steffi Deutschmann, Kay Kamieth, Maximilian Lawrence Friedel

Antrag:

Gemeinsame Neufassung von A12 nach Verhandlung bzgl. ÄA12.1 und ÄA12.2. Im Sinne aller Einreichenden soll ÄA12.2 in angepasster Form aufrechterhalten werden, damit die Mitgliedschaft eine bewusst Einzelentscheidung zur Bündnisfrage treffen kann

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig spricht sich gegen Waffenlieferungen sowie die Militarisierung unserer Gesellschaft aus und lehnt die Ansiedlung des Rüstungskonzerns Covenant und die geplante Produktion des Marschflugkörpers „Anthem“ in Leipzig und Umgebung entschieden ab. Wir beugen uns nicht der vermeintlichen Notwendigkeit von Hochrüstung und Kriegstauglichkeit. Während soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Bildung und kommunale Daseinsvorsorge kaputtgespart werden, fließen Milliarden in die Rüstungsindustrie. Wir lassen nicht zu, dass Leipzig zum Drehkreuz für Waffenproduktion und Rüstungslogistik ausgebaut wird. Es darf in unserer Stadt keine Rüstungsproduktion geben, die völkerrechtswidrige Kriege, Völkerrechtsverletzungen und das weltweite Leid der Zivilbevölkerung befeuert.

Weder die öffentliche Hand noch ansässige Unternehmen dürfen vom Töten profitieren! Wir erteilen daher jeglicher Politik eine Absage, die bereit ist, solche Offensivwaffen einzusetzen oder kriegerische Gewalt als Mittel der Politik zu nutzen. Städtische Flächen, öffentliche Gelder und die Arbeitskraft der Menschen gehören in die Daseinsvorsorge – nicht in die Produktion von Waffen.

Die Linke Leipzig sieht sich als relevante und notwendige Kraft in den lokalen und überregionalen Friedensbewegungen sowie den Sozialprotesten. Statt auf Abgrenzung und Ausschluss werden verbindende und organisierende Instrumente genutzt, um die Kräfte aus den Sozialprotesten, der Mitgliedschaft, der Friedensbewegung und antifaschistischen Bündnissen zusammenführen und zu einen.

56 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

In Umsetzung des Beschlusses des Potsdamer Bundesparteitages vom 21. Juni 2026 „Es reicht! Wir organisieren den Aufstand: gegen Sozialabbau und Militarisierung“ erteilt der Stadtparteitag folgende Arbeitsaufträge und Aufforderungen:

1. Protest auf der Straße und Bündnisarbeit:

Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingten Sozialabbau, Rüstungsansiedlungen und Militarisierung wird auch auf der Straße entschieden. Die Linke Leipzig unterstützt und beteiligt sich an Aktionen des Bündnisses „Keine Raketenfabrik in Leipzig“, weiteren Gegenproteste gegen Rüstungsansiedlungen in der Nähe vom Flughafen Halle/ Leipzig wie z. B. in Sangerhausen und Initiativen gegen Aufrüstung, Militarisierung und Wehrpflicht. Anknüpfend an die erfolgreichen Unterstützungen der Demonstration vom 29. August und 19. September 2026 solidarisiert sich der Stadtverband mit gewaltfreien Protesten, auch in Formen des zivilen Ungehorsams, gemeinsam mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und antifaschistischen Strukturen. Der Stadtvorstand wird mit dem Eintritt ins Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ beauftragt und soll sich auf allen Ebenen unterstützend sowie mobilisierend für die Bündnisarbeit einsetzen.

2. Debatten zur Grundhaltung fördern:

Wir sind eine Friedenspartei und vertreten eine antimilitaristische Haltung. In diesem Kontext werden durch den Stadtvorstand Debatten angestoßen und gefördert, welche ihren Fokus auf einer souveränen Bevölkerung haben, die in Krisen und im Kriegsfall selbst handlungsfähig bleibt und somit auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein setzt: Sicherheit sollte nicht als Frage des Gehorsams, sondern als eine kollektive Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind, verstanden werden.

3. Kommunalpolitisches Mandat nutzen:

Der Stadtparteitag unterstützt nachdrücklich den Antrag der Stadtratsfraktion (VIII-A-03460) „Stadt des Friedens bleiben – Leipzig darf kein Standort für Rüstungsproduktion werden“. Die Fraktion wird aufgefordert, alle kommunalrechtlichen, planungsrechtlichen und gewerblichen Spielräume auszuschöpfen, um Ansiedlungsanfragen von Rüstungsunternehmen zu unterbinden und die Vergabe städtischer Flächen an die Rüstungsindustrie zu verhindern.

4. Industrielle Konversion und gewerkschaftliche Verankerung:

Zum Kampf gegen die weitere militärische Aufrüstung braucht es die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Kontrolle und ihre Umstellung auf zivile Produktion. Gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften müssen Perspektiven für industrielle Konversion entwickelt werden, damit Arbeitsplätze nicht an die Produktion von Rüstungsgütern gebunden werden. Der Stadtvorstand wird beauftragt, im vierten Quartal 2026 das Gespräch mit den Gewerkschaften (insbesondere dem DGB und der IG Metall), Betriebsräten und Belegschaften im Leipziger Raum zu suchen. Ziel ist eine aktive Industriepolitik, die das Know-how und die Fachkräfte der Region für den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare Energien und Medizintechnik nutzt.

5. Aufklärungskampagne und Verankerung im Stadtteil:

Der Stadtvorstand wird beauftragt, ab November 2026 eine stadtweite Aufklärungskampagne durchzuführen. An Infoständen, in Haustürgesprächen und auf Nachbarschaftstreffen klären wir über die konkreten Pläne von Covenant (geplanter Produktionsstart Q1 2027) und die Folgen für die Stadtentwicklung auf. Es gilt, den Zusammenhang von aufrüstungsbedingten Kürzungen und den Verschlechterungen im Alltag der arbeitenden Menschen offenzulegen.

6. Schwerpunkt im OBM-Wahlkampf:

Der Parteitag empfiehlt dem Stadtvorstand und dem Wahlstab, den Kampf für eine Friedensstadt Leipzig und gegen Rüstungsansiedlungen als zentralen stadtpolitischen Schwerpunkt in den Wahlkampfentwürfen und im OBM-Wahlprogramm zu verankern. In enger Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke tragen wir die Auseinandersetzung in die Stadtgesellschaft und fordern eine klare Absage an Rüstungsinteressen von den Mitbewerbern.

7. Militarisierung nach innen stoppen:

Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingte Politik richtet sich auch gegen die autoritäre Formierung der Gesellschaft nach innen. Dass der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, Rüstungsproduktion als Hilfsmittel für eine „Remigrations- und Abschiebeoffensive“ bezeichnet hat, zeigt: Aufrüstung verroht die Gesellschaft. Die Linke Leipzig stellt sich Menschen und Initiativen zur Seite, die wegen ihres Engagements gegen Krieg und Aufrüstung von Repression betroffen sind.

8. Überregionale Initiativen:

Der Stadtvorstand stimmt sich eng mit den benachbarten Kreisverbänden sowie dem Landes- und Bundesverband ab. Unsere Abgeordneten im Landtag und Bundestag werden aufgefordert, parlamentarische Initiativen einzubringen, um jede öffentliche Förderung, Subventionen und Genehmigungen für die geplante Rüstungsproduktion in Leipzig und Umgebung zu unterbinden. Gleichzeitig fordern wir all unsere Amts- und Mandatsträger*innen auf, ihre parlamentarischen und öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten zu nutzen, um sich gegen Waffenlieferungen, die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig sowie Krieg auszusprechen und sich mit entsprechenden Initiativen und Bündnissen zu solidarisieren.

9. Innerparteiliche Demokratie stärken:

Unser Stadtvorstand sowie unsere Parteitagsdelegierten setzen sich auf Landes- und Bundesebene für Beschlüsse zu Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. In diesem Zusammenhang unterstützen die o. g. Personen Anliegen, die für die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie sowie deren Konversion zur Produktion von Gütern des Zivil- und Bevölkerungsschutzes einstehen.

Begründung:

In Vorbereitung des Stadtparteitag haben sich die Einreichenden von A12, ÄA12.1 und ÄA12.2 zusammengesetzt sowie die Anträge, ihre Motivation und entsprechende Inhalte besprochen. Das Ergebnis: Wir sind einmütig in der Bewertung der jeweiligen Antragsinhalte. Die Zusammenführung der Anträge erfolgte entsprechend einstimmig zwischen den Einreichenden. Generell schätzen wir ein, dass der Stadtvorstand handlungsfähig sein muss und dazu ein klares Votum vom Stadtparteitag braucht, um verschiedene Perspektiven abzuwägen und Konflikte zum Thema im Sinne der Mitgliedschaft aufzulösen. Aus diesem Grund sollte der Stadtparteitag als höchstes beschluss- und entscheidungsfassendes Gremium die bündnisstrategische Frage beantworten, damit der Stadtvorstand entsprechend eines klaren Auftrags agieren kann. Eine Verlagerung oder Verschiebung der Bündnisfrage in den Stadtvorstand würde viele Ressourcen sowie Zeit binden und final bei der Aufgabenerfüllung und Beschlussumsetzung an anderer Stelle fehlen.

Im Sinne aller EinreicherInnen soll ÄA.12.2 in angepasster Form aufrechterhalten werden, damit die Mitgliedschaft bewusste eine weitreichendere Einzelentscheidung über den Bündnisbeitritt treffen kann, da Stadtparteitagsbeschlüsse nicht durch den Stadtvorstand aufgehoben werden können.

Dazu kann der neue Stadtvorstand mit Rückhalt seiner Mitgliedschaft auch im Fall der Fälle mit höheren Gliederungen oder anderen Strukturen in Verhandlungen gehen, wenn dort beispielsweise Maßnahmen getroffen werden, welche die politische Arbeit oder auch unseren Wahlkampf beeinträchtigen – kürzliche Debatten über Kooperationsverbote, Unvereinbarkeiten und deren Ausgestaltung zeigen den Handlungsbedarf. Aber dazu braucht es ein klares Votum unserer Basis!

Aus A12: Die Linke ist eine antimilitaristische Partei.

Sie setzt sich für Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. Denn wir sehen: Kriege werden immer auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen; Kriege werden für Kapitalinteressen geführt und breite Teile der Bevölkerung zahlen dafür mit Hab und Gut, schließlich auch mit Leib und Leben. Permanente und forcierte Aufrüstung, wie sie sich gegenwärtig in der BRD vollzieht, dient weder der Verteidigung der Demokratie noch dem Schutz der Bevölkerung eines Staates. Gegenwärtig vollzieht sich in Deutschland eine Entwicklung hin zum Militarismus.

Dies geht Hand in Hand mit enormen Kürzungen bzw. Streichungen finanzieller Mittel für unsere sozialen Sicherungssysteme, Vereine, Organisationen und kulturellen Einrichtungen. Betroffenen wird die materielle Grundlage für die Beteiligung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens entzogen. Die Bundesregierung bewilligte Ende 2025 und Anfang 2026 für dieses Jahr Haushaltsausgaben für das Militär in Höhe von 82,7 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von 524,5 Milliarden Euro.¹ Die Menschen, die in Deutschland und auch in Leipzig leben, sind somit erheblichen Sparmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit ausgesetzt.

Des Weiteren haben eine gesellschaftliche Verrohung, ein Rückschritt in der Entwicklung zur Gleichstellung der Geschlechter und die Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten eingesetzt.

*Mit dem Bekanntwerden der geplanten Ansiedlung eines Rüstungsunternehmens in Sangerhausen hat die Linke vor Ort zu Protesten aufgerufen.² Kurze Zeit später wird bekannt, dass in Cochstedt ein Zentrum zur Drohnenabwehr angesiedelt werden soll.³ Die Linke Leipzig hat sich schon im August mit den Genoss*innen in Sangerhausen solidarisiert und ihren Protest unterstützt.*

*Sangerhausen ist nur 1,5 Stunden von Leipzig entfernt und wir haben erkannt, dass die Ansiedlung nah des Flughafens Halle/Leipzig kein Zufall ist. Sie fußt auf infrastrukturellen Gegebenheiten wie der Nähe zu Niedersachsen und somit gut ausgebildetem Personal aus der Automobilbranche. Dazu kommen kostengünstige Industrieflächen in einer strukturschwachen Region, welche die Rüstungsindustrie und politischen Verantwortungsträger*innen auf günstige Standortkonditionen und wenig Aufschrei aus der Bevölkerung hoffen lassen. Seit Jahren wird der Flughafen Halle/ Leipzig für den Transport von Waffen und Rüstungsgütern genutzt. In Zeiten einer vermeidlichen „Verteidigungstüchtigkeit“ soll die Durchlaufquote am Drehkreuz für Rüstungsgüter und Militärwaren direkt vor unserer Haustür ausgebaut werden und trifft Leipzig nun direkt: Am 28. August wurde medial bekannt, dass auch Leipzig zukünftig Standort der*

¹ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html>

² <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/mansfeld/stadtrat-stimmt-fuer-verhandlungen-100.html> und <https://www.jungewelt.de/artikel/522694.die-linke-kein-r%C3%BCstungsunternehmen-im-s%C3%BCdharz.html> und <https://www.zeit.de/news/2026-07/08/linke-kuendigt-protest-gegen-ruestungsplaene-in-sangerhausen-an>

³ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/drohnen-forschungszentrum-100.html>

Waffenproduktion werden soll.⁴

"Die Verteidigung" ist seit längerem der Standard an Aufrüstungsbegründungen vieler Staaten. In diesem Zusammenhang werden hierfür Menschen auch im Ernstfall zwangseingezogen. Das wäre dann eine situative Legitimierung einer Wehrpflicht als langfristige Konsequenz, wenn die freiwillige Bereitschaft einer Bevölkerung sinkt sich in der Landesarmee zu betätigen. Das widerspricht unserer Beschlusslage und kann für uns keine Begründung für Aufrüstung sein.⁵

Im Regelfall verteidigt ein Staat seine Souveränität und legt wenig Wert auf das Leben und die Gesundheit seiner Bevölkerung, da sonst die meisten Staaten im Falle eines Angriffs die Kapitulation als bestes Schutzinstrument wählen würden. Entsprechend sind Argumente zum Schutz der freiheitlich demokratischen Ordnung oft vorgeschoben, da Staaten im Regelfall ihre eigenen Interessen und Wirtschaftsstellung in der Welt verteidigen und dafür bereit sind Menschen aus der Bevölkerung zu opfern.

Während die Regierung mit Hochrüstung auf Bedrohungen reagiert, wollen wir eine wehrhafte Gesellschaft aufbauen, die sich selbst schützt – gegen äußere Angriffe genauso wie gegen innere Krisen und autoritäre Entwicklungen. In diesem Zusammenhang braucht es eine progressive Antwort auf die bestehende Sicherheitspolitik. Nicht die Militarisierung der Gesellschaft, sondern die Stärkung der Gesellschaft selbst steht im Zentrum. Sicherheit nicht als exklusive Aufgabe eines (autoritären) Staates und seiner Armee, sondern als eine kollektive Verantwortung, die in die gesamte Gesellschaft hineinwirkt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage stellen, ob der einzige Weg einer souveränen Bevölkerung sich zu verteidigen in der Bereitstellung einer Verteidigungsarmee liegt.

Der Spielraum für eine linke Sicherheitspolitik jenseits von Militarismus ist größer als oft angenommen. Die Verteidigung einer Gesellschaft beginnt nicht mit Kampfjets und Waffen, sondern mit funktionierenden Krankenhäusern, stabilen Versorgungsnetzen, organisiertem Katastrophenschutz und einer Bevölkerung, die in Krisen selbst handlungsfähig bleibt. Eine linke Sicherheitspolitik kann genau hier ansetzen. Die Debatte kann somit aktiv von links gestaltet werden, anstatt sie anderen zu überlassen.

Die Interessen der kommenden Generationen dürfen nicht in einem Wettlauf um die Kriegstauglichkeit oder auch militärische Verteidigungsfähigkeit der Bevölkerung geopfert werden. Zwangsdienste und paramilitärische Erziehung sind kein Konzept für eine freie Gesellschaft. Unser Fokus sollte stattdessen auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein liegen: Sicherheit nicht als Frage des Gehorsams, sondern der kollektiven Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind.

*Das US-Rüstungsunternehmen Covenant will Insidern zufolge ab 2027 in der Nähe von Leipzig die Produktion von Mittelstrecken-Flugkörpern aufnehmen. Das können wir nicht dulden und müssen all unsere Kräfte bündeln, um Widerstand zu organisieren. Entsprechend müssen wir als Partei und Genoss*innen in all unseren Wirkungsbereichen öffentlichkeitswirksam uns gegen Krieg, Aufrüstung und die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in, um und in der unmittelbaren Nähe zu Leipzig einsetzen. Mit der Bündelung und Mobilisierung unserer linken Kräfte können wir ein klares Zeichen*

⁴ <https://www.n-tv.de/wirtschaft/US-Firma-plant-wohl-Marschflugkoerper-Produktion-nahe-Leipzig-id31244526.html>

⁵ <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/gegen-eine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste-fuer-die-selbstbestimmung-der-jugend/>

60 **AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen**

*gegen Aufrüstung und Militarisierung zeigen und nochmals verdeutlichen: Es reicht! Während die Bundesregierung einen vermeintlichen Sachzwang auf unseren Rücken auslebt, zeigt sich eines klar: Bei der Aufrüstung sind sie fix, aber für Bildung, Gesundheit und Soziales tun sie einfach nix! Wir müssen bei unseren Protesten gegen den sozialen Kahlschlag die Themen Aufrüstung und Militarisierung mitdenken und immer wieder verdeutlichen, dass die Angriffe auf Arbeiter*innenrechte und den Sozialstaat bei zeitgleicher Neuverschuldung für Rüstung und Kriegstauglichkeit erfolgen und diese Sachverhalte nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.*

Vor diesem Hintergrund möge der Stadtverband Die Linke Leipzig seine Solidarität als stärkste Waffe verdeutlichen und sein Engagement gegen Aufrüstung und für Frieden in Bündnissen, Initiativen und verschiedenen Protesten sowie deren Unterstützung demonstrieren, um der realen Aufrüstungsmaschinerie in unserer Stadt und unserem Land ein starkes Zeichen des Widerstandes entgegenzusetzen.

Aus ÄA12.1:

Kriege werden auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Während der Bundeshaushalt massive Steigerungen bei den Rüstungsausgaben vorsieht, werden Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau und der öffentliche Nahverkehr kaputtgespart. Diese Politik entzieht den Kommunen die Grundlagen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Knüpfend an unsere Grundsätze stehen wir weiterhin unverrückt für Abrüstung, globale Diplomatie und die mittelfristige Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie.

Anlass: Covenant und der Raum Leipzig

Das US-Start-up Covenant beabsichtigt, ab Anfang 2027 im Raum Leipzig zunächst rund 1.000, im Endausbau bis zu 5.000 Marschflugkörper vom Typ „Anthem“ pro Jahr zu produzieren. Hierbei handelt es sich um eine Offensivwaffe mit hoher Reichweite. Zusammen mit den Ansiedlungsplänen in Sangerhausen (Elbit Systems) und der Nähe zum Flughafen Halle/Leipzig kann eine solche Ansiedlung das Risiko erhöhen, dass unsere Region und ihre kritische Infrastruktur in künftigen Konflikten zum Ziel militärischer Auseinandersetzungen werden.

Soziales statt Aufrüstung & Industrielle Konversion

Dem Argument, Rüstungsproduktion schaffe notwendige Arbeitsplätze, halten wir das Konzept der Konversion entgegen. Mitteldeutschland verfügt über hochentwickelte Kapazitäten insbesondere im Maschinenbau, in der Logistik und der Elektronik. Diese Ressourcen müssen unter anderem für die zivile Daseinsvorsorge, den Klimaschutz und die soziale Infrastruktur eingesetzt werden.

Sicherheit entsteht nicht durch Auf- und Hochrüstung. Sie entsteht durch funktionierende Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum, soziale Absicherung und eine handlungsfähige Zivilgesellschaft. Die Linke Leipzig verbindet den parlamentarischen Einsatz im Rathaus mit dem Widerstand auf der Straße. Leipzig bleibt Friedensstadt!

»Hoch die internationale Solidarität!«

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA12.2: Keine Profite mit Blut und Tod – Leipzig bleibt Friedensstadt: Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen!

Mittendrin statt nur dabei – dem Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ beitreten

Einreichende: Franziska Kage, Georg Grünewald

Unterstützende: Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Unter „1. Protest auf der Straße und Bündnisarbeit“ soll folgende Ergänzung vorgenommen werden:

Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingten Sozialabbau, Rüstungsansiedlungen und Militarisierung wird auch auf der Straße entschieden. Die Linke Leipzig unterstützt und beteiligt sich an Aktionen des Bündnisses „Keine Raketenfabrik in Leipzig“, weiteren Gegenproteste gegen Rüstungsansiedlungen in der Nähe vom Flughafen Halle/ Leipzig wie z. B. in Sangerhausen und Initiativen gegen Aufrüstung, Militarisierung und Wehrpflicht. Anknüpfend an die erfolgreichen Unterstützungen der Demonstration vom 29. August und 19. September 2026 solidarisiert sich der Stadtverband mit gewaltfreien Protesten, auch in Formen des zivilen Ungehorsams, gemeinsam mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und antifaschistischen Strukturen. Die Linke Leipzig tritt dem Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ offiziell bei und beauftragt den Stadtverband, sich auf allen Ebenen unterstützend sowie mobilisierend für die Bündnisarbeit einzusetzen.

Begründung:

Bis vor wenigen Wochen war die Ansiedlung eines Rüstungskonzerns in Leipzig noch Spekulation und konkretere Informationen lagen noch nicht vor. Mitte September wurde das Bild jedoch klarer und es wurde bekannt, dass der Rüstungskonzern Covenant sich im Leipziger Norden ansiedeln will. Covenant schreibt (Stand 21.09.) bereits die ersten Stellen in Leipzig aus. Neben Führungskräften, wie einem Werk- und Produktionsleiter, werden auch technische Produktionsmitarbeiter gesucht. Dennoch bleibt bisher unklar, wo genau sich das Unternehmen ansiedeln wird. Vermutet werden weiterhin leerstehende Lager- und Produktionshallen im Leipziger Norden. Doch es bildet sich bereits ein breites Bündnis antimilitaristischer Akteure, die diese Ansiedlung verhindern wollen. Dort sollten wir uns von Beginn an einbringen.

Erste Treffen, Proteste und Sondierungen eines Bündnis-Konsens fanden im September bereits statt. Die dort anwesenden Menschen aus verschiedenen antifaschistischen, antimilitaristischen und sozialistischen Gruppen standen einer Beteiligung der Partei Die Linke auf Nachfrage bisher wohlwollend gegenüber. Diese Chance sollten wir nutzen, um uns als glaubhafter Partner im antimilitaristischen Kampf zu etablieren, indem wir die Genoss*innen außerparlamentarischer Gruppen nach Kräften unterstützen.

Zudem wünschenswert wäre es, die derzeit stattfindenden gesellschaftlich getragenen Kämpfe gegen Sozialstaatsabbau, Wiedereinführung der Wehrpflicht und Produktion von

62 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

Rüstungsgütern noch stärker miteinander zu verknüpfen, um ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln und die Schlagkraft dieser Bewegungen zu erhöhen. Auch diese Perspektive sollten wir in das Bündnis einbringen, um unsere eigenen Stärken, wie die bisherige Beteiligung an Schulstreiks, Sozialprotesten, sowie Verankerung in anderen Protestbewegungen, sowie unsere dort gesammelten Erfahrungen mit den Genoss*innen der anderen Gruppen zu teilen und die Bündnisarbeit in Leipzig zu stärken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A13 NEU: Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung

Einreichende: Ariane Barth, Johanna Schönborn und Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Der Stadtparteitag bekennt sich zum Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt, zum Beschluss P13 „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE“ sowie zum Beschluss „Das Leben organisieren. Die Linke ist eine feministische Partei“.⁶
2. In diesem Zusammenhang erkennt der Stadtverband die kollektive Verantwortungsübernahme sowie die Transformative Gerechtigkeit als grundlegende Begriffe unseres feministischen Anspruchs an und ermutigt alle Strukturen im Sinne dieser Begriffe zu einen Umgang und eine Parteikultur zu organisieren, die Betroffene nicht alleine lässt, Vorkommnisse nicht verschweigt oder runterspielt und ausübende Personen im Sinne unseres Leitfadens Verantwortung für ihr Handeln tragen lässt, ohne Struktur- oder Täterschutz zu betreiben.
3. Der Stadtparteitag erkennt, dass wir in der Umsetzung unseres feministischen Grundkonsens insbesondere im Bereich der Transformativen Arbeit inhaltliche und strukturelle Defizite haben. Aus diesem Grund wird der Stadtvorstand beauftragt eine Analyse unserer Strukturen zu Wissens- und Schulungsstand durchzuführen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um sog. Transformative Arbeitsgruppen einzurichten.
4. In diesem Zusammenhang wird die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit bei knappen Ressourcen und Kapazitäten prioritär fokussiert und abgedeckt.

⁶ Beides sind Beschlusslagen der BPT aus 2022 und 2023: <https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/>, <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/erfurter-parteitag-2022/live/detail/den-grundkonsens-erneuern-fuer-eine-feministische-linke-1/> sowie <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/potsdamer-parteitag/potsdamer-parteitag/beschlusse/detail/news/das-leben-organisieren-die-linke-ist-eine-feministische>

5. Aus diesem Grund begrüßt der Stadtparteitag die Entscheidung des Stadtvorstandes aus dem März 2026, ein Budget für zum Beispiel Honorare, Schulungs- und Weiterbildungsangebote sowie zur Beanspruchung von parteiintern oder externe Beratungsangebote für die Vertrauensgruppe einzurichten. Dieses soll in zukünftigen Finanz- und Haushaltsplanungen Berücksichtigung finden.
6. Der Stadtparteitag stellt fest, dass die feministische Erneuerung unseres Stadtverbands in den letzten zwei Jahren Fortschritte erreicht hat. Der Stadtverband dankt allen Strukturen und Mitgliedern, die sich aktiv beteiligen unserem feministischen Anspruch gerecht zu werden und erkennt ihre Arbeit insbesondere im Rahmen der betroffenenzentrierten Unterstützungsarbeit an.

Begründung:

Begründung zum A13 Neu: Ergänzung und Erweiterung des Bekenntnisses zur bestehenden Beschlusslage, um den Beschluss des Potsdamer Parteitags vom 20. Juni 2026 und dem Link des Beschlusses (zum Nachlesen auch für unsere Mitgliedschaft im Stadtverband.). Der Änderungsantrag ÄA13.1 wurde von den Einreichenden übernommen.

Begründung A13: Unser Stadtverband wird größer, vielfältiger und bunter. Damit kommen verschiedenste Lebensgeschichten, Erfahrungen und Perspektiven zusammen und wir müssen unsere Räume für Parteiarbeit und Veranstaltungen neu denken.

Insbesondere in Leipzig arbeiten wir aktuell an der Schaffung und Gestaltung von nachhaltigen Awareness-Strukturen, um unsere Parteiräume und -arbeit sicher zu gestalten. Die Partei Die Linke ist eine feministische Partei. Mit diesem Anspruch haben wir nach #LinkeMeToo unseren Grundkonsens in dieser Hinsicht erneuert und entsprechende Strukturen und Prozesse zum Umgang mit grenzüberschreitenden Verhalten und sexistischer Gewalt geschaffen.

Mit dem Beschluss im Jahr 2023 wurden entsprechend zwei Begriffe geprägt und für unsere Partei als konzeptionelle Grundlage festgelegt: die kollektive Verantwortungsübernahme und die Transformative Gerechtigkeit.

*Das Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme wurde von INCITE! geprägt, einem im Jahr 2000 gegründeten Netzwerk radikaler Feminist*innen of Color aus den USA. INCITE! nennt die folgenden vier Elemente als grundlegende Bestandteile (Grundpfeiler) des Konzepts. Sie gehören zusammen, d.h. sie können nicht einzeln angewendet werden:*

1. *kollektive Unterstützung, Sicherheit und Selbstbestimmung für betroffene Personen (siehe Leitfaden 2.1.: Arbeit mit der betroffenen Person: Unterstützung von Personen, die von sexistischer Gewalt betroffen sind; Förderung ihrer Selbstbestimmung);*
2. *Verantwortung und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Person (siehe Leitfaden 2.2.: Arbeit mit der der Gewalt beschuldigten Person: Verantwortungsübernahme durch die gewaltausübende Person und Verhaltensänderung);*
3. *Entwicklung der Community hin zu Werten und Praktiken, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind (siehe Leitfaden 2.3.: Arbeit in und mit der betroffenen Struktur: Maßnahmen innerhalb der Organisation, die Haltungen und Verhaltensweisen stärken, die sich gegen Sexismus und sexistische Gewalt richten);*
4. *strukturelle, politische Veränderungen der Bedingungen, die Gewalt ermöglichen*

64 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

(siehe Leitfaden 2.4.: „Alle Verhältnisse umwerfen“: Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, denen die Gewalt entspringt).

Da die genannten Grundpfeiler nicht einzeln angewendet werden können, ist eine Awareness-Haltung im Kern eine Grundvoraussetzung für die Anwendung von Transformativer Gerechtigkeit (TG) bzw. kollektiver Verantwortungsübernahme in Fällen von Gewalt.

In den letzten Jahren hat unsere Partei eine feministische Erneuerung eingeleitet und entsprechend der o. g. Beschlüsse u. a. Vertrauenspersonen als unabhängige Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet und strukturell entsprechende Maßnahmen auch in Leipzig getroffen (z. B. Spezifizierung des Profils der Vertrauenspersonen, Satzungsänderungen, um Vertrauenspersonen in ihrer Tätigkeit zu bestärken, Schulungs- und Vernetzungsangebote ermöglicht und ein Budget für die Vertrauenspersonen eingerichtet). Das sind elementare Schritte, um die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit und damit den Schutz von Betroffenen zu stärken. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Vertrauenspersonen ausschließlich für die Unterstützung von Betroffenen zuständig sind.

Doch um Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt zu begegnen ist es auch sinnvoll, mit den gewaltausübenden Personen umzugehen. Einen bewussten Umgang gibt es oft nicht. Das führt teilweise dazu, dass nicht gehandelt wird, dass nichts passiert und das hat oft zur Folge, dass die betroffenen Personen sich zurückziehen. Stille Ausschlüsse finden statt. Im Rahmen unserer Parteiarbeit ist die Transformative Arbeit und deren strukturelle Ausgestaltung ebenfalls eine wenig berücksichtigte Fehlstelle. Entsprechend gibt es Wissenslücken, es gibt keine Begleitung der Verhaltensänderung und der Reflektionsprozesse und teilweise ergeben sich schwere Fehler, welche insbesondere den Schutz der Betroffenen und ihre Wünsche unberücksichtigt lassen.

Doch aktives Handeln umfasst neben betroffenenzentrierter Unterstützungsarbeit und Prävention auch den Umgang mit gewaltausübenden Personen.

In zwei Veranstaltungen im Jahr 2026 haben wir mit Ann Wiesental uns dem Thema gewidmet und wollen nun von der Theorie in die Praxis schreiten. In einer Lesung sowie in einem ersten Workshop wurde deutlich, dass Transformative Arbeit nicht nebenbei und wie die Betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit den Schutz und das Wohl der Betroffenen im Fokus hat und in ihr Einverständnis benötigt und nicht an dieser vorbei erfolgen kann. Des Weiteren ist der Wille der ausübenden Person notwendig, in einem ersten Schritt ist die Anerkennung der Betroffenenperspektive und die Akzeptanz der Benennung eine Grundlage.

Ann Wiesental hat 2007 den Awareness Ansatz in Deutschland initiiert. Sie ist aktiv in queer-feministischen und sozialen Bewegungen. Sie unterstützt Betroffene von Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt und macht Transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen. 2021 gründete sie zusammen mit anderen Awareness Gruppen das Awareness Institut (<https://awareness-institut.net/>). Im Unrastverlag erschien von ihr „Antisexistische Awareness – Ein Handbuch“, 2017 und RESPONS „Was tun bei sexualisierter Gewalt? – Handbuch für die transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen“, 2018 und „Haltung zeigen – Awareness als Antwort auf Diskriminierung und Gewalt“, 2025.

Zur Umsetzung wurden in den Veranstaltungen die Einrichtung von transformativen Arbeitsgruppen (TA-Gruppen) spezifisch betrachtet. Die Einrichtung von diesen Gruppen beansprucht verschiedene Ressourcen. Insbesondere in unserer Partei gibt es verschiedene

Gliederungen und Strukturen, welche bei der Beteiligung und der Einrichtung von TA-Gruppen nicht außer Acht gelassen werden, darf. Entsprechend sind personelle Ressourcen an geschulten Freiwilligen, mindestens in den SBVen, notwendig, da die TA-Arbeit in so einer Gruppe Monate bis zu eineinhalb Jahre beanspruchen können und das Umfeld aktiv verschiedene Rollen abdecken muss: Unterstützung der Betroffenen, TA-Arbeit, Moderation des Prozesses im Umfeld. Aus diesem Grund wäre die Berufung/Benennung einer Gruppe für Transformative Arbeit mit einer Zahl X an Personen ein erster Schritt (ähnlich wie die Berufung der Vertrauenspersonen/-gruppe), aber kann nicht langfristig die Lösung sein, um die Kerngedanken der kollektiven Verantwortungsübernahme umzusetzen und selbstwirksame Organisationsentwicklung zu gestalten. Des Weiteren benötigt es insbesondere finanzielle Ressourcen, um Schulungen oder externe Begleitungen (Supervisionen oder Beratungen) von Fachberatungsstellen o. Ä. einzuberufen.

Nach Rückmeldung aus dem Bildungsangebot, wäre Die Linke, neben der IL, die erste Organisation, die TA-Gruppen bildet. Das wäre ein elementares Zeichen für die linke Szene generell und Die Linke Leipzig hätte damit eine Möglichkeit führend und in eine Vorreiterrolle zu gehen. Zudem können wir nur aktiv den Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt umsetzen und damit unsere feministische Erneuerung vorwärtsbringen, wenn wir diesen Aspekt des Konzepts auch strukturell sichern.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Materialien Heft 3

zur 1. Tagung des 10. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 4. Oktober 2026

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth
Foto: Privat
V.i.S.d.P.: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 02.10.2026